

Wahlen und wählen



Barbara-Anita Blümel

Parteien, Wahlen und Parlament in Österreich



Manfried Welan

Die Wahl zum Bundespräsidenten/ zur Bundespräsidentin

Christoph Kühberger

Concept Cartoons für den Politik- und Geschichtsunterricht



Judith Breitfuß

Simulationsspiel: Wen und was wähle ich?



Isabella Schild

Demokratie und Pluralismus

Adelheid Schreilechner

Meine Stimme ist umkämpft

Elmar Mattle und Simon Mörwald

(Fast) alles ist erlaubt

Redaktionsadresse:
Forum Politische Bildung
A-1010 Wien, Hegelgasse 6/5
Tel.: 0043/1/512 37 37-11
Fax: 0043/1/512 37 37-20
E-Mail: office@politischebildung.com
www.politischebildung.com

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Wahlen und wählen
Forum Politische Bildung (Hrsg.). Wien 2017
(Informationen zur Politischen Bildung; Bd. 41)
ISBN: 978-3-9504234-3-3
Alle Rechte vorbehalten

Satz & Layout: Katrin Pflieger Grafikdesign
Lektorat: Paul Winter, MA, Christina Linecker
Druck: Bundesministerium für Bildung

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz
Grundlegende Richtung der Halbjahresschrift
Informationen zur Politischen Bildung: Fachzeitschrift für Politische
Bildung mit wissenschaftlichen und fachdidaktischen Beiträgen zum
Thema und konkreten Umsetzungen für den Unterricht.
Die veröffentlichten Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung
des Herausgebers wieder.

Bildnachweis Umschlag:
Bild 1: Plakate von SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse, Wien 2006/
Gerhard Tanzer
Bild 2: Christoph Kühberger
Bild 3: Public Domain
Bild 4: Plakate von SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse, Wien 2006/
Gerhard Tanzer

Wir haben uns bemüht, alle InhaberInnen von Bildrechten ausfindig zu
machen. Sollten dennoch Urheberrechte verletzt worden sein, werden
wir nach Anmeldung berechtigter Ansprüche diese entgelten.

Die *Informationen zur Politischen Bildung* werden
von folgenden Institutionen unterstützt



Forum Politische Bildung (Hrsg.)

Informationen zur Politischen Bildung

Nr. 41 • 2017

Wahlen und Wählen

Forum Politische Bildung:

Mag. Barbara-Anita Blümel MAS *Parlamentsdirektion*

Em. Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs *Abteilung Politikwissenschaft, Universität Salzburg*

Mag. Gertraud Diendorfer *Demokratiezentrum Wien*

Mag. Petra Dorfstätter, *Politikwissenschaftlerin*

Mag. M.Ed. Irene Ecker Msc. *FDZ GSK/PB der Universität Wien, HTL Ettenreichgasse*

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann *Institut für Geografie und Regionalforschung, Vizerektor der Universität Wien*

Em. Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Thomas Hellmuth *Institut für Geschichte/Zentrum für LehrerInnenbildung, Universität Wien*

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll *Universität Wien*

Em. ao. Univ.-Prof. Dr. Reinhard Krammer *Fachbereich Geschichte, Universität Salzburg*

Priv.-Doz. Dr. Christoph Kühberger *Vizerektor der Pädagogischen Hochschule Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Dirk Lange *Zentrum für LehrerInnenbildung, Universität Wien*

Mag. Philipp Mitnik Msc. *Zentrum für Politische Bildung, Pädagogische Hochschule Wien*

Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka *Central European University Budapest*

Mag. Herbert Pichler *Schulzentrum Ungargasse, FDZ Geographie und Wirtschaftskunde, Universität Wien*

Univ.-Prof. Dr. Sonja Puntcher-Riekmann *Abteilung Politikwissenschaft, Universität Salzburg*

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Sander *Abteilung Didaktik der Sozialwissenschaften, Universität Gießen*

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert *Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien*

Dr. Gabriele Schmid *Abteilung Bildungspolitik, AK Wien*

Em. Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos *Institut für Staatswissenschaft, Universität Wien*

Mag. Dr. Gerhard Tanzer *Bundesministerium für Bildung*

Univ.-Prof. Dr. Brigitte Unger *Utrecht School of Economics*

Em. Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan *Universität für Bodenkultur Wien*

Mag. Dr. Elfriede Windischbauer *Rektorin der Pädagogischen Hochschule Salzburg*

In Zusammenarbeit mit

MR Mag. Manfred Wirtitsch *BMB, Abteilung Unterrichtsprinzipien und überfachliche Kompetenzen*

Redaktion:

Mag. Gertraud Diendorfer (Gesamtredaktion)

Susanne Reitmair-Juárez MA (Redaktionelle Mitarbeit)

Inhalt

3 Einleitung

Informationsteil

- 5 Barbara-Anita Blümel**
Parteien, Wahlen und Parlament
in Österreich
- 14 Manfred Welan**
Die Wahl zum Bundespräsidenten/
zur Bundespräsidentin

- 23 Christoph Kühberger**
Concept Cartoons für den Politik- und
Geschichtsunterricht

Für den Unterricht

- 30 Judith Breittfuß**
Simulationsspiel: Wen und was wähle ich?
- 39 Isabella Schild**
Demokratie und Pluralismus
- 51 Adelheid Schreilechner**
Meine Stimme ist umkämpft
- 62 Elmar Mattle und Simon Mörwald**
(Fast) alles ist erlaubt

Grafiken, Tabellen, Materialien

- 4** Das politische System Österreichs
- 12** Timeline Wahlrechtsentwicklung
in Österreich ab 1848
- 17** Gewaltenteilung
- 17** Aufgaben des/der BundespräsidentIn
- 19** Zusammensetzung des Europäischen Parlaments
- 20** Wie wird der Rat der Europäischen Union
(Ministerrat) beschickt?
- 20** Wie werden EU-Kommissar/innen ernannt?
- 21** Wahlen auf verschiedenen politischen Ebenen
- 22** Aufbau der BundesschülerInnenvertretung
- 25** Vorteile der Arbeit mit *Concept Cartoons*
- 27** Fallbeispiel Geschichte
- 28** Fallbeispiel Politik
- 35** Die Grundfunktionen einer Partei
- 53** Wahlwerbung – Wozu?
- 54** Soziale Netzwerke
- 64** Wahlwerbung soll ...
- 65** Formen der Wahlwerbung
- 70** AutorInnen

Einleitung

Seit dem Schuljahr 2016/17 liegt für die Sekundarstufe I ein neuer Lehrplan für das Fach „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ vor, in welchem sechs Module für die Politische Bildung vorgesehen sind. Die Schriftenreihe „Informationen zur Politischen Bildung“ legt zu jedem dieser Module ein Themenheft vor, das die Lehrerinnen und Lehrer bei der Umsetzung des Lehrplans im Unterricht unterstützen möchte.

Das vorliegende Heft „Wahlen und Wählen“ beschäftigt sich mit den Inhalten des Moduls 9 der 3. Klasse (politische Bildung) und erscheint außerdem zu einem Zeitpunkt, da einerseits mit der Bundespräsidentenwahl 2016 ein langer und emotionalisierender Wahlprozess hinter uns liegt und andererseits die Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 abgehalten wird. Darüber hinaus finden 2018 planmäßig Landtagswahlen in Tirol, Kärnten, Niederösterreich und Salzburg (in dieser Reihenfolge) statt. Die Informationstexte zu Wahlen in Österreich sowie entsprechende Unterrichtsbeispiele, die sich auch mit der Rolle von Medien und Wahlkämpfen beschäftigen, sollen LehrerInnen dabei helfen, politikbezogene Kompetenzen der SchülerInnen zu stärken.

Barbara-Anita Blümel beantwortet in ihrem Beitrag grundlegende Fragen wie „Warum sind Wahlen wichtig?“, „Welche Gremien werden gewählt?“, „Wer darf wählen und wer steht zur Wahl?“. Manfred Welan erläutert anschließend die Rolle des österreichischen Staatsoberhauptes, seine Befugnisse, das bisher praktizierte Amtsverständnis und geht auf aktuelle Reformdebatten ein. Besonders vor dem Hintergrund der letzten Bundespräsidentenwahl erlangte diese Debatte neue Aktualität. Im fachdidaktischen Beitrag stellt Christoph Kühberger *Concept Cartoons* als Instrumente für den Politik- und Geschichtsunterricht vor und argumentiert für einen subjektorientierten Zugang zu Diagnostik und Methodik.

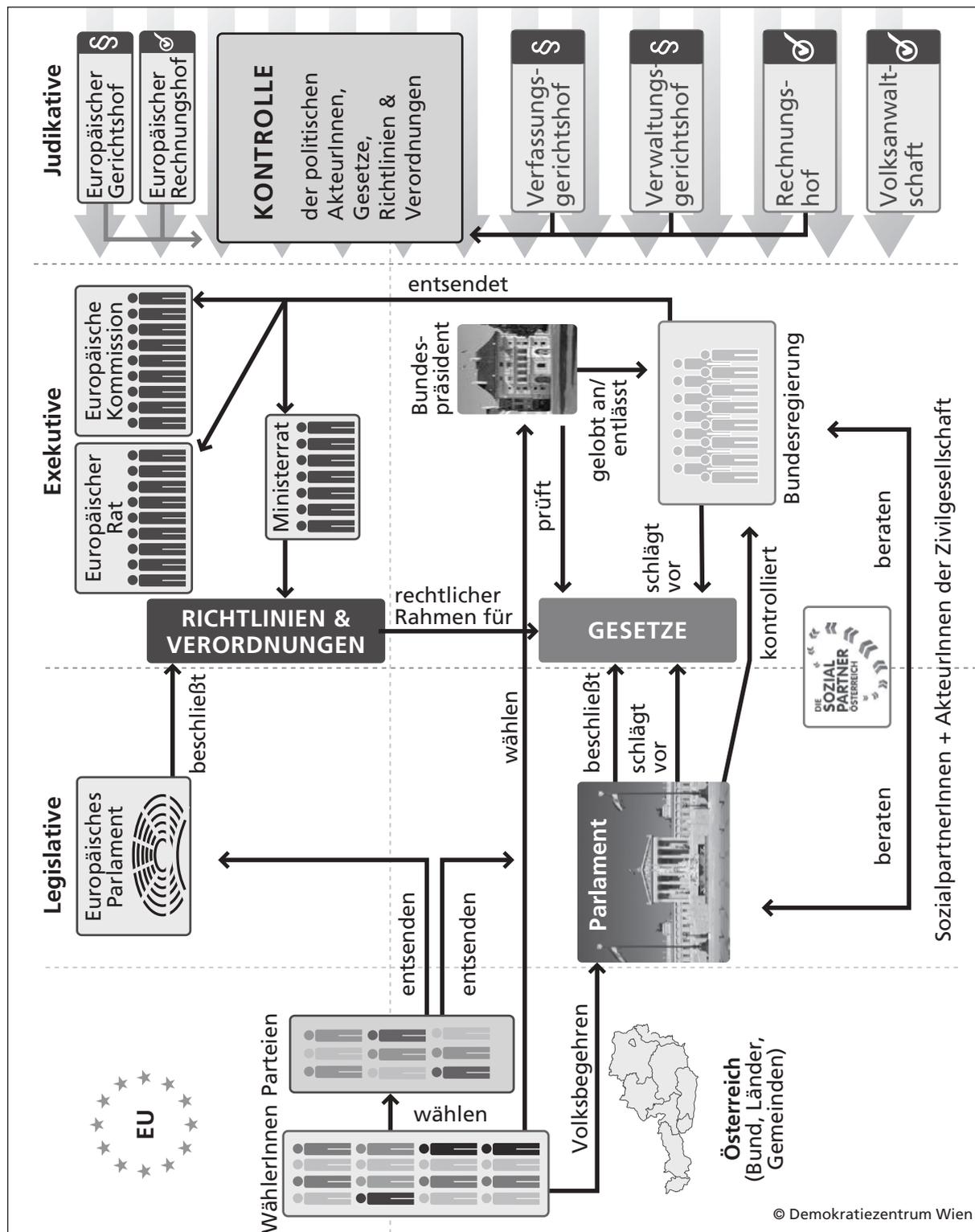
Die Unterrichtsvorschläge zeigen Möglichkeiten auf, wie bereits in der Sekundarstufe I verschiedene Wahlmotive und die wichtigsten Funktionen und Programmpunkte von politischen Parteien reflektiert werden können (Judith Breitfuß), welche gesellschaftspolitischen Merkmale Demokratien von Diktaturen unterscheiden (Isabella Schild), welche Bedeutung unterschiedliche Medien in modernen demokratischen Wahlkämpfen spielen (Adelheid Schreilechner) und wie Botschaften politischer Werbung im Unterricht analysiert werden können (Elmar Mattle und Simon Mörwald).

Ergänzend zu den Texten weisen Kästen mit Web- und Literaturtipps bzw. Arbeitswissen auf weiterführende Materialien oder ergänzende Informationsquellen hin.

September 2017

Gertraud Diendorfer

Das politische System Österreichs



Die Grafik stellt vereinfacht das österreichische politische System und das Zusammenspiel mit Institutionen der Europäischen Union dar. EU-Richtlinien und Verordnungen stellen einen rechtlichen Rahmen für nationale Gesetze dar. Österreichische MinisterInnen sind im Ministerrat an deren Erarbeitung beteiligt.

Barbara-Anita Blümel

Parteien, Wahlen und Parlament in Österreich

Im Moment wird fast alles, was unser Zusammenleben seit 1945 geprägt hat, von manchen nicht nur hinterfragt, sondern grundsätzlich in Frage gestellt: „Wozu brauchen wir überhaupt Wahlen? Es ist eh schon vorher alles klar!“ Oder: „Was soll das überhaupt heißen ‚Demokratie‘? Wir haben eh nichts mitzureden!“ Solche Sätze hört man derzeit oft. Was dabei vergessen wird, ist die Tatsache, dass Demokratie nichts damit zu tun hat, dass Einzelne exklusiv ihren Willen durchsetzen, sondern dass wir gemeinsam gute Lösungen für alle finden. Das ist nicht leicht und geht nur, wenn man miteinander im Gespräch bleibt, Kompromisse sucht und findet. Dieser Prozess ist aufwändig und mühsam, aber er lohnt sich. Max Weber schrieb vor fast genau einhundert Jahren: „Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß (...).“¹

**Gemeinsam
gute
Lösungen
suchen**

Warum Wahlen wichtig sind

„Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volk aus.“² Diese wesentliche Bestimmung des Bundes-Verfassungsgesetzes bildet auch die Grundlage für die Abhaltung gleicher, geheimer, allgemeiner, persönlicher und unmittelbarer Wahlen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl. (Staats-)BürgerInnen können ab einer gewissen Größe des Landes nicht mehr alle persönlich zusammentreffen, um gemeinsam zu entscheiden. Der Weg, wie gemeinsame Entscheidungen trotzdem ermöglicht werden können, sind Wahlen. So bestimmen die (Staats-)BürgerInnen in einem gemeinsamen Akt jene Menschen, die sie beauftragen (= legitimieren), Entscheidungen und Lösungen für alle zu erarbeiten.

**Wahlen
legitimieren
Repräsen-
tantInnen
für Entschei-
dungen**

Schon die Architekten der österreichischen Verfassung wiesen Wahlen eine wichtige Rolle zu: So bezeichnete z. B. Karl Renner das Wahlrecht als „Visitenkarte des Staates“ und Hans Kelsen hielt dieses entscheidend für den „Grad der Verwirklichung der Demokratie“.³

**Wahlrecht als
„Visitenkarte
des Staates“**

Mit der Ausrufung der Republik wurde in Österreich 1918 erstmals das Prinzip der Volksrepräsentation für alle StaatsbürgerInnen umgesetzt. Die BürgerInnen wählen in regelmäßigen Abständen Repräsentativorgane – auf der gesamtstaatlichen Ebene ist das der Nationalrat.

Wahlen sind ein unverzichtbarer Bestandteil jeder parlamentarischen Demokratie. Trotzdem bedeutet allein die Tatsache, dass Wahlen abgehalten werden noch nicht, dass es sich auch um einen demokratischen Vorgang handelt. Um von demokratischen Wahlen sprechen zu können, müssen *Wahlfreiheit*, *Wettbewerb* und damit *Auswahlmöglichkeit* tatsächlich gegeben sein und nicht nur am Papier existieren.

**Wahlfreiheit
und Wett-
bewerb**

Die Hauptaufgabe von Wahlen besteht in der Herstellung von Repräsentation und Legitimität. Legitimität wird dabei „als grundsätzliche Zustimmung der (...) Bevölkerung zu Grundformen und Akteuren des (...) politischen Systems“⁴ interpretiert. Nur

Wahlen verteilen politische Macht neu	durch Wahlen kann bestimmt werden, wer und in welcher Stärke den Willen der WählerInnen repräsentieren soll und damit z. B. die Legitimität besitzt, die Regierung zu stellen. Wahlen dienen damit auch der Neuverteilung von politischer Macht – mit jeder Wahl wird das <i>Vertrauen</i> der WählerInnen neu verteilt und so die Sitzverteilung im Nationalrat neu festgelegt.
Regelmäßige und friedliche Regierungswechsel	Wesentliches Merkmal demokratischer Wahlen ist auch ihre <i>Regelmäßigkeit</i> , denn in einer Demokratie wird Macht nur auf Zeit verliehen. Demokratie muss gelebt werden – sie ist ständige Arbeit. Diese Arbeit ist dann erfolgreich, wenn Wahlen nicht zur Abrechnung genutzt werden, sondern dazu, sich gut zu überlegen, wem man seine Stimme warum geben möchte. Nur so erhalten die gewählten PolitikerInnen die Rückendeckung und Kraft zur Umsetzung zukunftsweisender Projekte. Darüber hinaus kann durch demokratische Wahlen ein friedlicher Regierungswechsel Realität werden. BürgerInnen demokratischer Länder haben gelernt, dass ein Machtwechsel nicht mit der Verfolgung Andersdenkender einhergeht. Sie akzeptieren daher auch die temporäre Führung durch eine Regierung, der sie ihre Stimme vielleicht nicht gegeben haben. Für erfolgreiche Demokratie zählt also nicht nur jede Stimme, sondern auch die Akzeptanz von Wahlergebnissen.

Welche Gremien werden gewählt?

Der österreichische Parlamentarismus wird auf Bundesebene durch die beiden „Organe der Bundesgesetzgebung“ – Nationalrat und Bundesrat – mit Leben erfüllt. Für beide „Organe“ finden Wahlen statt.

Mitglieder des Bundesrats werden von den Landtagen ausgewählt	Der Bundesrat ist allerdings indirekt – durch die jeweiligen Wahlen zu den Landtagen – legitimiert. Das bedeutet, dass nach jeder Landtagswahl (in den neun Bundesländern), der neu gewählte Landtag neue Mitglieder in den Bundesrat entsendet. Im Jahr 2017 wird regulär keine Landtagswahl stattfinden. Dafür wird 2018 gleich in vier Bundesländern gewählt werden, nämlich in Kärnten, Niederösterreich, Salzburg und Tirol, 2019 folgt Vorarlberg, 2020 Burgenland, Steiermark und Wien, bevor 2021 in Oberösterreich die nächsten Landtagswahlen stattfinden werden. Nach jeder dieser Wahlen wird sich der Bundesrat teilweise „erneuern“ (Partialerneuerung), weswegen er auch seit 1945 in Permanenz tagt und am 5. Juli 2017 daher schon die 870. Sitzung abgehalten hat. Die Anzahl der Mitglieder pro Bundesland wird gemäß Art. 34 Bundes-Verfassungsgesetz durch Entschließung des Bundespräsidenten nach jeder allgemeinen Volkszählung nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen der Bundesländer zueinander festgelegt; dem bevölkerungsreichsten Land kommen zwölf Sitze zu, jedem Land aber mindestens drei; seit dem 12. August 2013 besteht der Bundesrat aus 61 Mitgliedern. ⁵
Mitglieder des Nationalrats werden direkt gewählt	Der Nationalrat wird demgegenüber zumindest alle fünf Jahre direkt vom Volk insgesamt neu gewählt. Seit dem Beginn der Ersten Republik ⁶ geschieht dies nach dem „gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrecht der Männer und Frauen (...) nach den Grundsätzen der Verhältniswahl“ ⁷ . Die näheren Ausformulierungen dieser verfassungsrechtlichen Grundsätze findet man in der Nationalrats-Wahlordnung 1992 (NRWO 1992). ⁸ Die nächste Nationalratswahl findet am 15. Oktober 2017 statt.
Landtag und Gemeinderat	In gleicher Weise werden auch die Landtage und die Gemeinderäte gewählt. Österreich ist, wie jeder demokratische Staat, so aufgebaut, dass man von der Ebene der direkten Nachbarschaft (Gemeinde, Bezirk), über das Bundesland bis hin zur österreichweiten Ebene an Wahlen teilnehmen kann.

Wahlen und ihre demokratische Organisation sind jedoch nicht nur auf die staatlichen Ebenen beschränkt. Es finden z. B. Kammerwahlen⁹, Pfarrgemeinderatswahlen¹⁰, Wahlen an den verschiedenen Hochschulen¹¹ oder Wahlen in Vereinen statt. Auch die Schuldemokratie ist ein wichtiges Feld. Seit 2008 liegt dazu auch der Ratgeber „Wissenswertes für SchülervertreterInnen“ vor, der auf „Demokratie in der Schule“ eingeht.¹²

**Wahlen für
Interessen-
vertretungen**

Nicht überall sind diese gewählten Gremien mit viel Einfluss versehen, aber es liegt immer auch an den handelnden AkteurInnen – WählerInnen und Gewählten – Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung zu erkennen, einzufordern und mit Leben zu erfüllen.

Das gilt in gleicher Weise auch für europäische parlamentarische Gremien, wie dem direkt gewählten und mittlerweile auch einflussreichen Europäischen Parlament der EU oder interparlamentarischen Organisationen z. B. des Europarates oder der OSZE. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates war nach dem Zweiten Weltkrieg übrigens das erste parlamentarische Gremium auf europäischer Ebene.¹³ Österreich ist zudem Mitglied in der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE), die ihren Sitz in Wien hat. Mit Christine Muttonen bekleidet seit Juli 2017 eine österreichische Parlamentarierin das Amt der Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. „Ihre Hauptaufgabe sieht die Versammlung darin, die Arbeit der OSZE-Exekutive, die sich aus RegierungsvertreterInnen zusammensetzt, parlamentarisch zu begleiten, die Verwirklichung der Ziele der OSZE zu bewerten, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen und zur Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE beizutragen.“¹⁴

**Europäische
parlamentarische
Gremien**

OSZE

Seit 1955 bietet aber auch die Parlamentarische Versammlung der NATO¹⁵ den Parlamenten der Mitgliedsstaaten eine Plattform, um sich über Sicherheitsprobleme von gemeinschaftlichem Interesse auszutauschen. Informationen zu weiteren internationalen Parlamentarischen Versammlungen sind auf der Website des Parlaments abrufbar: www.parlament.gv.at/PERK/PI/PKON/index.shtml

NATO

Wer wählt?

Wahlrecht umschreibt zum einen das individuelle Recht an Wahlen teilzunehmen und zum anderen die Summe der Regelungen, in denen festgelegt ist, wie das individuelle Wahlrecht wahrgenommen werden kann und wie das Prozedere der Wahlen vor sich gehen muss. Das Wahlsystem beschreibt darüber hinaus die Übersetzung des Wahlergebnisses in die Mandatsverteilung im parlamentarischen Organ, also im Nationalrat.¹⁶ Grob wird zwischen der Verhältniswahl und der Mehrheitswahl unterschieden. Während sich im ersten Fall die Stimmenaufteilung prozentuell in der Anzahl der Mandate widerspiegelt, erhält bei der Mehrheitswahl jene/r KandidatIn, die/der die meisten Stimmen in einem Wahlkreis erhält, das zur Wahl stehende Mandat. Während also im ersten Fall eher Parteien gewählt werden, erhält im zweiten Fall eher die konkrete Person die Stimme. In Österreich gibt es seit Jahren immer wieder Diskussionen zum Wahlrecht – aktuell sprechen sich einige PolitikerInnen für die Einführung eines Mischsystems aus, das die Verhältniswahl zwar nicht gänzlich abschafft, aber mittels der Einführung eines Mehrheitswahlrechts die Regierungsbildung erleichtern soll, da Koalitionen damit nicht mehr notwendig wären.¹⁷

**Verschiedene
Wahlrechts-
systeme:
Mehrheits-
wahl und Ver-
hältniswahl**

Das individuelle Wahlrecht ist in § 21 der Nationalrats-Wahlordnung (NRWO) wie folgt festgelegt:

„§ 21. (1) Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.“¹⁸

Das heißt, nicht nur alle österreichischen StaatsbürgerInnen, die in Österreich leben, sondern auch AuslandsösterreicherInnen sind wahlberechtigt. Wahlausschlussgründe sind im § 22 der NRWO aufgelistet.

Die Wahlberechtigten werden seit 1973 jeweils an ihrem Hauptwohnsitz in der von der Gemeinde zu führenden Wählerevidenz eingetragen. Der Wahltag wird von der Bundesregierung im Bundesgesetzblatt verlautbart. Das Prozedere für Wahlen ist natürlich genau geregelt. Vor einer Wahl gibt es den sogenannten Wahlkalender, der alle wesentlichen Schritte darstellt.¹⁹

Nach welchen Grundsätzen wird gewählt?²⁰

Allgemeines aktives Wahlrecht für Staats- bürgerInnen

- ▶ *Allgemein* bedeutet, dass alle Menschen ohne Unterschied des Geschlechts, die mit Ablauf des Tages der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben, aktiv wahlberechtigt sind. In einer Demokratie gibt es aber nicht nur die Freiheit zu wählen, sondern auch jene, gewählt zu werden (§ 41 NRWO 1992). All das gilt allerdings nur für österreichische StaatsbürgerInnen. Aber auch ÖsterreicherInnen verlieren ihr Wahlrecht sechs Monate, wenn sie aufgrund einer vorsätzlich begangenen Straftat zu einer mehr als einjährigen Haftstrafe verurteilt werden. Diese 6-Monatsfrist beginnt, sobald die Strafe vollstreckt ist (§ 22 (1) NRWO).

Jede Stimme zählt gleich viel

- ▶ *Gleich* bedeutet, dass jede Stimme einmal und gleich viel zählt. In früheren Zeiten war es nämlich üblich, dass die Stimmen von reichen Leuten mehr zählten als jene von armen. Seit 1907 (gleiches Männerwahlrecht) bzw. 1918 (gleiches Frauenwahlrecht) gilt das Prinzip der Gleichheit in Österreich.
- ▶ *Unmittelbar* bedeutet, dass wir unsere VertreterInnen in den Parlamenten direkt wählen. Dieses Prinzip gilt überall. Die einzige Ausnahme stellt der Bundesrat dar.
- ▶ *Geheim* sichert die unbeobachtete Stimmabgabe.
- ▶ *Persönliche* Stimmabgabe ist ein weiterer zentraler Wahlgrundsatz. Er sichert die Stimmabgabe durch die Wahlberechtigten selbst. Niemand darf für jemand anderen die Stimme abgeben.

Politische Parteien erstellen Listen

- ▶ Der Grundsatz des *Verhältniswahlrechts* bedeutet, dass die Parteien die Mandate oder Sitze im Parlament nach dem Verhältnis der auf sie entfallenden Stimmen erhalten. Die Zusammensetzung des Parlaments spiegelt den WählerInnenwillen damit sehr genau wider. Überall, wo in Österreich Vertretungskörper gewählt werden, stehen sogenannte „Listen“ zur Wahl. Liste steht dabei für zwei Dinge: Zum einen wird die Auflistung der Parteien auf dem Stimmzettel als Liste bezeichnet und zum anderen erstellen Parteien KandidatInnen-Listen, die klar machen, welche konkreten Personen zur Wahl stehen.

Wer steht zur Wahl?

Nicht nur das Wahlrecht ist in der Nationalrats-Wahlordnung festgelegt, sondern auch die Bestimmungen darüber, wer berechtigt ist, für den Nationalrat zu kandidieren (§ 41):

„§ 41. (1) Wählbar sind alle Männer und Frauen, die am Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wählbar ist, wer durch ein inländisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener und von Amts wegen zu verfolgender gerichtlich strafbarer Handlungen rechtskräftig zu einer nicht bedingt nachgesehenen sechs Monate übersteigenden Freiheitsstrafe oder zu einer bedingt nachgesehenen ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe verurteilt wurde.“²¹

Allgemeines passives Wahlrecht für StaatsbürgerInnen

Am Stimmzettel selbst findet man jedoch keine Personennamen. In Österreich gilt das sogenannte Listenwahlrecht. Das bedeutet, dass Parteien kandidieren.

Lange Zeit gab es trotzdem kein Parteiengesetz. „Die Verfassungsväter sind, ohne dass das konkret festgelegt worden ist, davon ausgegangen, dass eine parlamentarische Demokratie nur funktionieren kann, wenn sich politische Parteien bilden. Sie hielten aber keine eigene gesetzliche Regelung für die Gründung von Parteien für notwendig. Erst 1975 wurde im Parlament ein Antrag über ein Bundesgesetz über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien (Parteiengesetz) eingebracht und in der Folge im Parlament beschlossen. An dessen Stelle trat 2012 das „Bundesgesetz über die Finanzierung politischer Parteien (Parteiengesetz 2012).“²² Darin heißt es nun gleich zu Beginn:²³

Demokratien werden von politischen Parteien getragen

„§ 1. (Verfassungsbestimmung) (1) Die Existenz und die Vielfalt politischer Parteien sind wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich (Art. 1 B-VG, BGBl. Nr. 1/1930).

(2) Eine politische Partei ist eine dauernd organisierte Verbindung, die durch gemeinsame Tätigkeit auf eine umfassende Beeinflussung der staatlichen Willensbildung, insbesondere durch die Teilnahme an Wahlen zu allgemeinen Vertretungskörpern und dem Europäischen Parlament, abzielt und deren Satzung beim Bundesministerium für Inneres hinterlegt ist.

(3) Die Gründung politischer Parteien ist frei, sofern bundesverfassungsgesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Ihre Tätigkeit darf keiner Beschränkung durch besondere Rechtsvorschriften unterworfen werden.

(4) Die politischen Parteien haben Satzungen zu beschließen, die sie beim Bundesministerium für Inneres zu hinterlegen haben. Dieses hat dazu ein öffentlich einsehbares Verzeichnis zu führen, das den Namen der politischen Partei und das Datum der Hinterlegung der Satzung zu enthalten hat. Mit der Hinterlegung der Satzung erlangt die politische Partei Rechtspersönlichkeit. (...)“

Das Parteienverzeichnis²⁴ listet aktuell 1063 Parteien in Österreich auf; allein 2016 übermittelte knapp ein Dutzend neuer Parteien ihre Statuten. Um bei einer Wahl kandidieren zu können, brauchen Parteien erstens genügend UnterstützerInnen²⁵ und zweitens jeweils eine Liste von Personen, die für die jeweilige Partei kandidieren.

Diese Namenslisten werden in der Wahlzelle gut sichtbar aufgehängt. Der „Listenplatz“ am Stimmzettel wird wie folgt bestimmt: Bei den im Parlament vertretenen Parteien richtet er sich nach dem bei der letzten Nationalratswahl bundesweit erreichten Ergebnis; für die übrigen Parteien ist der Zeitpunkt des Einlangens des Wahlvorschlags bei der Landeswahlbehörde maßgeblich.

Namenslisten in der Wahlzelle

Parteien bestimmen die Reihenfolge der KandidatInnen Die KandidatInnen-Listen werden durch sehr unterschiedliche parteiinterne Prozesse bestimmt. Manche nutzen z. B. partei-interne Vorwahlen, um die KandidatInnen-Listen zu erstellen; in anderen werden die KandidatInnen von den Gremien nominiert. Einen weiteren Weg stellen offene Vorwahlen oder Wahlentscheidungen bei den Parteikongressen zur Vorbereitung anstehender Wahlen dar. Die Personen werden gereiht und diese Reihenfolge wird auf einer Liste festgehalten. Je nachdem wie viele Mandate eine Partei erhält, so viele KandidatInnen erhalten dann einen Sitz im Parlament.

Das war's?

Gesellschaftliche Position bestimmt Interessen Jede und jeder von uns füllt gleichzeitig viele verschiedene Rollen aus: alt oder jung, Mann oder Frau, religiös oder nicht, ArbeitnehmerIn oder ArbeitgeberIn, erwerbstätig oder erwerbslos u. v. m. All diese Rollen sind für unser jeweils individuelles Recht der Teilhabe an der Demokratie und ihrer Ausgestaltung irrelevant. Sie werden wahrscheinlich unsere Ansichten und Überzeugungen beeinflussen, aber das Recht zur Teilhabe steht allen zu. Nun kommt trotzdem oft die Frage: „Das war's? Alle fünf Jahre bei einer Wahl ein Kreuzerl machen und dazwischen werd' ich nicht gefragt?“

Teilhabemöglichkeiten Unser Zusammenleben ist wesentlich davon geprägt, wie sehr sich eine Einzelperson einbringt. Dieses Einbringen erfolgt oft spontan: Wenn das Individuum etwas ändern möchte, wird es aktiv. Genau für diesen Fall stehen auch zwischen den Wahlen Möglichkeiten und Instrumente zur Verfügung:

Das beginnt bereits bei den *Sprechstunden* der PolitikerInnen. Wir haben diesen Leuten unser Vertrauen geschenkt, dass sie uns möglichst gut vertreten. Dafür ist es notwendig, dass wir auch zwischen den Wahlen mit ihnen im Gespräch bleiben. Das setzt sich auch beim Verfolgen der Plenardebatten und anschließender Rückmeldungen an die PolitikerInnen fort.

Direkter Kontakt mit PolitikerInnen BürgerInnen haben zudem das Recht, sich mit *Fragen und Anliegen* an Politik und Verwaltung zu wenden. Dafür stehen mittlerweile in so gut wie jedem Ressort entsprechende Bürgerservice-Stellen zur Verfügung. Dort werden die Anliegen der BürgerInnen bearbeitet und es wird versucht, Lösungen zu finden. Für tatsächliche Missstände stehen auch verschiedene weisungsunabhängige Stellen zur Verfügung – wie z. B. die *Volksanwaltschaft*²⁶ oder auch die *Parlamentarische Bundesheerkommission*²⁷.

Bürgerinitiativen und Volksbegehren Formuliert man ein konkretes Anliegen an die Politik, kann man dafür auch MitstreiterInnen suchen. Haben 500 österreichische StaatsbürgerInnen über 16 so ein Anliegen unterstützt, wird es dem Nationalrat als *parlamentarische Bürgerinitiative* vorgelegt und im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen behandelt. Noch größer legt man es mit dem Instrument des Volksbegehrens an. Ähnliche Instrumente gibt es auch auf der Ebene der Bundesländer und auch der Gemeinden.

Direkte Demokratie auf Landesebene In manchen Bundesländern wird zusätzlich sehr aktiv an der Umsetzung stärkerer direktdemokratischer Instrumente gearbeitet. In Vorarlberg hat sich der Verein *mehr demokratie Vorarlberg* gegründet²⁸ und in Wien wurde die elektronische Einbringung von Petitionen ermöglicht²⁹, um nur zwei Beispiele herauszugreifen. Wählen zu gehen ist eine der vornehmsten Pflichten. Für das Gelingen und den Fortbestand der Demokratie sind informierte, wachsame und engagierte BürgerInnen unabdingbar. Wir können und sollen aber unser Zusammenleben stets aktiv mitgestalten – nicht nur alle fünf Jahre mit einem Kreuz am Wahlzettel.

- 1 Weber, Max: Politik als Beruf. 1919, S. 66.
- 2 Art. 1 im Bundes-Verfassungsgesetz (BGBl. Nr. 1/1930 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1013/1994).
- 3 Zitiert nach Poier, Klaus: Repräsentation und Wahlrecht, in: Forum Parlament, Nr. 1/2003, S. 9, abrufbar unter: www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/forumParl1-2003.pdf
- 4 Haerpfer, Christian: Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert et al. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1997, S. 526.
- 5 BGBl. II Nr. 237/2013.
- 6 Die ersten vier Gesetzgebungsperioden des Nationalrates sind in der Zeit zwischen 1918 und 1934 angesiedelt. Nach der Zeit des Austrofaschismus (1934–1938) und des Nationalsozialismus (1939–1945) fanden 1945 erstmals wieder freie Wahlen statt. Die Gesetzgebungsperioden wurden anschließend zu jenen der Ersten Republik dazugezählt. 2017 läuft gerade die XXV. Gesetzgebungsperiode, die turnusmäßig 2018 enden würde.
- 7 Art. 26 Abs. 1 B-VG.
- 8 BGBl. Nr. 471/1992 zuletzt geändert mit BGBl. Nr. BGBl. I Nr. 120/2016.
- 9 Z. B. Arbeiterkammerwahlen 2014 (das nächste Mal 2019), Wirtschaftskammerwahlen 2015 (das nächste Mal 2020).
- 10 Die letzten Pfarrgemeinderatswahlen fanden im März 2017 statt. Nähere Informationen unter: www.pfarrgemeinderat.at/wahl, 06.04.2017
- 11 Hochschulösterreich- und Hochschulerschafswahlen fanden zuletzt im Mai 2017 statt.
- 12 Wissenswertes für SchülervertreterInnen. Broschüre abrufbar unter: www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/sp/wissenswertes_sv_09_17624.pdf?5i84fb, 06.04.2017
- 13 assembly.coe.int/nw/Home-EN.asp, assembly.coe.int/nw/Home-EN.asp, 06.04.2017
- 14 vgl. www.parlament.gv.at/PERK/PI/PKON/OSZE/index.shtml
- 15 www.nato-pa.int/, 06.04.2017
- 16 Poier, Klaus: Repräsentation und Wahlrecht, in: Forum Parlament, Nr. 1/2003, S. 7.
- 17 Vgl. z. B. „Plan A“ der SPÖ, S. 137 (abrufbar unter: www.meinplana.at/magazin_herunterladen, 06.04.2017); die darauffolgende Diskussion ist in allen Medien nachlesbar – mit positiven und negativen Stimmen aller im Parlament vertretenen Parteien. Die wissenschaftliche Basis dieser Diskussion bietet unter anderem: Poier, Klaus: Minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht. Rechts- und politikwissenschaftliche Überlegungen zu Fragen des Wahlrechts und der Wahlsystematik. Wien 2001. Ein informativer, wenn auch nicht ganz aktueller Wikipedia-Eintrag ist unter de.wikipedia.org/wiki/Minderheitenfreundliches_Mehrheitswahlrecht (06.04.2017) abrufbar.
- 18 BGBl. Nr. 471/1992 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 28/2007.
- 19 Siehe z. B. den letzten Wahlkalender für die NR-Wahl am 29. September 2013, www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2013/files/Wahlkalender.pdf, 06.04.2017
- 20 Vgl. Blümel, Barbara/Welan, Manfred: Parlamentarismus heute. Ebenen, Spielräume, Möglichkeiten, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Zum politischen System Österreich. Zwischen Modernisierung und Konservatismus. Wien 2000, S. 29-30.
- 21 BGBl. Nr. 471/1992 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 41/2016.
- 22 www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/PART/index.shtml, 06.04.2017
- 23 BGBl. I Nr. 56/2012.
- 24 www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/parteienverz/start.aspx, 06.04.2017
- 25 Die genauen Informationen dazu findet man auf der Website des Bundesministeriums für Inneres unter: www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/kandidatur.aspx, 06.04.2017
- 26 volksanwaltschaft.gv.at/, 06.04.2017
- 27 www.parlament.gv.at/WWER/PBK/, 06.04.2017
- 28 www.mehr-demokratie-vorarlberg.at/, 06.04.2017
- 29 www.wien.gv.at/petition/online/, 06.04.2017



WEBTIPP

Weitere Informationen zum österreichischen Wahlrecht finden Sie unter anderem auf den folgenden Seiten:

Über das Wahlrecht

▶ austria-forum.org/af/AEIOU/Wahlrecht

▶ www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/wahlrecht/start.aspx

Über die Bundeswahlbehörde

▶ www.bmi.gv.at/cms/bmi_wahlen/bundeswahlbehoe/start.aspx

Wahlrechtsentwicklung in Österreich ab 1848

- 1849** Nach der Niederschlagung der Märzrevolution von 1848 kommt es zur Restauration der Monarchie.
- 1867** Dezemberverfassung: Ein Zweikammernsystem (Herren- und Abgeordnetenhaus) wird geschaffen, Österreich wird zu einer konstitutionellen Monarchie. Ein neues Vereins- und Versammlungsrecht erleichtert die Etablierung neuer Parteien. In den kommenden Jahren entstehen Massenparteien (Christlichsoziale Partei und Sozialdemokratische Arbeiterpartei), die die Demokratisierung vorantreiben. Insbesondere die Sozialdemokratische Arbeiterpartei setzt sich vehement für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht ein.
- 1873** Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgrund des Zensuswahlrechts in den Kurien „Großgrundbesitz“, „Städte, Märkte und Industrieorte“ und „Handels- und Gewerbekammern“ direkt nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. In der Großgrundbesitzerkurie sind auch „eigenberechtigte“ Frauen, d. h. Frauen, die sich selbst vertreten, wahlberechtigt.
- 1896** Die Badenische Wahlreform schafft eine allgemeine, an keinen Wahlzensus gebundene Wählerklasse, durch die alle männlichen Staatsbürger wahlberechtigt sind. Die Stimmen zählen jedoch entlang der einzelnen Kurien unterschiedlich viel.
- 1907** Abschaffung des Kurienwahlrechts und Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts (aktiv ab 24 Jahren, passiv ab 30 Jahren). Die Wahl erfolgt als absolute Mehrheitswahl.
- 1918** Die Provisorische Nationalversammlung proklamiert die demokratische Republik Deutsch-Österreich. Als Staatsgründer fungieren die politischen Parteien. Mit dem Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform erlangen auch die Frauen das allgemeine und gleiche Wahlrecht.
- 1919** Übergang zum Verhältniswahlrecht (Proporzwahlrecht), das vor allem von der Sozialdemokratischen Partei gefordert wird.
- 1920** Bundesverfassungsgesetz: Österreich ist eine stark parlamentarisch geprägte Demokratie mit einem Zweikammernsystem (National- und Bundesrat). Die Wahl der Abgeordneten zum Nationalrat erfolgt in einer direkten, freien, gleichen und geheimen Wahl. Die Abgeordneten des Bundesrats werden von den Landtagen beschickt.
- 1923** Der Nationalrat besteht aus 165 Abgeordneten. Das aktive Wahlalter beträgt 20 Jahre, das passive Wahlalter 24 Jahre. Voraussetzung zur Teilnahme an der Wahl ist die österreichische Staatsbürgerschaft.
- 1929** Verfassungsreform: Der Bundespräsident wird nun vom Volk direkt für einen Zeitraum von 6 Jahren gewählt und erhält wesentlich erweiterte Kompetenzen. Das aktive Wahlalter wird auf 21 Jahre und das passive Wahlalter auf 29 Jahre festgelegt.
- 1933/34–1938** Ausschaltung des Parlaments; regiert wird aufgrund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917. Autoritäres Regime in Österreich (Austrofaschismus).

Alle Parteien bis auf die Einheitspartei der Vaterländischen Front werden verboten. In diesem Zeitraum gab es keine Wahlen.

- 1938–1945** NS-Diktatur in Österreich/Zweiter Weltkrieg. Keine Wahlen.
- 1945** Die Verfassung von 1920 in der Form von 1929 wird wieder eingeführt.
- 1949** Reform der Nationalratswahlordnung: Die WählerInnen können durch Reihung und Streichung einen gewissen Einfluss auf die Zusammensetzung der Abgeordneten nehmen. Das aktive Wahlalter wird mit 20 und das passive Wahlalter mit 26 Jahren festgelegt.
- 1959** Der amtliche Stimmzettel wird eingeführt.
- 1968** Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters bei Nationalratswahlen auf 19 bzw. 25 Jahre.
- 1970** Stärkung der Proportionalität von Stimmen und Mandaten. Die Zahl der Nationalratsabgeordneten wird von 165 auf 183 erhöht. Ein Vorzugsstimmensystem wird eingeführt.
- 1975** Parteiengesetz: Dieses regelt Aufgaben, öffentliche Finanzierung und Wahlwerbung der politischen Parteien.
- 1989** Wahlrecht für AuslandsösterreicherInnen.
- 1992** Reform der Nationalratswahlordnung: Durch sie wird die Proportionalität von Stimmen und Mandaten weiter ausgebaut und den WählerInnen mehr Einfluss auf die Zusammensetzung der Abgeordneten gegeben. Das Vorzugsstimmensystem wird ausgebaut und ist nun auf Ebene der Landes- und Regionalwahlkreise etabliert. Das aktive und passive Wahlrecht liegt bei 18 bzw. 19 Jahren.
- 2002** Der Wiener Landtag beschließt das AusländerInnenwahlrecht auf kommunaler Ebene. Voraussetzung: Sie müssen fünf Jahre lang ohne Unterbrechung in Wien ihren Hauptwohnsitz gemeldet haben.
- 2004** Mit der Begründung, dass die österreichische Staatsbürgerschaft eine unbedingt notwendige Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist, hebt der Verfassungsgerichtshof am 30. Juni das in Wien beschlossene AusländerInnenwahlrecht auf.
- 2007** Senkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre, Senkung des passiven Wahlalters von 19 auf 18 Jahre (lediglich für die Kandidatur zum Bundespräsidenten ist auch weiterhin die Erreichung des 35. Lebensjahres erforderlich). Einführung der Briefwahl im Inland und eine Verlängerung der Legislaturperiode des Nationalrats von vier auf fünf Jahre.
- 2011** Aufhebung der Nachfrist für BriefwählerInnen: Alle Wahlkarten müssen am Wahltag bis 17 Uhr in der jeweiligen Behörde einlangen. Außerdem wird das bisher geltende Habsburger-Kandidaturverbot gestrichen (Nachkommen der Habsburger oder anderer ehemaliger Adelsfamilien durften bisher in Österreich nicht für politische Ämter kandidieren).

Stark gekürzte Timeline. Eine ausführlichere Darstellung der Entwicklung des österreichischen Wahlrechts finden Sie unter: www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/wahlrechtsentwicklung-in-oesterreich-1848-bis-heute.html

Manfried Welan

Die Wahl zum Bundespräsidenten/zur Bundespräsidentin

**Oberstes
Organ der
Vollziehung**

Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin ist das einzige der obersten Organe der Vollziehung, das vom Volk gewählt wird. Bis zur Verfassungsreform 1929 wurden die Bundespräsidenten von der Bundesversammlung gewählt. 1929 kam es zu einer Stärkung dieses Amtes. Wie der Reichspräsident nach der deutschen Verfassung 1919 erhielt es wichtige Befugnisse, so die Ernennung und Entlassung der Regierungsspitze sowie der Bundesregierung, den Oberbefehl über das Bundesheer und ein Notverordnungsrecht. Zur Direktwahl kam es allerdings erst 1951. Als erster Bundespräsident wurde der Sozialdemokrat Theodor Körner direkt vom Volk gewählt.

Wie wird gewählt und wer darf wählen?

Das Staatsoberhaupt wird vom Bundesvolk nach den Grundsätzen des unmittelbaren, allgemeinen, gleichen, geheimen, persönlichen und freien Wahlrechts gewählt. Näheres ist im Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 geregelt.

Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die am Tag der Wahl das Wahlrecht zum Nationalrat besitzen, also alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und zum Zeitpunkt der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben. Die Stimmenabgabe erfolgt unbeschadet der Bestimmungen über die Stimmenabgabe im Ausland vor der örtlichen Wahlbehörde (Gemeinde- und Sprenghwahlbehörden).

**Wahlbe-
rechtigte sind
in Wähler-
evidenz ein-
getragen**

Die Wahlberechtigten sind in Wählerverzeichnisse einzutragen, die vor jeder Wahl neu anzulegen sind. WählerInnen, die sich am Wahltag nicht am Ort (Gemeinde, Wahlsprengel) ihrer Eintragung in das Wählerverzeichnis aufhalten werden und deshalb ihr Wahlrecht nicht ausüben könnten, haben Anspruch auf Ausstellung einer Wahlkarte. Das gleiche gilt für Personen, denen der Besuch des zuständigen Wahllokals am Wahltag infolge mangelnder Geh- und Transportfähigkeit oder Bettlägerigkeit, sei es aus Krankheits-, Alters- oder sonstigen Gründen, oder wegen ihrer Unterbringung in gerichtlichen Gefangenenhäusern, Strafvollzugsanstalten, im Maßnahmenvollzug oder in Hafträumen unmöglich ist und die die Möglichkeit der Stimmaabgabe vor einer besonderen Wahlbehörde in Anspruch nehmen wollen, sofern nicht die Ausübung des Wahlrechts gemäß den §§ 72 oder 74 der Nationalratswahlordnung in Betracht kommt.

**Maximal zwei
Amtsperioden**

Stellt sich nur ein/e WahlwerberIn der Wahl, ist diese in Form einer Abstimmung durchzuführen. Diese Regelung soll es vor allem möglich machen, ein amtierendes allgemein anerkanntes Staatsoberhaupt ohne Wahlkampf für eine zweite Amtsperiode zu legitimieren. Jeder Bundespräsident, der sich als Amtsinhaber für eine zweite Periode bewarb, wurde wieder gewählt. So Adolf Schärp 1963, Franz Jonas 1971, Rudolf Kirchschräger 1980, Thomas Klestil 1998 und Heinz Fischer 2010.

Die Bundesregierung schreibt die Wahl aus. Die entsprechende Verordnung hat den Wahltag zu enthalten, der im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates auf einen Sonntag oder einen anderen öffentlichen Ruhetag festzusetzen ist. Außerdem ist ein Stichtag zu bestimmen, Wahlvorschläge müssen spätestens am 30. Tag vor dem Wahltag der Bundeswahlbehörde vorgelegt werden und von 6000 Wahlberechtigten unterstützt sein. Gleichzeitig ist ein Beitrag zu den Kosten des Wahlverfahrens in der Höhe von 3600 Euro zu leisten. Eine Besonderheit besteht in der Möglichkeit von Unterstützungserklärungen durch AuslandsösterreicherInnen. Sie können vor einer Vertretungsbehörde abgegeben werden. Im Übrigen ist die Stimmabgabe durch Wahlkarten auch im Ausland möglich.

Auch AuslandsösterreicherInnen wählen

Am 24. Tag vor dem Wahltag hat die Bundeswahlbehörde die dem Gesetz entsprechenden Wahlvorschläge abzuschließen und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ in alphabetischer Reihenfolge der Familiennamen zu veröffentlichen. Die Kundmachung ist in allen Gemeinden ortsüblich, jedenfalls aber durch öffentlichen Anschlag zu verlautbaren.

Veröffentlichung aller KandidatInnen

Zum Staatsoberhaupt kann nur gewählt werden, wer zum Nationalrat wahlberechtigt ist und vor dem 1. Jänner des Wahljahres das 35. Lebensjahr überschritten hat.

Passives Wahlrecht

Wer ist gewählt? Wann wird das Amt angetreten? Wann endet es?

Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erreicht. Ergibt sich eine solche Mehrheit nicht schon im ersten Wahlgang, so hat in vier Wochen eine Stichwahl zwischen jenen WahlwerberInnen stattzufinden, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Im Übrigen wurde erst 1999 eine (zwar nie angewendete) Bestimmung außer Kraft gesetzt, wonach ein Austausch der KandidatInnen zwischen den beiden Wahlgängen durch die jeweils zustellungsbevollmächtigten VertreterInnen der Wahlvorschläge, also praktisch durch die politischen Parteien, möglich war. Daran wurde jahrzehntelang kritisiert, dass damit selbst bei der Wahl der BundespräsidentInnen die Partei vor die Persönlichkeit und vor die WählerInnen tritt. Wie beim System der starren Listen bei den Parlamentswahlen werde die Persönlichkeit der Partei geopfert. Aus demokratiepolitischen Gründen wurde nach mehr als sechs Jahrzehnten diese Regelung endlich beseitigt.

Absolute Mehrheit der Stimmen oft erst nach Stichwahl

Das gewählte Staatsoberhaupt tritt das Amt mit einer Angelobung vor der Bundesversammlung an: „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“ Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig. Davon wurde von den Bundespräsidenten Kirchschräger, Waldheim und Klestil mit den Worten „So wahr mir Gott helfe“ Gebrauch gemacht.

Angelobung vor der Bundesversammlung

Vor der Angelobung haben die Gewählten das Recht auf das Amt. Mit der Verweigerung der Angelobung geht es verloren. Mit der Ablegung des Eides wird das Amt öffentlich angetreten. Die damit verbundenen Rechte und Pflichten werden erworben. Der Angelobung folgt in der Staatspraxis eine Ansprache. Es ist keine „Regierungserklärung“, da der/die BundespräsidentIn nicht die Funktion der Regierung erfüllt. Die Ansprache ist eine Erklärung der Absicht, wie das Amt als Staatsoberhaupt ausgeübt werden wird. Das Amt endet durch Zeitablauf, durch Tod, durch ein verurteilendes Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, das auf Amtsverlust zu lauten hat, durch Absetzung aufgrund einer Volksabstimmung, durch Verurteilung wegen bestimmter gerichtlich strafbarer Handlungen oder durch Rücktritt (Amtsverzicht). Dieser ist nicht

Öffentliche Ansprache bei Amtsantritt

Zeitlich begrenzte Funktion geregelt. Da aber nach der Verfassung niemand gezwungen werden darf, ohne oder gegen seinen Willen ein Amt anzunehmen oder auszuüben, ist die Frage des Rücktritts zu bejahen. Ein Staatsoberhaupt, das sein Amt nicht mehr weiter ausüben kann oder will, ist an der Ausübung dieses Amtes verhindert. Mit der Verzichtserklärung geht die Funktion auf die PräsidentInnen des Nationalrates über. Die Bundesregierung hat Neuwahlen auszuschreiben. Im Übrigen wird der/die BundespräsidentIn bei einer vorübergehenden Verhinderung von zwanzig Tagen durch den/die BundeskanzlerIn vertreten; bei längerer Verhinderung, und bei Beschluss des Nationalrates auf Einleitung einer Volksabstimmung über die Absetzung des Staatsoberhauptes durch das Kollegium der drei PräsidentInnen des Nationalrates.

Ein unselbstständiges Staatsoberhaupt

Oberstes Verwaltungsorgan Vor einer Wahl wird das Amt meist überschätzt, in der Praxis oft unterschätzt. Der/die BundespräsidentIn ist Staatsoberhaupt und oberstes Verwaltungsorgan. Damit steht dieses Amt gleichgeordnet neben der Bundesregierung, wodurch an der Staatsspitze eine besondere Form der Gewaltenteilung eingerichtet ist. Wahlslogan von Klestil im Wahlkampf war z. B.: „Macht braucht Kontrolle.“

Handlungen bedürfen Vorschlag und Gegenzeichnung der Regierung Das Staatsoberhaupt ernennt den/die BundeskanzlerIn, auf dessen/deren Vorschlag die übrigen Mitglieder der Bundesregierung und die StaatssekretärInnen und kann sie aus ihren Funktionen entlassen. BundespräsidentInnen haben von der Verfassung erschöpfend (taxativ) aufgezählte Zuständigkeiten. Aber nur die wenigsten können aus eigener Initiative ausgeübt werden. In der Regel sind sie an einen Vorschlag der Bundesregierung oder der jeweiligen BundesministerInnen gebunden. Deshalb wird das Amt als unselbstständig charakterisiert. Gewählte BundespräsidentInnen können einem Vorschlag nur entsprechen, ihn liegenlassen oder zurückstellen, ihn jedoch nicht abändern. Außerdem bedarf die Ausübung der Funktionen, auch wieder von Ausnahmen abgesehen, der Gegenzeichnung. Damit bedürfen sie der Zustimmung jener Regierung, die vom Vertrauen des Parlaments getragen sein muss.

Ernennung der Regierungsspitze von Parlamentsmehrheit abhängig Beim wichtigsten Akt, bei der Ernennung des/der BundeskanzlerIn, ist das Staatsoberhaupt nicht an einen Vorschlag gebunden, muss aber auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament Rücksicht nehmen. Die von ihm ernannte Regierung kann nur eine sein, die das Vertrauen des Nationalrats hat, sonst erhält sie keine Mehrheit für ihre Gesetzesvorlagen und riskiert ein Misstrauensvotum. Bei einem solchen ist die Regierung vom Staatsoberhaupt zu entheben. Somit sind BundespräsidentInnen parlamentarische Staatsoberhäupter, aber nicht wie die Regierung eine exekutive Spitze des Nationalrats. Die Regierung ist nämlich dem Nationalrat rechtlich und politisch verantwortlich, dem Staatsoberhaupt aber insofern, dass es sie jederzeit ohne Grund entlassen kann. Dadurch erhält der/die BundespräsidentIn eine große Machtfülle (siehe weiter unten). Eine solche Entlassung fand aber noch nie statt. Minister- und Abgeordnetenamt sind vereinbar, letzteres lebt für enthobene MinisterInnen, die es bei der Ernennung aufgegeben haben, sogar auf. Zwischen Parlament und Regierung besteht Gewaltverbindung. Zwischen Parlament und Regierung einerseits und dem Staatsoberhaupt andererseits besteht dagegen Gewaltentrennung. Hier besteht die strengste Unvereinbarkeit der Verfassung. Das Amt ist mit jedem anderen Amt und Beruf unvereinbar. Das Staatsoberhaupt soll in seiner Amtsausübung in keiner Weise beschränkt sein.

Unvereinbarkeit mit anderen Ämtern

Im Übrigen sind die BundesministerInnen im Zweifel für alle Angelegenheiten der Bundesverwaltung zuständig. Dementsprechend weitet sich ihr Wirkungsbereich durch

GEWALTENTEILUNG



AUFGABEN DES STAATSOBERHAUPTS

Von den vielen Aufgaben des Staatsoberhauptes, die aber alle – von Ausnahmen abgesehen – nur über Vorschlag und Gegenzeichnung wahrgenommen werden, sind insbesondere hervorzuheben:

1. Vertretung der Republik nach außen einschließlich des Abschlusses von Staatsverträgen
2. auf die Gesetzgebung bezogene Befugnisse wie Einberufung des Nationalrates, Auflösung, Beurkundung von Bundesgesetzen, Anordnung eines Gesetzes- oder Verfassungsreferendums u. a. m.
3. auf die obersten Organe der Verwaltung bezogene Befugnisse wie Ernennungen, Entlassungen, Enthebungen, Angelobungen u. a. m.
4. auf die Gerichtsbarkeit bezogene Befugnisse wie Gnadenrecht in Einzelfällen, Niederschlagsrecht, Strafverfahren, Ernennungen von RichterInnen, Exekution der Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs u. a. m.
5. besondere Verwaltungsaufgaben wie Ernennungen von FunktionärInnen, Schaffung und Verleihung von Berufstiteln, Verleihung von Amtstiteln, Gewährung von Ehrenrechten u. a. m.

Bestimmte Aufgaben wie Abschluss besonderer Staatsverträge und Ernennung besonderer Bundesbeamter und -beamtinnen kann der/die BundespräsidentIn nach der Verfassung übertragen (meistens an die entsprechenden Bundesministerien). Dies erfolgt durch allgemeine Entschließungen.

Gesetze, Staatsverträge, EU-Normen immer mehr aus, jener des Staatsoberhauptes bleibt hingegen gleich. Durch den Beitritt zur EU wurden die BundesministerInnen und insbesondere der jeweils amtierende Bundeskanzler besonders aufgewertet. Dieser ist durch den Beitritt geradezu Regierungschef geworden. Dementsprechend sitzt er im Europäischen Rat der Staats- und RegierungschefInnen; die BundesministerInnen sind Mitglieder des Ministerrats der EU und wirken dort an der Rechtsetzung mit. Der/die BundespräsidentIn hat nur das Recht, von bestimmten Maßnahmen der Regierung informiert zu werden, vertritt die Republik aber nicht in der EU.

**EU-Beitritt
erweiterte
Wirkungs-
bereich der
Regierung**

Wie mächtig ist unser Staatsoberhaupt?

Seit der Verfassungsnovelle 1929 ist dieses Amt wie der Nationalrat durch die Volkswahl direkt demokratisch legitimiert. Die Novelle brachte auch verschiedene Möglichkeiten, als Gegenspieler des Parlaments aufzutreten. Notrechte und Oberbefehl über das Bundesheer stärkten ebenfalls die Stellung. Aber die Bindung an Vorschlag

**Machtfülle
des Präsi-
denten bisher
ungenutzt**

und Gegenzeichnung blieb, von Ausnahmen wie der Ernennung und Entlassung von Regierungsmitgliedern abgesehen, bestehen. Bei der Ausübung der wichtigsten Befugnisse ist das Staatsoberhaupt frei: bei der Ernennung des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin. Konventionen diesbezüglich sind nicht die Konstitution. Auch die Entlassung von BundeskanzlerIn und Regierung kann ohne Vorschlag erfolgen. Sie bedarf auch keiner Gegenzeichnung und ist eine besondere Befugnis. Auf Basis dieser gültigen Verfassung von 1929 hat das Staatsoberhaupt eine enorme Machtfülle, die es erlauben würde, das derzeitige politische System in ein semipräsidentielles System überzuführen: das heißt, eine nicht genehme Regierung nicht anzugeloben oder zu entlassen und mit Notfallparagrafen eine ihm genehme Regierung über lange Zeit an der Macht zu halten.

Reformdiskussionen

**Diskussion
über Ein-
schränkung
der Befug-
nisse**

Hinsichtlich des Amtes gibt es daher seit Jahrzehnten und nicht erst seit der letzten Bundespräsidentenwahl 2016 Reformvorschläge. So soll die Regierung nicht mehr durch den Bundespräsidenten, sondern durch den Nationalrat gewählt werden, wie dies bis 1929 der Fall war; das Entlassungsrecht in Bezug auf BundeskanzlerIn und Bundesregierung soll entfallen, ebenso das Recht auf die Auflösung von Nationalrat und Landtagen. Dadurch würde das Bundespräsidentenamt die möglicherweise gefährlichen Machtbefugnisse, die gegen das Parlament gerichtet sein könnten, verlieren. Bei der Beurkundung der Gesetze sollte das Staatsoberhaupt ein Antragsrecht beim Verfassungsgerichtshof haben. Das Gnadenrecht einschließlich der Legitimation unehelicher Kinder zu ehelichen, sei zudem neu zu regeln.

Neben weiteren Vorschlägen wurden auch die Informations- und Zugangsvorgänge von BundesministerInnen und BundeskanzlerIn gegenüber dem Staatsoberhaupt für eine Neuregelung empfohlen, ebenso die Präzisierung der Vertretung der Republik nach außen und des Oberbefehls über das Bundesheer.



WEBTIPPS

Historischer Rückblick auf die Bundespräsidentenwahlen

- ▶ www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/Rueckblick.aspx

Die Ergebnisse der Bundespräsidentenwahlen seit 1951 sind auf folgender Website abrufbar, ebenfalls die Liste aller österreichischen Bundespräsidenten mit Kurzlebenslauf.

- ▶ www.bundespraesident.at/historisches/bisherige-amtsinhaber/

Über die Kandidatur zu den Bundespräsidentenwahlen

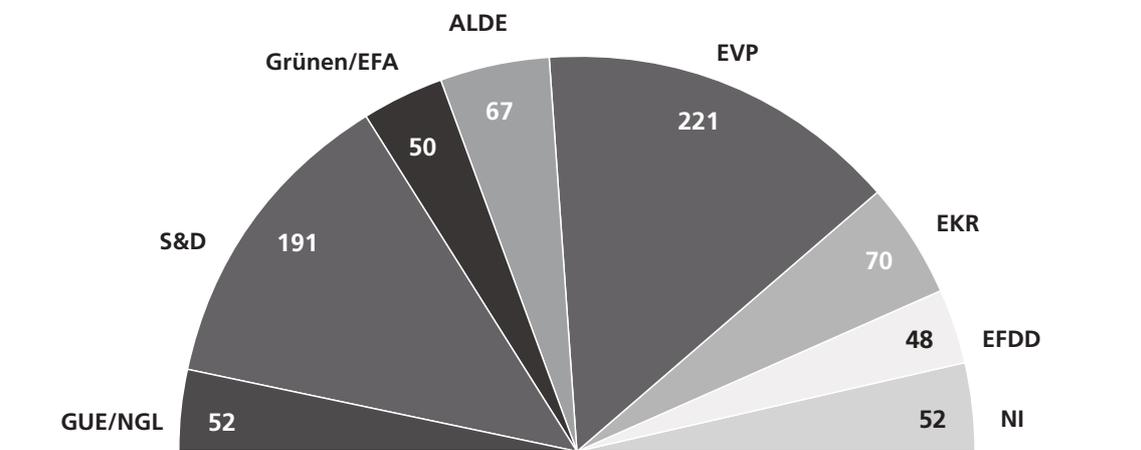
- ▶ www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/Ueberblick.aspx

Aufgaben und Funktionen des Bundespräsidenten

- ▶ www.bundespraesident.at/aufgaben/

Wahlen und Bestellmodi der Europäischen Institutionen

ZUSAMMENSETZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, STAND AUGUST 2017



Fraktion	Anzahl der Abgeordneten	Prozent
EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	221	29,43%
S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten	191	25,43%
EKR – Europäische Konservative und Reformisten	70	9,32%
ALDE – Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	67	8,92%
GUE/NGL – Vereinte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke	52	6,92%
Grünen/EFA – Die Grünen/Freie Europäische Allianz	50	6,66%
EFDD – Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“	48	6,39%
Fraktionslose – Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören (NI)	52	6,92%

Quelle: Europäisches Parlament, www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html, abgerufen am 30.8.2017

Das Europäische Parlament (EP) hat seinen Sitz in Straßburg und Brüssel und besteht aus 751 Abgeordneten. Jedes EU-Mitgliedsland wählt je nach Größe des Landes eine Anzahl von Abgeordneten. Die Wahlen erfolgen nach Verhältniswahl, die Details werden in den einzelnen Mitgliedsländern festgelegt. Die Grafik oben zeigt die Sitzverteilung des aktuellen Parlaments. Österreich wählt 18 Abgeordnete, von denen derzeit fünf der ÖVP (Fraktion der Europäischen Volkspartei) angehören, fünf der SPÖ (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten), vier der FPÖ (keine Fraktion), drei der Grünen Partei (Fraktion Die Grünen/Freie Europäische Allianz) und einer den NEOS (Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa). Die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament finden voraussichtlich 2019 statt.

WIE WIRD DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (MINISTERRAT) BESCHICKT?



Quelle: Von Wahl zu Wahl, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 21/2004, hg. von Forum Politische Bildung, S. 35, aktualisiert im August 2017

Der Ministerrat wird von den jeweiligen FachministerInnen aus den Mitgliedsstaaten besickt. Das bedeutet, beim Rat der InnenministerInnen treffen sich die InnenministerInnen aller Mitgliedsstaaten, beim Rat der FinanzministerInnen alle FinanzministerInnen etc. Der Ministerrat und das Europäische Parlament beschließen gemeinsam die Richtlinien und Verordnungen der EU. Diese sind für die Mitgliedsstaaten verbindlich. Verordnungen sind direkt in den Staaten gültig. Richtlinien müssen in jedem Mitgliedsstaat durch nationale Gesetze umgesetzt werden, wobei jedes Land innerhalb des vorgegebenen Rahmens eigene Regelungen erarbeiten kann.

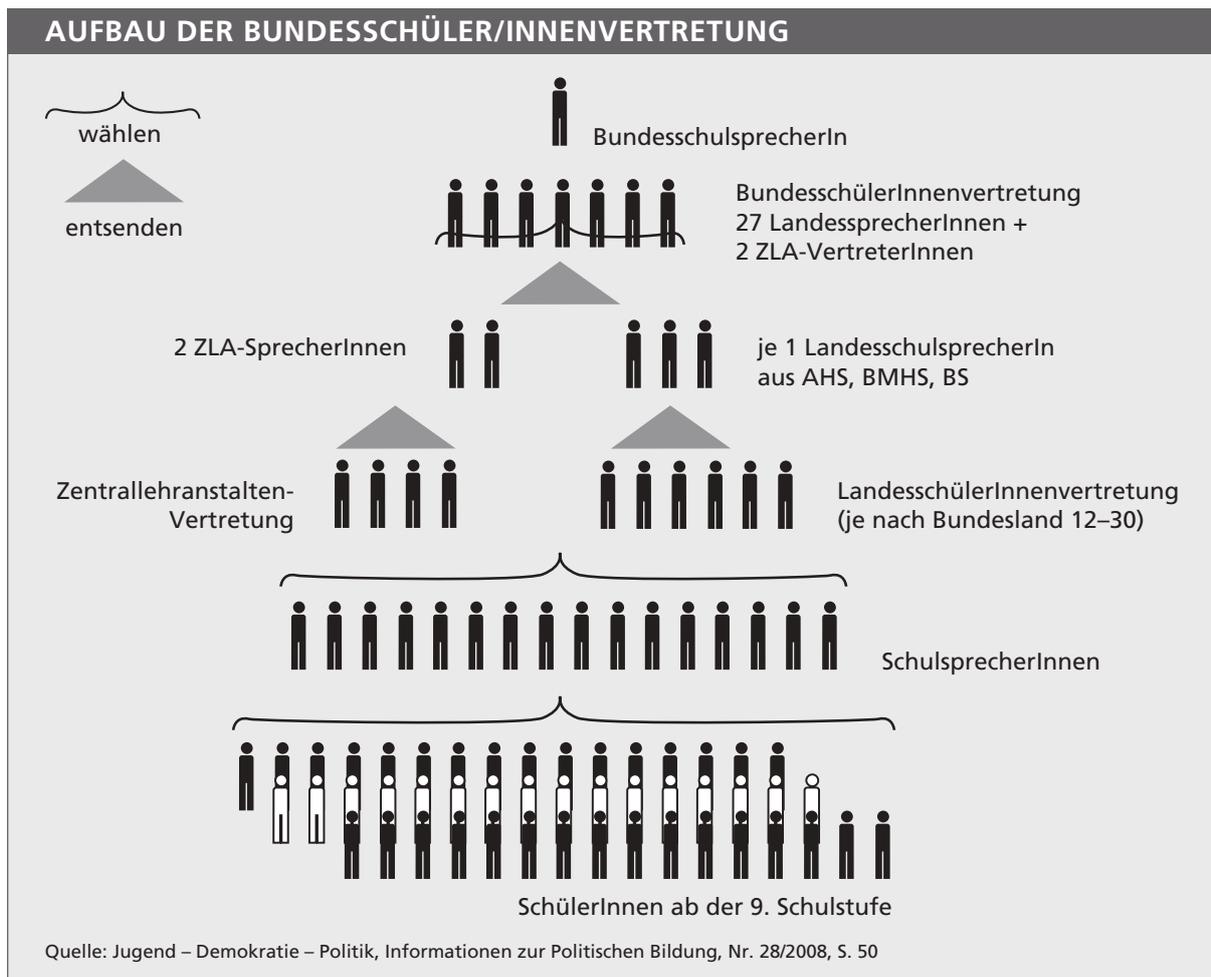
WIE WERDEN EU-KOMMISSAR/INNEN ERNANNT?



Quelle: Von Wahl zu Wahl, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 21/2004, hg. von Forum Politische Bildung, S. 35, aktualisiert im August 2017

Die Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit zum allgemeinen Wohl der Gemeinschaft aus, d. h. sie arbeiten unabhängig von Weisungen ihrer Heimatstaaten. Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um die zukünftige Größe der Kommission lässt sich diese Spannung ablesen: Durch den Beitritt neuer Mitgliedsstaaten wurde die Kommission auf 28 Mitglieder vergrößert. Eine Verkleinerung dieses Gremiums wäre im Sinne der Arbeitseffizienz und der sinnvoll vorhandenen Portfolios also durchaus wünschenswert. Da der Europäischen Kommission das Initiativrecht in der EU zukommt und damit ihr Einfluss auf die Politikgestaltung erheblich sein kann, ist ihre Zusammensetzung entscheidend.

WAHLEN AUF VERSCHIEDENEN POLITISCHEN EBENEN				
	Gemeinde	Land	Bund	Europa
Was wird gewählt?	2.100 Gemeindevertretungen BürgermeisterIn (Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg)	9 Landtage	Nationalrat 168 Abgeordnete	Europäisches Parlament 751 Abgeordnete zum Europäischen Parlament davon 18 österreichische Abgeordnete
Wer darf wählen?	ÖsterreicherInnen und EU-BürgerInnen Wohnsitz in der Gemeinde Wahlalter: 16 Jahre	ÖsterreicherInnen Wohnsitz im Bundesland Wahlalter: 16 Jahre	ÖsterreicherInnen Wohnsitz im In- oder Ausland Wahlalter: 16 Jahre	ÖsterreicherInnen und EU-BürgerInnen Wahlalter: 16 Jahre
Wer kann gewählt werden?	ÖsterreicherInnen und EU-BürgerInnen Ausnahme Bürgermeisterwahl: Nur ÖsterreicherInnen Wohnsitz in der Gemeinde Passives Wahlalter: 18 Jahre	ÖsterreicherInnen Wohnsitz im Bundesland Passives Wahlalter: 18 Jahre	ÖsterreicherInnen Wohnsitz im In- oder Ausland Passives Wahlalter: 18 Jahre	ÖsterreicherInnen und EU-BürgerInnen (Wohnsitz in einer österreichischen Gemeinde) Passives Wahlalter: 18 Jahre
Wie wird gewählt?	Gemeindevertretung: Verhältniswahlrecht, 1 Ermittlungsverfahren Bürgermeisterwahl: Mehrheitswahlrecht, eventuell mit Stichwahl	Verhältniswahlrecht 2 Ermittlungsverfahren	Verhältniswahlrecht 3 Ermittlungsverfahren	Verhältniswahlrecht
© Forum Politische Bildung				



Die BundesschülerInnenvertretung wird stufenartig auf mehreren Ebenen (SchülerInnen – SchulsprecherInnen – LandesschülerInnenvertretung) gewählt. In den Gremien der Vorschule, Volksschule, Sonderschule und Hauptschule/Neue Mittelschule – Klassenforum und Schulforum – setzt sich die Schulgemeinschaft aus gewählten InteressenvertreterInnen von LehrerInnen und Erziehungsberechtigten zusammen. Pro Schule existieren die Klassenforen der einzelnen Klassen und das Schulforum parallel. SchülerInnen der Sekundarstufe I wählen jeweils eine Klassensprecherin oder einen Klassensprecher.

! WEBTIPPS

Die jeweils aktuellen Wahlergebnisse von Landtags- und Gemeinderatswahlen sind auf folgenden Websites der Landesregierungen abrufbar:

- ▶ Burgenland: wahl.bgld.gv.at/wahlen/lt.nsf/Wahlergebnisse.htm
- ▶ Kärnten: www.ktn.gv.at/Verwaltung/Amt-der-Kaerntner-Landesregierung/Abteilung-1/Organisation/Statistik/Themenbereiche/Wahlen
- ▶ Niederösterreich: www.noel.gv.at/noe/Wahlen/Wahlen.html
- ▶ Oberösterreich: www.land-oberoesterreich.gv.at/12754.htm
- ▶ Salzburg: www.salzburg.com/wiki/index.php/Landtagswahlen
- ▶ Steiermark: www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11681292/74837281/
- ▶ Tirol: wahlen.tirol.gv.at/
- ▶ Vorarlberg: www.vorarlberg.at/wahlen/lt.asp?ergebnisse=vorarlberg
- ▶ Wien: www.wien.gv.at/politik/wahlen/grbv

Die jeweils aktuellen Wahlergebnisse zum Europäischen Parlament findet man auf der Website:

- ▶ www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html

Christoph Kühberger

Concept Cartoons für den Politik- und Geschichtsunterricht

Ein subjektorientierter Zugang zur Diagnostik und Methodik

Schülerinnen und Schüler als Drehscheibe des Lernens

Ähnlich wie in anderen Unterrichtsfächern plante man auch den Geschichtsunterricht vor wenigen Jahrzehnten noch so, als ob Schülerinnen und Schüler keine Vorstellungen oder Kenntnisse in den Unterricht mitbringen würden. Ein explizites Eingehen auf bereits existierende (Prä-)Konzepte, die sich bei den Lernenden aufgrund ganz unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen im Umgang mit Vergangenheit und Geschichte bzw. mit Gesellschaft und Politik eingenistet hatten, unterblieb zumeist.¹ Folgt man jedoch einer konstruktivistischen Lerntheorie, gilt es, den individuellen Konstruktionscharakter vom fachspezifischen Wissen der Lernenden verstärkt zu berücksichtigen. Schülerinnen und Schüler sollten daher durch das Lernsetting je individuell aktiviert werden, um auf diese Weise Anschlussstellen zu ihren je eigenen konzeptionellen Vorstellungen herzustellen, um an ihnen (weiter-)arbeiten zu können und um so ein eigenes Wissen aufzubauen.²

Unterschiedliches Vorwissen der SchülerInnen

In den letzten Jahren hat die empirische Geschichts- und Politikdidaktik wiederholt gezeigt, dass Schülervorstellungen zu zentralen fachspezifischen Momenten auch innerhalb von einzelnen Klassenverbänden äußerst heterogen sind.³ Auch die fachdidaktische Pragmatik verwies zusehends auf Methoden, um Vorerfahrungen und Vorstellungen von Schülerinnen und Schülern im Lernprozess evidenzbasiert einzubinden und um an sie anzuschließen.⁴ Aus diesem Grund soll an dieser Stelle eine fachdidaktische Herangehensweise vorgestellt werden, die ursprünglich in den naturwissenschaftlichen Fachdidaktiken entwickelt wurde,⁵ die sich aber auch auf die gesellschaftswissenschaftlich orientierten Fächer übertragen lässt. Mittels *Concept Cartoons* lassen sich nämlich nicht nur fachspezifische Vorstellungen der Lernenden diagnostizieren,⁶ sondern sie bieten gleichzeitig auch das Potenzial, zentrale Konzepte, die das fachliche Lernen maßgeblich prägen, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen.

Anknüpfen an bestehende Konzepte der SchülerInnen

Was sind Concept Cartoons?

Concept Cartoons zeigen eine Gruppe von Menschen, die sich in einer Gesprächssituation mit einer Frage auseinandersetzen, welche aus ihrem Alltag stammt und zudem einen fachspezifischen Kern besitzt. Durch einen solchen Lebensweltbezug soll den Lernenden die Verbindung zwischen Alltagserfahrung und wissenschaftlichen Einsichten verdeutlicht werden. Fachspezifische Phänomene können auf diese Weise als Teil des eigenen Lebens wahrgenommen werden. Man entzieht sie damit einer Entfremdung, wie man sie oft im schulischen Lernen zwischen Lebens- und Lernwelt vorfindet, wenn die eigenen Lebenserfahrungen und Alltagsverständnisse unberücksichtigt bleiben. Wie in einem Comic sind in Sprechblasen unterschiedliche Aussagen in Schülersprache zu lesen, in denen verschiedene konzeptionelle Vorstellungen zum

Verbindung zwischen Lebens- und Lernwelt herstellen

Verschiedene Argumente darstellen	Ausdruck kommen. Diese Aussagen sind kurz formuliert und sollen vor allem von den Lernenden leicht verstanden werden. In der Regel werden neben mindestens einer wissenschaftlich tragfähigen Aussage auch gängige Fehlvorstellungen oder alltagsweltliche Vorstellungsmuster in den Cartoons transportiert. Die verwendeten Aussagen in den Sprechblasen sollen dabei einerseits gleichwertig und durchaus ähnlich sein, andererseits aber auch glaubhaft und nicht absurd. Idealerweise stammen die im Cartoon präsentierten Aussagen aus der empirischen Forschung, die sich mit fachspezifischen Denkmustern beschäftigt, um auf diese Weise die notwendige Glaubwürdigkeit und auffindbare Varianzen in der Argumentation zu erreichen. Anders als man dies etwa von Testungen mit Multiple-Choice-Formaten her kennt, ist es im Unterricht jedoch nicht das Ziel, die richtige Antwort herauszufinden.
Concept Cartoons regen zu Reflexion an	<i>Concept Cartoons</i> versuchen, die Schülerinnen und Schüler anhand der verschiedenen Aussagen zur Reflexion anzuregen. Sie sollen sich zu den einzelnen Aussagen positionieren, indem sie individuelle Vermutungen anstellen, eigene Argumente vorbringen oder Interpretationen vornehmen. ⁷ Dies wird durch die besondere Struktur der <i>Concept Cartoons</i> unterstützt. Sie tragen in der Regel eine Kontroverse in sich, wodurch es zu einem günstigen fachdidaktischen Impuls für diese inszenierte Kommunikationssituation kommt. <i>Concept Cartoons</i> versuchen nämlich – wie dies John Dabell nachzeichnet – eine Diskussion zwischen den Lernenden auszulösen. Sie möchten eine kognitive Dissonanz provozieren, um damit eine fachliche Unterhaltung anzustoßen und Schülerbeteiligung zu fördern: „Sie ermutigen die Lernenden dazu, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu finden, nach Beweisen zu suchen und ihre eigenen Argumentationen zu rechtfertigen als Antwort auf die Charaktere in den Cartoons. Von jeder/jedem in der Klasse wird erwartet, eine Antwort zu haben und sich in die Kommunikation einzubringen, wobei alle Antworten, egal ob richtig oder falsch, als Wegbereiter genutzt werden, um ein vollständiges Verständnis zu erreichen.“ ⁸
Diskussionen anstoßen	

Welchen fachdidaktischen Wert besitzen *Concept Cartoons*?

SchülerInnen als heterogene Gruppe wahrnehmen	<i>Concept Cartoons</i> haben den Vorteil, dass sie bekannte lebensweltliche Vorstellungen und Alltagstheorien, die aus der empirischen Fachdidaktik bekannt sind, aktiv in den Fachunterricht miteinbeziehen. Auf diese Weise kann man es im Fachunterricht vermeiden, typische Vorstellungsgebäude und Argumentationsfiguren, wie sie im Alltag von Jugendlichen und Erwachsenen auftreten, rundweg zu ignorieren. Arbeitet man mit einem breiten Set an bekannten Vorstellungen zu einem fachspezifischen Problem, dann entgeht man in Lernsettings der weit verbreiteten Versuchung, alle Schülerinnen und Schüler als eine homogene Gruppe anzusehen, in der es keine oder nur geringe Unterschiede gäbe.
Präkonzepte und Fehlvorstellungen unterscheiden	Die Chemiedidaktik hat darauf hingewiesen, dass fachspezifische Präkonzepte, das heißt jene konzeptionellen Vorstellungen, die sich vorwissenschaftlich, also ohne systematischen Unterricht entwickelt haben, von <i>hausgemachten Fehlvorstellungen</i> zu unterscheiden sind. Darunter versteht die Chemiedidaktik schulisch verursachte Fehlvorstellungen. Beide Typen sollten jedoch im Unterricht in den Blick genommen werden. Während <i>Präkonzepte</i> aufgrund von alltäglichen Beobachtungen und lebensweltlichen Vorstellungen generiert werden, handelt es sich bei <i>hausgemachten Fehlvorstellungen</i> um eine schulische Deformation, die dadurch entsteht, „weil Tradition oder Komplexität es oftmals nicht zulassen, bestimmte Themen widerspruchsfrei und allgemeinverständlich zu unterrichten. Es bleiben trotz des Unterrichts durch eine Fachkraft diffuse Vorstellungen zurück, die den heute gültigen wissenschaftlichen Theorien und Verabredungen nicht entsprechen.“ ⁹ Ein klassisches Beispiel für eine <i>hausgemachte Fehlvorstellung</i> kann sich etwa dort entwickeln, wo Schülerinnen und Schüler permanent mit nur einer Darstellung

der Vergangenheit konfrontiert werden, die dann auch noch im Rahmen des Unterrichtes als einzig vermeintlich richtige erscheint. Dabei wird nämlich versteckt, dass es durchaus auch noch andere legitime Interpretationen der Vergangenheit geben könnte und eine Darstellung der Vergangenheit im Kern immer ein Ringen um eine mögliche Annäherung an die Vergangenheit darstellt – nicht jedoch die „Wahrheit“, wie dies Lernende dann oft positivistisch rezipieren. Aus dem Bereich der Politischen Bildung kann die sehr eingeschränkte Wahrnehmung von „Demokratie“ als *hausgemachte Fehlvorstellung* herangezogen werden, denn meist wird in schulischen Situationen und im sozialen Lernen „Demokratie“ mit „direkter Demokratie“ gleichgesetzt. Feinheiten, wie wir sie jedoch in der Politik finden (u. a. Minderheitenrechte, Vertretungsformen), werden dabei ausgeblendet, wenn nicht sogar als undemokratisch wahrgenommen. Demokratie ist jedoch ein umfangreiches Prinzip, das nicht auf die direkte Mitbestimmung reduzierbar ist. Auch Momente, wie etwa die freie politische Meinungsbildung, der Versuch einen Konsens zu erreichen oder die Sicherung der Freiheit aller, gilt es zu berücksichtigen.

Demokratie als umfangreiches Prinzip begreifen

Für den Geschichtsunterricht macht es vor allem Sinn, bei jenen fachspezifischen Konzepten anzusetzen, die das historische Denken bestimmen und in möglichst vielen Situationen des historischen Lernens auftreten. Dazu zähle ich hier einerseits Basiskonzepte wie „Konstruktivität“ (→ vgl. Fallbeispiel Geschichte), „Perspektive“ oder „Zeit“, andererseits aber auch Konzepte wie „Quelle“, „Herrschaft“ oder „Gender“. Für den Politikunterricht kann es reizvoll sein, neben einer Arbeit an konzeptionellen Vorstellungen (z. B. zu „Macht“, „Demokratie“, „Gleichheit“ o. Ä.) auch kontroverse politische Positionen aufzuwerfen, um den Schülerinnen und Schülern einerseits politische Urteile und Argumente vorzustellen, aber gleichzeitig auch zu einer differenzierten Auseinandersetzung und Selbstpositionierung einzuladen.

Differenzierte Auseinandersetzungen anregen

VORTEILE DER ARBEIT MIT CONCEPT CARTOONS

Concept Cartoons ...

- ... fördern die fachspezifische Kommunikation über ein fachliches Problem.
- ... fördern die Bereitschaft, eigene Vorstellungen zu artikulieren.
- ... fördern die fachspezifische Argumentationsfähigkeit.
- ... fördert die Resilienz mit widersprüchlichen, das eigene Verständnis herausfordernden Erklärungsmustern umzugehen.
- ... fördern den fachspezifischen Wissenszuwachs, insbesondere an konzeptionellem Wissen.
- ... fördern die Wissenschaftsorientierung im Fachunterricht.
- ... ermöglichen die Gewinnung diagnostischer Einblicke in die konzeptionellen Vorstellungen der Lernenden.

Vgl. Steininger/Lembens, Concept Cartoons; Fenske/Klee/Lutter, Concept-Cartoons, S. 49.

Wie setzt man Concept Cartoons ein?

Concept Cartoons kann man als (1) Diagnoseinstrumente zum Einsatz bringen, indem sie als Impuls für lehrerseitige Beobachtungen der in einer Lerngruppe auffindbaren konzeptionellen Vorstellungen dienen, um damit Informationen über den Lernstand und das fachliche Verständnis der Schülerinnen und Schüler zu erhalten. Auf diese Weise können Lehrpersonen auffindbare *Präkonzepte* und *hausgemachte Fehlvorstellungen* in der Vorbereitung einer folgenden Unterrichtseinheit berücksichtigen und Überlegungen anstellen, wie man sie wissenschaftsorientiert weiterentwickeln könnte.¹⁰

Concept Cartoons als Diagnoseinstrumente

Daneben können sie jedoch auch als (2) Lernanlass verstanden werden, um den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu bieten, sich mit einem aufgeworfenen

Concept Cartoons als Lernanlass

fachlichen Problem zu beschäftigen, das im Cartoon leicht zugänglich gemacht wird und alternative Vorstellungsmuster zulässt.¹¹

**Kommunikation
zwischen den
Lernenden
befördern**

Für den konkreten Einsatz im Fachunterricht bieten sich *Concept Cartoons* für verschiedene Lernsettings an. Zentral erscheinen jedoch Zugangsweisen, welche die Kommunikation zwischen den Lernenden befördern. *Concept Cartoons* zielen in der Regel darauf ab, dass die gezeigte Szenerie die Schülerinnen und Schüler direkt oder indirekt zur Stellungnahme auffordert („Was denkst du?“), um im gemeinsamen Austausch die verschiedenen dargebotenen Aussagen zu diskutieren.¹² Dabei wird man feststellen, dass viele Schülerinnen und Schüler konzeptionelle Vorstellungen zu fachspezifischen Momenten besitzen, die nicht zutreffen oder wenig stabil sind.¹³ Der Austausch zwischen den Lernenden sollte dabei aber nicht nur einem trivialen Meinungs-austausch ähneln, bei dem jeder einfach die eigene Meinung kundtut, es sollte vielmehr Ziel sein, dass die Schülerinnen und Schüler je eigene Begründungen abgeben und ihre Argumentationen damit offenlegen. Daher bietet sich hier vor allem Kleingruppenarbeit an, die anschließend im Plenum weiter reflektiert wird.

**Diskussion in
Kleingruppen**

Steinger/Lembens verweisen darauf, dass es manchen Lernenden leichter fällt, sich einzubringen, wenn sie nicht die Aussagen anderer Schülerinnen und Schüler kommentieren oder in Frage stellen müssen, sondern eben eine Position bzw. Gegenposition zu Aussagen aus dem Cartoon einnehmen und dabei sachlich argumentieren können.¹⁴ Daher gilt es auch, für jede Lerngruppe über adäquate Sozial- und Organisationsformen nachzudenken, um *Concept Cartoons* gewinnbringend einzusetzen. Auch wenn die Gegenstände im Geschichts- und Politikunterricht nicht im gleichen Maße wie in der Naturwissenschaft unmittelbar in das Klassenzimmer gebracht werden können (Experimente, Versuche etc.), sollte man die fachdidaktischen Möglichkeiten nutzen, um sinnvolle *Follow-up*-Aktivitäten anzubieten, in denen Schülerinnen und Schüler sich mit den fachlichen Problemen anhand eines Fallbeispiels beschäftigen.

Was weiß man aus der Forschung zu *Concept Cartoons*?

**Förderung
der Motivation
und
Sprachkompetenzen**

Wendet man sich den Erkenntnissen der empirischen fachdidaktischen Forschung zu, so zeigt sich, dass viele Aspekte des Einsatzes von *Concept Cartoons* positive Auswirkungen auf das Lernen besitzen (u. a. hinsichtlich der Motivation, der Förderung der Sprachkompetenz, formative Leistungsfeststellung). Für die Politik- und Geschichts-didaktik sind vor allem jene empirischen Einsichten hervorzuheben, die zeigen, dass *Concept Cartoons* (1) es ermöglichen, an den konzeptionellen Vorstellungen von Schülerinnen und Schülern zu arbeiten, (2) effektive Stimuli für fachliche Argumentationen und ihre Auseinandersetzung darstellen und damit auch (3) das Unterrichtsprinzip der Kontroversität („*cognitive conflict*“) befeuern.¹⁵ Hier sind insbesondere die Forschungsergebnisse von Felix Fenske et al. zur politischen Urteilskompetenz zu erwähnen. Sie betonen, dass durch *Concept Cartoons* sowohl die SchülerInnen- als auch die Fachorientierung unterstützt wird. Mithilfe des Lernmediums könne man die Motivation und das Interesse an kontroversen politischen Zusammenhängen steigern. Die Lernenden würden auf diese Weise erkennen, welchen Vorteil wissenschaftliche Inhalte für den alltäglichen, insbesondere ihren eigenen Umgang mit Politik besitzen. Hervorgehoben werden dabei auch das gesteigerte Engagement der Lernenden im Umgang mit verschiedenen Gegenargumenten und das Einnehmen einer differenzierten Perspektive gegenüber dem aufgeworfenen politischen Problem.¹⁶ Je stärker die einzelnen Lernenden ihre eigenen Vorstellungen einbringen, vielleicht sogar dokumentieren und damit im Fachunterricht weitergearbeitet wird, desto stärker wird damit auch eine Subjektorientierung erreicht.

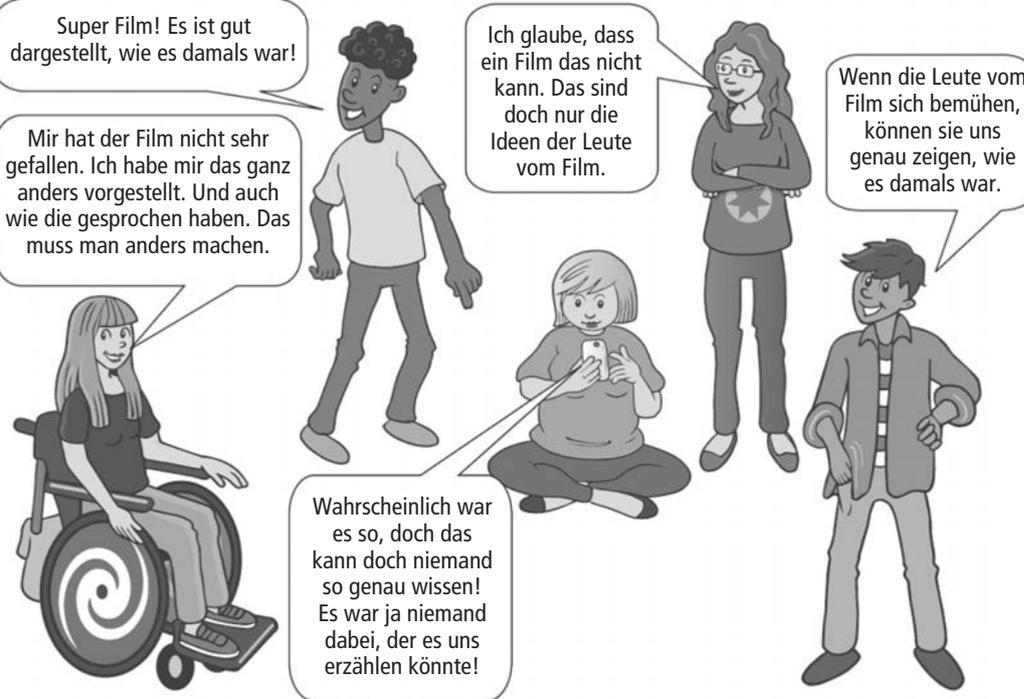
**Unterrichtsprinzip
der
Kontroversität**

**Subjektorientierung
steigern**

FALLBEISPIEL GESCHICHTE

Zeigt uns der Filmausschnitt, wie es damals stattgefunden hat?

concept cartoons
for learning



© Ch. Kühberger, Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen/
Pädagogische Hochschule Salzburg Stefan Zweig 2017; Figuren: G. Wiseman

Da im Geschichtsunterricht der Lebensweltbezug oftmals ganz zentral über geschichtskulturelle Produkte (z. B. TV-Dokumentationen, Comics, Zeitungsberichte, Computerspiele) oder über historische Quellen, die in der Klasse oder vor Ort unmittelbar zugänglich sind (z. B. Zeitungen aus der NS-Zeit, Ruine von mittelalterlichen Anlagen), hergestellt werden kann, macht es Sinn, ein konkret erlebbares Moment und eine daran geknüpfte Aufgabe in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen. Claudia Schomaker spricht bei derartig angelegten Aufgabenformaten von „Konzeptdialogen“.¹

In diesem Beispiel wird auf das Medium „Spielfilm“ zurückgegriffen. In Spielfilmen über die Vergangenheit wird immer Vergangenheit (re-)konstruiert. Aus der geschichtsdidaktischen Forschung weiß man jedoch, dass Schülerinnen und Schüler der 3. Klasse (7. Schulstufe) zu einem sehr hohen Anteil davon ausgehen, dass Spielfilme über die Vergangenheit dazu in der Lage wären, die Vergangenheit abzubilden. Gleichzeitig erkennen nur wenige die besonderen Probleme, die im Konstruktionscharakter von Geschichte liegen. Der hier präsentierte *Concept Cartoon* nimmt dazu verschiedene empirische Schülervorstellungen auf, damit eine kontroverse, nach Argumenten ringende Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Vorstellungsmustern ermöglicht wird.²

Als Einstieg zu diesem *Concept Cartoon* sollte daher ein kurzer Spielfilmausschnitt über die Vergangenheit gezeigt werden, um im Anschluss mit dem Cartoon diskutieren zu können. Es bietet sich als *Follow-up*-Aktivität an, den Spielfilmausschnitt hinsichtlich seiner (1) empirischen Triftigkeit zu überprüfen (anhand von zur Verfügung gestellten historischen Quellen), hinsichtlich der (2) narrativen Triftigkeit, also hinsichtlich der Frage, wie und mit welchen Mitteln (z. B. Dramatisierung durch Dialoge, Emotionalisierung durch Musik) der Spielfilmausschnitt die Vergangenheit erzählt bzw. was betont oder nicht erwähnt wird und hinsichtlich seiner (3) normativen Triftigkeit, also hinsichtlich der im Ausschnitt getätigten Bewertungen und der eingenommenen Perspektive zu analysieren. Auf diese Weise wird exemplarisch am konzeptionellen Verständnis des Basiskonzeptes „Konstruktivität“ gearbeitet.

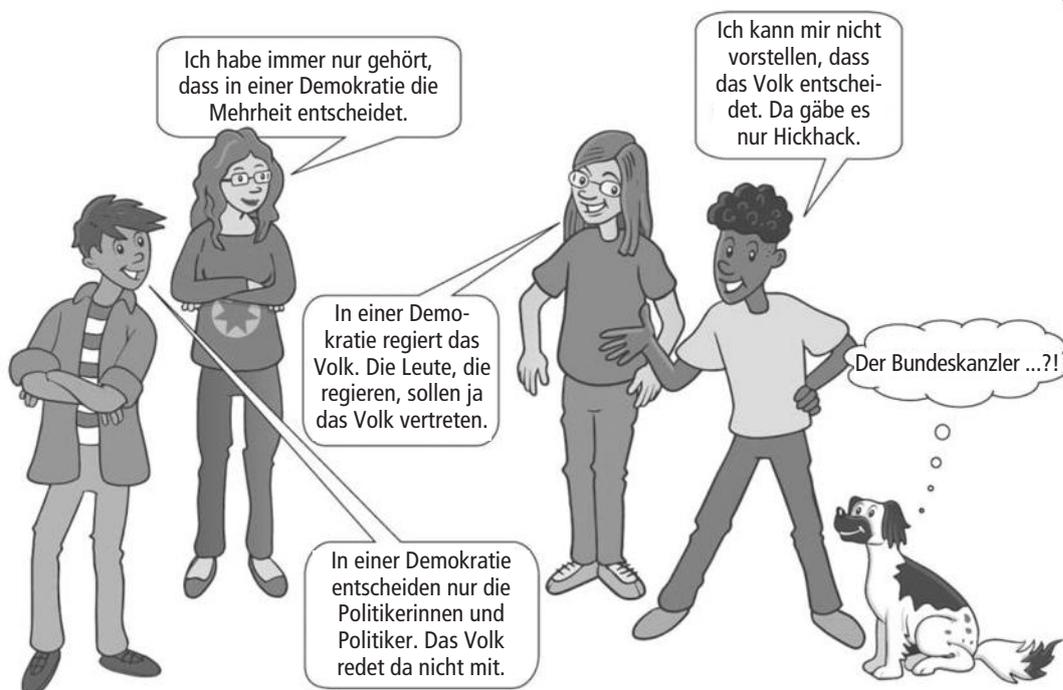
1 Schomaker, Konzeptdialoge, S. 14.

2 Vgl. Kühberger, Geschichte denken.

FALLBEISPIEL POLITIK

Wer entscheidet eigentlich in einer Demokratie?

concept cartoons
for learning



© Ch. Kühberger, Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen/
Pädagogische Hochschule Salzburg Strüan, Zweig 2017; Figuren: G. Wiseman

Dieses Beispiel versucht, entlang von Schülersäussagen und einigen fiktiven Positionen einen Impuls zu setzen,¹ damit die SchülerInnen in eine Diskussion einsteigen und dabei ihre Vorstellungen bzw. ihr Vorwissen artikulieren, um daran anschließen zu können. Es ist sicherlich günstig, wenn man die Äußerungen der SchülerInnen dokumentiert, um damit weiterarbeiten zu können. Dazu können Blätter mit leeren Sprechblasen ausgeteilt werden, die später geclustert werden.

Es bietet sich für dieses Beispiel an, mit den Lernenden als *Follow-up* über Entscheidungsstrukturen in einer repräsentativen Demokratie nachzudenken sowie über das Einsetzen von VolksvertreterInnen und ihre Abwahl zu arbeiten. Eine andere Möglichkeit wäre aber auch, Grundformen der Demokratie (direkte und repräsentative, präsidentiale und parlamentarische Demokratie) bzw. weitere Modelle (deliberative Demokratie, Konkordanz-/Konkurrenzdemokratie etc.) zu vergleichen.²

Concept Cartoons in der Politischen Bildung können aber, neben der Arbeit an Schülvorstellungen, auch als Impulsgeber für (konstruierte) Kontroversen dienen. Dabei geht es weniger darum, vorhandene, (empirisch) bekannte konzeptionelle Vorstellungen gegeneinander zu stellen, sondern zuge-spitzte Problemskizzen aufzuwerfen, die zu einer differenzierten Diskussion anregen möchten. Felix Fenske, Andreas Klee und Andreas Lutter haben dies im Zusammenhang mit der Herausforderung eines Parteienverbots in einer Demokratie vorgestellt.³

1 Vgl. Heidemeyer, Sven: Schülvorstellungen von Demokratie für den Unterricht nutzbar machen, in: polis 3/2009, S. 15–17; Bretschneider, Jana: Das ist für mich Demokratie! Schülvorstellungen zu „Demokratie“ erheben und differenzieren, in: Praxis Politik Nr. 2/2014, S. 12–17.

2 www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/konkurrenz-und-konkordanzdemokratie.html, 03.02.2017

3 Vgl. Fenske et al., Concept-Cartoons.

- 1 Vgl. Barke, Hans Dienter/Yitbarek, Sileshi: Concept Cartoons – Hilfen zur Diagnose und Korrektur von Schülervorstellungen, in: *Der mathematische und naturwissenschaftliche Unterricht*, Nr. 6/2009, S. 364–367, hier S. 364.
- 2 Vgl. Birisci, Salih/Mustafa, Metin/Karakas, Mehmet: Pre-Service Elementary Teachers' Views on Concept Cartoons: A Sample from Turkey, in: *Middle-East Journal of Scientific Research*, Nr. 5/2010/2, S. 91–97, hier S. 91;
Völkel, Bärbel: *Wie kann man Geschichte lehren? Die Bedeutung des Konstruktivismus für die Geschichtsdiagnostik*. Schwalbach/Ts 2002;
Norden, Jörg van: *Was machst Du für Geschichten? Didaktik eines narrativen Konstruktivismus*. Freiburg 2011;
Sander, Wolfgang: *Die Welt im Kopf. Konstruktivistische Perspektiven zur Theorie des Lernens*, in: *kursiv – Journal für Politische Bildung*, Nr. 1/2005, S. 44–59.
- 3 Vgl. Martens, Matthias: Implizites Wissen und kompetentes Handeln. Die empirische Rekonstruktion von Kompetenzen historischen Verstehens im Umgang mit Darstellungen von Geschichte. Göttingen 2010;
Kalcics, Katharina: Subjektive Konzepte und ihre Rolle im Unterricht, in: *Historische Sozialkunde* 42/2012/2, S. 20–27;
Kühberger, Christoph (Hrsg.): *Geschichte denken. Zum Umgang mit Geschichte und Vergangenheit von Schüler/innen der Sekundarstufe I am Beispiel „Spielfilm“*. Empirische Befunde – Diagnostische Tools – Methodische Hinweise. Innsbruck–Wien 2013;
Dück, Anna: *Schülervorstellungen zu historischem Wandel. Eine Empirische Untersuchung*. Hamburg 2013;
Hofmann-Reiter, Sabine: *Zeitverständnis am Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe. Empirische Erkundungen der Geschichtsdiagnostik*. Innsbruck–Wien 2015. Hofmann, Sabine/Windischbauer, Elfriede: „Er soll schöne Klamotten haben und eine Krawatte, so schauen die alle aus...“ Was Kinder über Politik denken, in: Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede: *Politische Bildung in der Volksschule. Annäherungen aus Theorie und Praxis*. Innsbruck–Wien 2010, S. 60–78;
Mosch, Mirka: *Diagnostikmethoden in der politischen Bildung. Vorstellungen von Schüler/-innen im Unterricht erheben und verstehen*. Giesen 2013;
Kalcics, Katharina/Raths, Kathleen/Dätwyler, Beatrice: *Was Schülerinnen und Schüler unter Politik verstehen*, in: Giest, Hartmut/Pech, Detlev: *Anschlussfähige Bildung im Sachunterricht*. Bad Heilbrunn 2010, S. 109–118.
- 4 Vgl. Kühberger, Christoph: *Subjektorientierte Geschichtsdiagnostik. Eine Annäherung zwischen Theorie, Empirie und Pragmatik*, in: Ammerer, Heinrich/Hellmuth, Thomas/Kühberger, Christoph: *Subjektorientierte Geschichtsdiagnostik*. Schwalbach/Ts. 2015, S. 13–47;
Hellmuth, Thomas/Kühberger, Christoph: *Historisches und politisches Lernen mit Konzepten*, in: *Historische Sozialkunde*, Nr. 1/2016, S. 3–8;
Kühberger, Christoph: *Lernen mit Konzepten. Basis-konzepte in politischen und historischen Lernprozessen*, in: *Informationen zur Politischen Bildung*, Nr. 38/2016, S. 20–29.
- 5 Vgl. Keogh, Brenda/Naylor, Stuart: *Concept Cartons, teaching and learning in science. An evaluation*, in: Keog, Brenda/Naylor, Stuart: *Thinking about Science*. International Journal of Science Education, Nr. 21/1999/4. Sandbach 1997, S. 431–446.
- 6 Kühberger, Christoph: *Fachdidaktische Diagnostik im Politik- und Geschichtsunterricht*, in: *Informationen zur Politischen Bildung*, Nr. 35/2012, S. 45–48;
Borries, Bodo von: *Empirie. Ergebnisse messen (Lern-diagnose im Fach Geschichte)*, in: Körber, Andreas et al.: *Kompetenzen historischen Denkens. Ein Strukturmodell als Beitrag zur Kompetenzorientierung in der Geschichtsdiagnostik*. Neuried 2007, S. 653–673;
Bettina Zurstrassen (Hrsg.): *Was passiert im Klassenzimmer? Methoden zur Evaluation, Diagnostik und Erforschung des sozialwissenschaftlichen Unterrichts*. Schwalbach/Ts 2011.
- 7 Vgl. Kabapinar, Filiz: *Effectiveness of Teaching via Concept Cartoons from the Point of View of Constructivist Approach*, in: *Kuram ve Uygulamada Eğitim Bilimleri/Educational Sciences: Theory & Practice* Nr. 5 (1)/2005, S. 135–146, hier S. 136;
Steininger, Rosina/Lembens, Anja: *Warum wird Wein „sauer“? Concept Cartoons als Gesprächsanlässe im kompetenzorientierten Chemieunterricht*, in: *Unterricht Chemie*, Nr. 24/2013/133, S. 22–26, hier S. 22;
Steininger, Rosina/Lembens, Anja: *Concept Cartoons zum Thema Redoxreaktionen*, in: *PdN Chemie in der Schule*, Nr. 3/2011/60, S. 26–31, hier S. 28.
- 8 Übersetzung C. K. nach: Dabell, John: *Using Concept Cartoons*, in: *Mathematics Teaching incorporating Micromath*, Nr. 209/2008, S. 34–36, hier S. 34.
- 9 Barke, Hans-Dieter: *Chemiedidaktik. Diagnose und Korrektur von Schülervorstellungen*. Heidelberg 2006, S. 21f.
Vgl. auch Barke/Yitbarek, *Concept Cartoons*, S. 366.
- 10 Vgl. Barke/Yitbarek, *Concept Cartoons*, S. 364 und 366.
- 11 Vgl. Stenzel, Rene/Eilks, Ingo: *Gesprächsanlässe schaffen mit Concept Cartoons*, in: *Praxis Naturwissenschaften. Chemie in der Schule*, Nr. 54/2005/1, S. 44–47.
- 12 Schomaker, Claudia: *„Konzeptdialoge“ als Aufgabenformat im Sachunterricht*, in: *Grundschule Sachunterricht* 59/2013, S. 14–16, hier S. 14.
- 13 Barke/Yitbarek, *Concept Cartoons*, S. 367.
- 14 Steininger/Lembens, *Warum wird Wein „sauer“?*, S. 23.
- 15 Naylor, Stuart/ Keogh, Brenda: *Concept Cartoons. What Have we Learnt?* In: *Journal of Turkish Science Education*. 10/2013/1, 3–11. www.tused.org/internet/tused/archive/v10/i1/tusedv10i1s1.pdf, 04.01.2016;
Stenzel/Eilks, *Gesprächsanlässe schaffen*, S. 46f;
Birisci/Mustafa/Karakas, *Pre-Service Elementary Teachers' Views on Concept Cartoons*, S. 92.
- 16 Fenske, Felix/Klee, Andreas/Lutter, Andreas: *Concept-Cartoons as a Tool to Evoke and Analyze Pupils Judgments in Social Science Education*, in: *Journal of Social Science Education*, Nr. 10/2011/3, S. 46–52, hier S. 51.

Judith Breitfuß

Simulationsspiel: Wen und was wähle ich?

Bezug zum Informationsteil	Barbara-Anita Blümel: Parteien, Wahlen und Parlament in Österreich
Zielgruppe/Alter	Sekundarstufe I, ab der 7. Schulstufe
Lehrplanbezug	Modul 9 (Politische Bildung): Wahlen und Wählen
Thematische Konkretisierung	<ul style="list-style-type: none">▶ Das Demokratieverständnis im Zusammenhang mit Wahlen in pluralistischen Gesellschaften sowie die Bereitschaft zur politischen Partizipation entwickeln; (...)▶ Die ideologischen Ausrichtungen und soziale Basis der politischen Parteien in Österreich beschreiben und in den Zusammenhang mit Demokratie bringen (...).
Kompetenzen	Politische Sachkompetenz, Politische Handlungskompetenz, Politische Urteilskompetenz
Kompetenz-konkretisierung	Führen von politischen Diskussionen; (...) Arbeiten mit politischen Medien (Analyse von medial vermittelten Informationen); Bewusste und reflektierte politische Entscheidungen (u. a. Teilnahme an Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen) treffen (...)
Basiskonzept	Handlungsspielräume
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Welche ideologischen Ausrichtungen haben politische Parteien?▶ Welche Motive gibt es dafür, eine bestimmte Partei zu wählen?
Dauer	2–4 Unterrichtseinheiten

Annäherung an das Thema

Wen und was wähle ich? Und warum?

Abläufe vor einer Wahl reflektieren Im Zentrum dieses Unterrichtsbeispiels soll nicht der Wahlvorgang an sich stehen,¹ sondern jene Abläufe und Entscheidungen, die diesem vorangehen. Konkret geht es um die politische Entscheidungsfindung: also darum, mit den SchülerInnen die politischen Positionen und ideologischen Ausrichtungen von Parteien zu analysieren und mögliche Wahlmotive zu reflektieren.

Wenig Wissen zu den politischen Parteien

Großes Informationsbedürfnis bei JungwählerInnen Die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre eröffnet den Jugendlichen in Österreich eine wichtige Chance zur Mitbestimmung, stellt sie aber gleichzeitig auch vor erhebliche Herausforderungen: Denn politische Partizipation setzt politisches Wissen voraus und reflektierte Wahlentscheidungen können nur durch fundierte Kenntnisse der Parteien und deren inhaltlichen Ausrichtungen getroffen werden. Umso alarmierender ist es deshalb, dass es scheint, dass über zwei Drittel der österreichischen SchülerInnen der Sekundarstufe I über wenig bis gar kein Wissen zu den Positionen der politischen Parteien verfügen.² Kein Wunder, dass für viele jugendliche WählerInnen die Auswahl zwischen den verschiedenen Parteien verwirrend ist. Tatsächlich scheinen sich deshalb viele Jugendliche bei der Wahl-

entscheidung an ihren Eltern, Großeltern und am Freundeskreis zu orientieren. Gleichzeitig besteht vonseiten der JungwählerInnen ein hohes Informationsbedürfnis, wobei vor allem im Schulunterricht fundierte politische Informationen gewünscht werden.³

Politikunterricht zur Förderung von politischer Handlungskompetenz

**Politisches
Bewusstsein der
Jugendlichen
stärken**

Der Schule kommt bei der Politischen Bildung von Jugendlichen also eine herausragende Rolle zu. SchülerInnen müssen dazu befähigt werden, aktiv an politischen Prozessen teilnehmen und reflektierte politische Entscheidungen treffen zu können. Je früher sie mit dazu nötigen Inhalten und Methoden vertraut gemacht werden, desto tiefer wird ein politisches Bewusstsein in ihrem Selbstverständnis verankert. Der neue Unterstufenlehrplan von 2016 trägt diesem Gedanken Rechnung: Bereits ab der 6. Schulstufe soll der Unterricht „die Bereitschaft und Fähigkeit zu politischem Handeln fördern“, wobei diese politische Handlungskompetenz „anhand konkreter Beispiele“, etwa in Form von Plan- bzw. Simulationsspielen, geschult werden soll.⁴ Wie ein solches Simulationsspiel aussehen kann, wird das vorliegende Unterrichtsbeispiel zeigen.

Methodisch-didaktische Hinweise Politische Sachkompetenz

**Wichtige
Funktionen einer
politischen Partei
erarbeiten**

Das folgende Unterrichtsbeispiel gliedert sich in zwei Teile: eine Simulationsphase und eine (optionale) Transferphase. In der Simulationsphase soll es zuerst einmal darum gehen, die SchülerInnen mit politischen Sachbegriffen und Konzepten zum Thema „Parteien“ vertraut zu machen. Es soll dabei die Funktion einer politischen Partei erklärt und gezeigt werden, welche Elemente zur ideologischen und inhaltlichen Profilierung einer Partei beitragen (Parteiename, Parteilogo, Parteislogan, Parteifarbe, Parteiprogramm etc.).

Vorteile der Simulation

**Kompetenzen
stärken durch
Simulationen**

Im darauffolgenden Simulationsspiel sollen die SchülerInnen die erworbenen Informationen praktisch anwenden. Der Einsatz eines Simulationsspiels hat mehrere Vorteile. Nicht nur werden durch die spielerische Umsetzung die zuvor erarbeiteten Begriffe und Konzepte gefestigt; die Methode der Simulation steigert außerdem die Lernmotivation und regt die Kreativität der SchülerInnen an. Zudem eignen sich Simulationsspiele zur Förderung von Fähigkeiten, die für politisches Handeln wichtig sind: Kommunikative und kooperative Fähigkeiten können dadurch ebenso unterstützt werden wie Konflikt- und Kompromissfähigkeit.⁵

Wahlkampf als Simulationsspiel

**Politische
Parteien
entwerfen**

Konkret handelt es sich beim geplanten Simulationsspiel um einen simulierten Wahlkampf: Die SchülerInnen werden in Gruppen eingeteilt, die jeweils verschiedene Parteien darstellen. Für jede Partei sollen ein Name, ein Parteislogan und eine Farbe festgelegt sowie ein/eine SpitzenkandidatIn aufgestellt werden. Schließlich sollen sich die SchülerInnen für ihre jeweilige Partei auch ein eigenes Parteiprogramm überlegen. Die SchülerInnen dürfen hier zwar durchaus kreativ sein, allerdings sollte der Bezug zur Realpolitik nicht verloren gehen. Deshalb werden den SchülerInnen für ihr Parteiprogramm vier inhaltliche Bereiche vorgegeben, die für diese vermutlich den größten Lebensweltbezug aufweisen („Familie“, „Kinder und Jugendliche“, „Bildung“, „Mitbestimmung der BürgerInnen“ siehe M₁). Außerdem sollen sie sich zusätzlich noch ein weiteres Thema überlegen, das für ihre Partei wichtig ist. Optional könnte man jede Partei auch einen kurzen Wahlwerbespot, etwa mithilfe einer Handykamera, anfertigen lassen.

Politische Positionen formulieren und begründen	Simulation des Meinungsbildungsprozesses Nun soll den SchülerInnen die Möglichkeit gegeben werden, sich über die klasseninterne „Parteienlandschaft“ zu informieren. Einen ersten Einblick in die Programme der verschiedenen Parteien geben die fertigen Wahlwerbepots, die im Plenum vorgeführt werden sollen. Zudem soll eine sogenannte „Elefantenrunde“ simuliert werden, also eine Diskussion der SpitzenkandidatInnen aller wahlwerbenden Parteien. Die Lehrperson sollte dabei die Moderation übernehmen und die Diskussion anhand von vorbereiteten (wenn möglich auch provokanten) Fragen leiten. Anders als bei einer realen TV-Konfrontation soll aber auch das Publikum – also der Rest der Klasse – die Möglichkeit haben, Fragen an die SpitzenkandidatInnen zu stellen.
Eigene Interessen reflektieren	<p>Am Ende der Simulationsphase sollen schließlich Wahlen durchgeführt werden, um zu erheben, welche Partei die „Wählerschaft“ am besten von sich überzeugen konnte. Denkbar ist hier, sofern genügend Zeit vorhanden ist, die von Elfriede Windischbauer ausgearbeitete Unterrichtssequenz zum Ablauf von Wahlen anzuschließen (siehe Fußnote 1).</p> Reflexion von Wahlmotiven Ziel des vorliegenden Unterrichtsbeispiels ist es nicht nur, die inhaltliche Profilierung von Parteien zu untersuchen und einen Wahlkampf zu simulieren, sondern schließlich auch, diese Aspekte in Verbindung mit persönlichen Wahlmotiven zu bringen. Gleich zu Beginn der Unterrichtssequenz soll deshalb anhand eines Meinungsbilds erhoben werden, wie die SchülerInnen ihre eigenen Wahlmotive einschätzen (Würden sie sich bei einer Wahl z. B. eher für eine Partei entscheiden, die auch ihre Eltern wählen?). Nach der Durchführung der fiktiven Wahlen am Ende der Unterrichtssequenz soll die Frage nach den Wahlmotiven erneut gestellt und die Ergebnisse mit dem Meinungsbild vom Anfang der Sequenz verglichen werden. Die Lehrperson sollte hier auch die Frage aufwerfen, inwiefern manche Wahlmotive legitimer sind als andere. Wenngleich man hier als Lehrperson verschiedene Wahlmotive sicher nicht als „richtig“ oder „falsch“ einstufen sollte, sollte man die SchülerInnen doch zu einer Wahlentscheidung anleiten, die sich vor allem an eigenen Werthaltungen und Interessen orientiert und weniger an den Entscheidungen von Familienmitgliedern, FreundInnen oder anderen Bezugspersonen. Bezug zur österreichischen Parteienlandschaft Im Anschluss an das Simulationsspiel soll in der Transferphase der Bezug zur österreichischen Parteienlandschaft hergestellt werden. Dazu sollen die SchülerInnen zunächst eine Tabelle zu den im Nationalrat vertretenen österreichischen Parteien vervollständigen, indem sie Informationen zu deren Parteivorsitzenden, Slogans und Farben einfügen (siehe M ₂).
Positionen österreichischer Parteien erarbeiten	In einem weiteren Schritt sollen die SchülerInnen lernen, die ideologischen und politischen Positionen dieser Parteien aus deren Parteiprogrammen herauszuarbeiten. Die SchülerInnen werden in dieser Arbeitsphase in Kleingruppen eingeteilt, wobei jede Gruppe eine Partei zugeteilt bekommt und durch eine Internetrecherche herausfinden soll, welche Positionen diese zu verschiedenen Themen (z. B. Bildung, Einwanderung, Umwelt) einnimmt. Diese Aufgabe soll auch dazu dienen, die SchülerInnen mit Themen vertraut zu machen, die nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen Gesellschaften von hoher politischer Relevanz sind.

Als problematisch könnte sich bei dieser Aufgabenstellung die Tatsache erweisen, dass Parteiprogramme häufig sehr lang und in einer für SchülerInnen oft schwer verständlichen Sprache verfasst sind. Um dieses Problem zu umgehen, sollen die Schü-

lerInnen auf die Internetseite www.rechtleicht.at aufmerksam gemacht werden: Auf ihr können die Parteiprogramme aller Parteien, die im österreichischen Nationalrat vertreten sind, in leichter Sprache eingesehen werden.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 1: Meinungsbild zu Wahlmotiven

Zu Beginn der Unterrichtssequenz werden von der Lehrperson an verschiedenen Stellen im Klassenraum A4-Zettel befestigt, auf denen jeweils eine der folgenden Aussagen steht:

Ich würde einer Partei meine Stimme geben, ...

- ▶ die auch meine Eltern wählen.
- ▶ die auch meine FreundInnen wählen.
- ▶ die eine sympathische Spitzenkandidatin/einen sympathischen Spitzenkandidaten hat.
- ▶ die die besten Chancen auf einen Wahlsieg hat.
- ▶ die am besten meine Interessen vertritt.
- ▶ die gute Wahlwerbung macht.
- ▶ die tolle Werbegeschenke verteilt.

SchülerInnen
positionieren sich

Anschließend sollen sich die SchülerInnen in der Nähe jenes Zettels positionieren, dessen Statement am ehesten ihrer eigenen Meinung entspricht. Die SchülerInnen werden dadurch in das Thema „Parteien“ eingeführt und mit verschiedenen Wahlmotiven vertraut gemacht. Es ergibt sich aus der Übung ein erstes Meinungsbild, dessen Ergebnis die Lehrperson eventuell auf der Tafel verschriftlichen und auf das zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegriffen werden kann.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 2: Simulationsphase

Erarbeitung von Sachbegriffen und Konzepten

Zu Beginn der Simulationsphase erarbeitet die Lehrperson gemeinsam mit den SchülerInnen den Begriff „Partei“ sowie die verwandten Begriffe „Parteiprogramm“, „Parteislogan“, „Parteilogo“, „links/rechts“ und die Bedeutung der Parteifarben. Es können auch die drei Grundfunktionen einer Partei (Rekrutierungsfunktion, Aggregationsfunktion, Legitimationsfunktion) angesprochen werden. Die Erarbeitung kann beispielsweise in Form eines LehrerInnen-SchülerInnen-Gesprächs und einem ergänzenden Tafelbild erfolgen.

LehrerInnen-
SchülerInnen-
Gespräch

Einführung ins Simulationsspiel

Die Lehrperson leitet anschließend in das Simulationsspiel ein. Sie präsentiert den SchülerInnen folgende Ausgangssituation:

Arbeitsauftrag 1:

Bald finden in Österreich wieder Nationalratswahlen statt. Da viele Menschen mit den bestehenden Parteien unzufrieden sind, könnten dieses Mal auch neue, kleinere Parteien Erfolg haben. Macht euch diese Chance zunutze und gründet eure eigene Partei! Achtet darauf, dass euer Programm vor allem die Gruppe der JungwählerInnen anspricht. Diese möchten, dass ihre Interessen von den Parteien im Nationalrat vertreten werden.

Diese Beschreibung kann eventuell auch auf der Tafel visualisiert werden. Unbedingt sollte die Lehrperson die Bedeutung des Begriffs „Nationalratswahl“ mit den Schüle-

rlinnen abklären und noch einmal darauf hinweisen, dass im Nationalrat alle Parteien vertreten sind, die bei der vorherigen Wahl mindestens 4 Prozent der Stimmen erhalten haben.

Gründung von eigenen Parteien

Arbeit in Gruppen

Es werden nun Gruppen von jeweils 3–5 SchülerInnen gebildet. Die Lehrperson teilt den SchülerInnen das Arbeitsblatt „Steckbrief unserer Partei“ (M₁) aus. Jede Gruppe füllt nun einen Steckbrief zu ihrer neu gegründeten Partei aus: Die SchülerInnen überlegen sich einen Namen, einen Slogan, ein Logo sowie eine Farbe für ihre Partei und einigen sich auf eine Spitzenkandidatin/einen Spitzenkandidaten. Ebenso formuliert jede Partei ihre Positionen und Forderungen zu fünf verschiedenen Themen in ihrem Parteiprogramm (Arbeitsauftrag 2 siehe S. 36).

Auf in den Wahlkampf!

Mögliche Erweiterung

Parteien wollen von möglichst vielen Menschen unterstützt werden. Je mehr Menschen eine Partei wählen, desto mehr Einfluss hat diese im Parlament. Deshalb versuchen die Parteien durch Wahlwerbung, Wahlveranstaltungen und Wahlgeschenke wie z. B. Luftballons oder Kugelschreiber die WählerInnen von sich zu überzeugen. Eventuell fertigen die SchülerInnen für ihre Partei auch noch einen ca. 5-minütigen Wahlwerbespot an (Arbeitsauftrag 3).

Arbeitsauftrag 3:

Nun steht die nächste Nationalratswahl an und eure Partei braucht unbedingt noch einen überzeugenden Wahlwerbespot. Fertigt dazu ein ca. 5-minütiges Video (z. B. mit eurer Handykamera) an. Überlegt, wie ihr eure Partei, eure Forderungen und eure Spitzenkandidatin/euren Spitzenkandidaten so darstellt, dass ihr die Unterstützung der WählerInnen gewinnt!

Wahlwerbung und Elefantenrunde

Diskussion im Plenum

Es werden nun im Plenum die Wahlwerbespots der verschiedenen Parteien präsentiert. Anschließend werden die SpitzenkandidatInnen jeder Partei zur Elefantenrunde geladen: Diese nehmen auf Stühlen vor der Klasse Platz; die anderen SchülerInnen spielen das Publikum und können den SpitzenkandidatInnen Fragen zu deren Parteiprogrammen stellen. Die Lehrperson fungiert als ModeratorIn.

Fiktive Nationalratswahlen

Abschließend werden nun fiktive Nationalratswahlen durchgeführt, um herauszufinden, welche Partei die meisten UnterstützerInnen gewinnen konnte.

Methodische Herausforderung

Es ergibt sich allerdings folgendes methodisches Problem: Da es in diesem Fall keine Gruppe innerhalb der Klasse gibt, die ausschließlich die Rolle der Wählerschaft einnimmt, gibt es gleich viele Parteimitglieder wie Wahlberechtigte. Es gilt daher zu verhindern, dass jede Schülerin/jeder Schüler ihre/seine eigene Partei wählt, weil das Wahlergebnis dann wenig aussagekräftig wäre. Um das Problem zu umgehen, könnte man an die SchülerInnen individualisierte Wahlzettel austeilen, auf denen jeweils nur die anderen Parteien zur Auswahl stehen.

Welche Partei macht das Rennen? Und warum?

Nach der Durchführung geheimer Wahlen werden nun die Stimmen durch die Lehrperson ausgezählt und von dieser das Ergebnis bekannt gegeben. Die genauen Ergebnisse (Stimmen pro Partei) werden auf der Tafel visualisiert.

Anschließend wirft die Lehrperson die Frage nach den Motiven auf, die die Wahlentscheidung der SchülerInnen beeinflusst haben. Hier können entweder einzelne Schü-

- Reflexion des Wahlergebnisses** lerInnen freiwillig zu ihrer Wahlentscheidung Stellung beziehen oder es kann das Meinungsbild aus der Einstiegsphase wiederholt werden (diesmal mit dem Statement „Ich habe mich für die Partei entschieden, die ...“). In einem gemeinsamen Gespräch werden diese Wahlmotive mit den Ergebnissen des ersten Meinungsbildes verglichen und abschließend folgende Fragen diskutiert:
- Diskussion im Plenum**
- ▶ Was könnten Gründe für den Wahlsieg der Partei X sein?
 - ▶ War das Informationsangebot zu den Programmen der verschiedenen Parteien ausreichend? Welche Möglichkeiten gibt es noch, sich über die Positionen und Inhalte von Parteien zu informieren?
 - ▶ Welche Rolle spielen Wahlwerbung und TV-Konfrontationen in einem Wahlkampf?
 - ▶ Welche Wahlmotive haben in der durchgeführten Wahl überwogen? Gibt es Unterschiede zum Meinungsbild vom Beginn?
 - ▶ Gibt es Wahlmotive, die „vernünftiger“ sind als andere?

DIE GRUNDFUNKTIONEN EINER PARTEI

ARBEITSWISSEN

„[Parteien] haben im Wesentlichen drei Aufgaben. Parteien wählen jene Personen aus, die in ihrem Namen in Parlamenten und anderen Institutionen sitzen und dort Entscheidungen treffen. Sie rekrutieren das Personal. Deshalb nennt man dies **Rekrutierungsfunktion**. Parteien haben daneben die Aufgabe, verschiedene Interessen zu sammeln und dann weiterzuleiten, damit diese Interessen in der Politik berücksichtigt werden können und damit Entscheidungen getroffen werden. Sammeln bzw. anhäufen heißt auf Lateinisch aggregare, deshalb nennt man dies **Aggregationsfunktion**. Schließlich haben Parteien noch eine weitere Aufgabe: Sie sollen dafür sorgen, dass Macht und Herrschaft in einem Staat rechtmäßig ausgeübt werden und dass die politische Ordnung akzeptiert wird. Sie legitimieren die Machtausübung – deshalb nennt man das **Legitimationsfunktion**.“

Quelle: Politiklexikon für junge Leute. www.politik-lexikon.at/politische-partei/, 06.04.2017

UNTERRICHTSBAUSTEIN 3: Transferphase

Basisinfos zu den Parteien

- Eigene Rechercharbeit** Die Lehrperson teilt den SchülerInnen das Arbeitsblatt „Parteien und Parteiprogramme“ (M₂) aus. Nun bearbeiten die SchülerInnen in Einzelarbeit Arbeitsauftrag 4 (siehe S. 37), das heißt sie vervollständigen die Tabelle zu den wichtigsten österreichischen Parteien mit Informationen zu deren Parteivorsitzenden, Slogans und Farben. Zur Recherche können entweder die PCs im EDV-Raum der Schule oder aber die Smartphones der SchülerInnen verwendet werden.

Analyse von Parteiprogrammen

Für den nächsten Arbeitsauftrag werden Gruppen zu je 3–5 Personen gebildet (es können hier die Gruppen aus der Simulationsphase beibehalten werden). Jeder Gruppe wird eine der sechs österreichischen Parteien zugeordnet, die in der Tabelle der vorangehenden Aufgabe aufscheinen. Die SchülerInnen suchen im Internet nach dem Parteiprogramm dieser Partei und notieren, welche Positionen die Partei zu zehn auf dem Arbeitsblatt vorgegebenen Themen (u. a. Familie, Frauenrechte, Umwelt) einnimmt (Arbeitsauftrag 5 siehe S. 38).

Nach Abschluss der Recherche stellt jede Gruppe kurz ihre Ergebnisse im Plenum vor. Die SchülerInnen machen sich dabei Notizen zu den Positionen der jeweils anderen Parteien.

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ ARBEITSBLATT: STECKBRIEF UNSERER PARTEI

UNSERE PARTEI

Name: _____

Parteislogan: _____

SpitzenkandidatIn: _____

Parteifarbe:



Parteilogo:



Arbeitsauftrag:

Überlegt euch, welche Meinungen und Forderungen eure Partei zu den unten genannten Themen hat und notiert diese in eurem Parteiprogramm. Überlegt euch dann außerdem noch ein zusätzliches Thema, das für eure Partei wichtig ist (z. B. Tierschutz, Forschung, Wohnen, etc.).

PARTEIPROGRAMM

1. Familie _____

2. Kinder und Jugendliche _____

3. Bildung _____

4. Mitbestimmung der BürgerInnen _____

5. _____

M₂ ARBEITSBLATT: PARTEIEN UND PARTEIPROGRAMME

Politische Parteien in Österreich

„Politische Parteien sind Vereinigungen von Menschen mit ähnlichen politischen Zielen“ (Politiklexikon für junge Leute). Diese Menschen treten einer Partei bei, weil sie davon überzeugt sind, dass sie gemeinsam mehr erreichen können als alleine.

Jede Partei hat ihren eigenen Parteislogan (also eine Art Motto), ein Parteilogo und eine eigene Farbe. Traditionell steht die Farbe Rot eher für sozialdemokratisch orientierte Parteien, Schwarz für christlich-konservative Parteien und Grün für Parteien, denen der Umweltschutz wichtig ist.

PARTEINAME	VORSITZENDE/R	SLOGAN	FARBE
Österreichische Volkspartei (ÖVP) 			
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 			
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 			
Die Grünen 			
NEOS – Das Neue Österreich 			
Team Stronach 			

Arbeitsauftrag:

In der Tabelle sind die im österreichischen Nationalrat vertretenen Parteien (Stand August 2017) aufgelistet. Suche im Internet nach den Parteivorsitzenden, Slogans und Farben dieser Parteien und trage die Informationen in die Tabelle ein.

M₃ ARBEITSBLATT: PARTEIEN UND PARTEIPROGRAMME**Arbeitsauftrag:**

Parteien beschreiben ihre Einstellungen und politischen Ziele in sogenannten Parteiprogrammen, denen jedes ihrer Mitglieder zustimmen muss. Diese Programme könnt ihr auf den Websites der einzelnen Parteien finden. Leider sind Parteiprogramme oft sehr lang und für SchülerInnen schwer verständlich – gekürzte Parteiprogramme in leichter Sprache findet ihr auf www.rechtleicht.at.

Eure Lehrerin/euer Lehrer wird eurer Gruppe eine bestimmte österreichische Partei zuteilen. Findet durch eine Internetrecherche heraus, welche Meinungen diese Partei zu den unten aufgelisteten Themen vertritt.

Familie	
Frauenrechte	
PolitikerInnen	
Mitbestimmung der BürgerInnen	
Wirtschaft und Steuern	
Armut	
Einwanderung und Integration	
Europäische Union	
Religion	
Umwelt	

- Ein Unterrichtsbeispiel zu den Modalitäten des Wahlvorgangs wurde in den Informationen zur Politischen Bildung Nr. 29/2008 von Elfriede Windischbauer präsentiert. Denkbar ist, dass das hier vorgestellte Unterrichtsbeispiel der von Windischbauer entworfenen Sequenz vorangestellt wird, siehe: Windischbauer, Elfriede: Probehandeln in Simulationsspielen. Beispiel: Wie wird gewählt?, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Kompetenzorientierte Politische Bildung, Nr. 29/2008. Wien 2008, S. 25–28.
- Dies konstatierten LehrerInnen der Sekundarstufe I in einer SORA-Studie, die von der Arbeiterkammer Wien und der PH Wien in Auftrag gegeben wurde. Vgl. Larcher, Elke/Zandonella, Martina: Politische BildnerInnen 2014. Politische Bildung in Volksschulen und Schulen der Sekundarstufe I in Wien. Wissenschaftlicher Endbericht des SORA Institute for Social Research and Consulting. Wien 2014, S. 29–30.
- Dies wird ersichtlich aus der Studie, die das SORA-Institut zum Wahlverhalten der 16- bis 18-Jährigen in der Nationalratswahl 2008 durchgeführt hat. Vgl. Kozeluh, Ulrike: Junge Wählerinnen und Wähler bei der Nationalratswahl 2008. Presseunterlage des SORA Institute for Social Research and Consulting. Wien 2009, S. 7–11.
- Bundesministerium für Bildung und Frauen: Änderung der Verordnung über die Lehrpläne der Hauptschulen, der Verordnung über die Lehrpläne der Neuen Mittelschulen sowie der Verordnung über die Lehrpläne der allgemein bildenden höheren Schulen. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich vom 18. Mai 2016, S. 17.
- Vgl. Scholz, Lothar: Spielend lernen. Spielformen in der politischen Bildung, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.), Handbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2014, S. 488–489.

Isabella Schild

Demokratie und Pluralismus

Bezug zum Informationsteil	Barbara-Anita Blümel: Parteien, Wahlen und Parlament in Österreich Manfried Welan: Die Wahl zum Bundespräsidenten/zur Bundespräsidentin
Zielgruppe/Alter	Sekundarstufe I, ab der 7. Schulstufe
Lehrplanbezug	Modul 9 (Politische Bildung): Wahlen und Wählen
Thematische Konkretisierung	Die SchülerInnen können (...) das Demokratieverständnis im Zusammenhang mit Wahlen in pluralistischen Gesellschaften sowie die Bereitschaft zur politischen Partizipation entwickeln
Kompetenzen	Politische Urteilskompetenz, Politische Handlungskompetenz
Basiskonzept	Handlungsspielräume
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Welche Anerkennung findet gesellschaftliche Vielfalt in den Herrschaftsformen der Demokratie und der Diktatur?▶ Welche Konsequenzen hat es für mich, wenn gesellschaftliche Vielfalt von der Politik gefördert bzw. gehemmt wird?▶ Wie wird Vielfalt in der österreichischen Gesellschaft auf politischer Ebene repräsentiert?▶ Welche Grundregeln gibt es in Österreich, um als Wählerin und Wähler am politischen Leben teilhaben zu können?
Dauer	2–3 Unterrichtseinheiten
Gesellschaftliche Vielfalt anerkennen	Annäherung an das Thema Wenn Demokratie als die Herrschaft des Volkes ernst genommen werden soll, ist es unabdingbar, auch die persönliche Vielfalt von Menschen in einer Gesellschaft anzuerkennen. Gleichzeitig muss dieser Gesellschaft auch politischer Handlungsspielraum gewährt werden, wozu beispielsweise die Tätigkeit in Parteien, in Verbänden oder in Interessensvertretungen zählt. Damit Demokratie funktioniert, müssen also Möglichkeiten bestehen, dass die vielfältigen Interessen aus der Bevölkerung politisch zum Ausdruck kommen. Ganz allgemein kann festgehalten werden: Pluralismus bedeutet Vielfalt.
Zwei Ebenen des Pluralismus	Diese Vielfalt kann in weiterer Folge auf zwei Ebenen betrachtet werden. Pluralismus ist einerseits eine gesellschaftliche Tatsache, die sich durch die Individualität jeder/jedes Einzelnen ergibt. Das gesellschaftliche Zusammenleben ist also grundsätzlich durch Vielfalt geprägt, wodurch sich immer wieder Herausforderungen, Probleme und Chancen ergeben. Pluralismus ist andererseits eine politische Theorie, die ein Modell der Interessensvertretung entwirft, um der gesellschaftlichen Vielfalt zu entsprechen. Einzelinteressen könnten demnach in Gruppen, Verbänden und Parteien gebündelt werden. In einer Demokratie ergeben sich durch die Anerkennung dieser Vielfalt demokratiepolitische Herausforderungen, weil eine lebensfähige Balance zwischen dem Einzel- und dem Gesamtinteresse entstehen sollte. Dieser Kompromiss sollte auf der Zielvorstellung beruhen, das Gemeinwohl und den Gemeinwillen weiter voranzutreiben.
Einzel- und Gesamtinteresse ausgleichen	Beide Ebenen besitzen für die Erarbeitung des Themenkomplexes „Demokratie und Pluralismus“ einen großen Stellenwert. Die erste Ebene wird unabdingbar sein, wenn

Vielfalt in der Gesellschaft als Ansatzpunkt	es darum geht, den Schülern und Schülerinnen die eigene Individualität innerhalb der gesellschaftlichen Vielfalt bewusst zu machen. Hier wird der Ansatzpunkt liegen, an dem die Lernenden die gleichberechtigte Existenz von vielfältigen Persönlichkeiten, Wünschen, Meinungen und Denkweisen wahrnehmen sollen.
Pluralismus als politische Theorie	Auf Basis dieses Grundverständnisses kann dazu übergegangen werden, die politische Theorie des Pluralismus mit den Schülern und Schülerinnen aufzuarbeiten. Interessant wird hierbei sein, dass sich in modernen Gesellschaften, wozu auch Österreich zählt, zwischen dem Staat und den Einzelnen vermittelnde Gruppen, Verbände und Parteien herausgebildet haben. Ursache dieser Entwicklung war die Einsicht, dass es unmöglich und wenig zielführend ist, wenn sich jedes Individuum selbst vor dem Staat vertritt. Um die Effektivität zu steigern, ist man dazu übergegangen Gruppen, Verbände oder Parteien zu gründen, die auf Basis gemeinsam verretener Werte und Ziele, die Individuen zu stärkeren Einheiten zusammenführen. Diese Gruppierungen buhlen nun um die Stimme und die Aufmerksamkeit der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und haben sich zur Aufgabe gemacht, eine Interessensvertretung für die jeweilige Gesellschaftsgruppe gegenüber dem Staat zu sein. Ein zentrales Element des Pluralismus ist also, dass eine Vielzahl verschiedener Gruppen und Organisationen gegeneinander konkurrieren und sich gegebenenfalls auch miteinander verständigen. Ihr Ziel ist es, die festgelegten Ziele und Werte durchzusetzen und somit auch gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Macht zu erlangen – also auch auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen.
Konkurrenz von Interessengruppen	
Regeln des Pluralismus	Grundlage dieses Wettbewerbes um die Stimmen der Bevölkerung ist, dass alle Gruppierungen theoretisch gleichberechtigt sind und sich in ihrer Macht gegenseitig begrenzen. Da aber dennoch von Konflikten zwischen diesen Interessensvertretungen ausgegangen werden muss, ist der Staat dazu übergegangen, einen Ordnungsrahmen und Regeln für etwaige Konflikte vorzugeben. Hintergrund dieser Maßnahme war die Angst, dass einzelne Gruppen zu mächtig werden und Konflikte zwischen Gruppen gesamtstaatliches Chaos anrichten könnten. Die Akzeptanz dieses Ordnungskonzeptes vonseiten der Vertretungen ist also eine Grundvoraussetzung, ohne die Pluralismus nicht stattfinden kann. Ein weiterer Grundsatz ist das Bekenntnis zur Divergenz in Einzelfragen, aber zur Konvergenz in Grundfragen. Diese Zustimmung zu einer bestimmten, unumstößlichen politischen Wertordnung legitimiert einen offenen Austausch von verschiedenen Interessen und Meinungen, der das grundsätzlich freie politische und gesellschaftliche Zusammenleben aber nicht gefährdet.
Kritik am Pluralismus	Immer wieder wird davon gesprochen, dass Pluralismus nur ein Euphemismus für unüberwindbare Gegensätze in der Gesellschaft sei. Die verschiedenen Gruppen und Verbände tragen demnach in weiterer Folge dazu bei, dass sich diese Gegensätze institutionalisieren und zu einem festgefügtten Machtsystem werden. Die angestrebte Gleichwertigkeit der verschiedenen Gruppierungen wird nicht erreicht, sondern wiederum nur die Interessen der größten und stärksten sozialen Gruppen durchgesetzt. In diesem Sinne, so die Kritik, verkommt der Pluralismus zu einem Lobbyismus, der übersteigertes Gruppeninteresse vor das gesamtgesellschaftliche Wohl stellt.
Schulklasse als Referenzrahmen	Methodisch-Didaktische Hinweise Die Aufarbeitung des Themenkomplexes „Demokratie und Pluralismus“ erfolgt in zwei bis drei Unterrichtseinheiten und ist aus diesem Grund stark gebündelt und auf die wichtigsten Inhalte fokussiert. Auf eine lebensnahe Aufbereitung wird großer Wert gelegt, sodass die Klasse als soziales Gefüge immer wieder als Referenzgröße herangezogen wird. Das anspruchsvolle und doch abstrakte Thema des „Pluralismus“ soll für die Schülerinnen und Schüler auf diese Weise erfahrbar und verständlich gemacht werden.

Theaterpädagogische Elemente	In der Unterrichtsplanung werden einzelne theaterpädagogische Elemente eingebaut, um den Schülern und Schülerinnen eine lebendige und aktive Auseinandersetzung mit den Inhalten zu ermöglichen. In der Durchführung der theaterpädagogischen Ideen ist auf eine entsprechende Raumstruktur zu achten, um – trotz der oft beengten Verhältnisse in den Klassenräumen – eine möglichst „freie Bühne“ für die Schülerinnen und Schüler zu schaffen.
Vielfalt in unterschiedlichen Herrschaftsformen	In den ersten beiden Stunden findet ausgehend von ausgewähltem Bildmaterial eine Gegenüberstellung der Herrschaftsformen „Demokratie“ und „Diktatur“ statt. Die Schülerinnen und Schüler können wahrnehmen, wie in Abhängigkeit zur politischen Herrschaftsform unterschiedlich mit Vielfalt in einer Gesellschaft umgegangen werden kann und welche Folgen daraus resultieren.
Vielfalt in der österreichischen Politik	In der dritten Unterrichtseinheit setzen sich die Schülerinnen und Schüler genauer mit dem Demokratiebegriff auseinander. Wichtig wird dabei sein, eigene Vorstellungen von „Volksherrschaft“ zu reflektieren und diese mit neuen Erkenntnissen zu erweitern. Die österreichische Parteienlandschaft soll dabei als Ausdruck und Zeichen von Pluralismus wahrgenommen werden.
Lernziele	<p>Folgende Lernziele werden mit diesem Unterrichtsbeispiel verfolgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▸ Ausgehend von der eigenen Individualität die Vielfalt an Individuen in der Klasse sowie in der Gesamtgesellschaft wahrnehmen. ▸ Pluralismus als gesellschaftliche Tatsache und auch als politische Theorie verstehen, beschreiben und zusammenfassen können. ▸ Erkennen, dass politische Herrschaftsformen unterschiedlich mit gesellschaftlicher Vielfalt umgehen. ▸ Kritische Reflexion über die Demokratie als Herrschaftsform, deren Voraussetzung eine Anerkennung von gesellschaftlicher Vielfalt ist. ▸ Verständnis gewinnen, dass die gesellschaftliche Vielfalt nicht 1:1 auf die politische Ebene transportiert werden kann, sondern dass die „Demokratie als Herrschaft des Volkes“ unter bestimmten Einschränkungen funktioniert.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 1: Gesellschaftliche Vielfalt als Wesensmerkmal der Demokratie

Intuitive Bildanalyse	Die Schülerinnen und Schüler analysieren zwei Bilder (M_1): Das erste Bild zeigt eine gleichgeschaltete Gruppe, das zweite Bild eine individualisierte Gruppe. Die Lehrkraft projiziert die Bilder nacheinander an die Wand und sammelt von den Lernenden intuitive Eindrücke und Erstwahrnehmungen zu den Bildern. Die von den Schülern und Schülerinnen genannten Inhalte werden in je einer Spalte an der Tafel gesammelt. Im Anschluss findet eine genaue Bildanalyse mittels Arbeitsblatt statt.
Angeleitete Bildanalyse	Die Lehrkraft teilt an die Schülerinnen und Schüler ein Arbeitsblatt „Gleichschaltung vs. Vielfalt“ (M_2) aus. Die Lernenden vergleichen anhand von gezielten Textimpulsen und Fragestellungen (siehe Arbeitsaufträge auf S. 46) die beiden Bilder und werden durch das Arbeitsblatt zu den Begriffspaaren „Vielfalt vs. Gleichschaltung“ und „Demokratie vs. Diktatur“ hingeführt. Die Erkenntnis aus diesem Arbeitsblatt soll sein, dass eine demokratische Herrschaftsform Vielfalt zulässt, während autokratische Systeme diese zu unterdrücken versuchen.

Die Klasse wird nun in zwei Gruppen eingeteilt (Gruppe A: DEMOKRATIE, Gruppe B: DIKTATUR). Jede Gruppe erhält den Auftrag, ein Standbild mit allen Gruppenmit-

Szenische Darstellung	gliedern darzustellen. Die Gruppen erhalten jeweils einen kurzen Impulstext (M ₃) mit altersgemäßen Begriffsdefinitionen zu den Herrschaftsformen „Demokratie“, „Diktatur“ und „Pluralismus“. Für diese Aufgabe sind aber nur die Begriffe „Demokratie“ und „Diktatur“ relevant. Ausgehend von diesen Texten sollen sich die Gruppen zu ihrem Begriff ein passendes Standbild überlegen. Die Aufgabenstellung wird bewusst offen formuliert, weil hier den Lernenden Raum für eigene Ideen und Auseinandersetzung gegeben werden soll.
Eigene Position benennen	Innerhalb dieses Standbildes soll jedes Gruppenmitglied eine bewusste Position einnehmen und sich dazu auch einen Satz überlegen, der die eigene Rolle kurz erklärt (z. B.: Ich bin die, die ihre Meinung frei sagen kann). Zur Vorbereitung des Standbildes, die mit max. zehn Minuten veranschlagt werden kann, können die Schülerinnen und Schüler auch den Gang vor der Klasse nützen. Wenn sich die Mitglieder der Gruppe auf ein Standbild geeinigt haben, wird dieses vor der Klasse präsentiert. Hierfür ist auf entsprechende Bewegungsfreiheit im Klassenraum zu achten.
Dokumentation des Standbildes	<p>Die Lernenden der Gruppe A nehmen ihre Position ein und verharren für kurze Zeit in ihrem Standbild. Die Gruppe B beobachtet das Standbild und versucht, Einzelheiten und Details in der Darstellung wahrzunehmen. Die Lehrkraft nimmt vom Standbild ein Foto auf. Dieses Foto kann in der nächsten Stunde als Einstieg und Wiederholung angeschaut werden. Die Lehrkraft gibt nach ein paar Minuten ein Zeichen, dass sich das Standbild auflösen kann. Dies erfolgt so, indem sich jedes Gruppenmitglied einzeln aus dem Bild löst und eine kurze Erklärung abgibt, welche Rolle es innerhalb des Standbildes eingenommen hat (z. B.: Ich bin die, die ihre Meinung frei sagen kann). Nun präsentiert Gruppe B ihr Standbild, Gruppe A beobachtet nun. Die Auflösung des Standbildes erfolgt gleich wie bei Gruppe A.</p> <p>Bei der szenischen Darstellung dürfen keine ausgefeilten und perfekten Inszenierungen erwartet werden. Die geringe Vorbereitungszeit zielt einerseits auf ein Improvisieren bei den Lernenden ab, andererseits aber auch darauf, dass Einführung, Standbild und Reflexion innerhalb einer Unterrichtseinheit bearbeitet werden können.</p> <p>Anschließend geht die Gesamtklasse mit der Lehrkraft in die mündliche Reflexion, die mit folgenden Leitfragen gesteuert werden kann:</p>
Gemeinsame Reflexion des Standbildes	<ul style="list-style-type: none">▶ Welches Thema wurde in den Standbildern dargestellt?▶ Wer oder was stand in den Standbildern im Zentrum?▶ Welchen Eindruck erweckten die einzelnen Mitglieder?▶ Wie könnte Politik in einer Gruppe von Menschen funktionieren, die wie Gruppe A aufgebaut ist?▶ Wie könnte Politik in einer Gruppe von Menschen funktionieren, die wie Gruppe B aufgebaut ist? <p>Auf einen offenen Austausch ist Wert zu legen, sodass die Schülerinnen und Schüler eigene Überlegungen anstellen und nicht in ein Richtig-falsch-Schema gepresst werden.</p>

UNTERRICHTSBAUSTEIN 2: Pluralismus spiegelt sich in demokratischen Wahlen wider

Die Schülerinnen und Schüler erhalten folgenden Schreibauftrag, der an der Tafel von der Lehrkraft verschriftlicht werden kann:

- „Unter Demokratie verstehe ich ...“
- „Unter Diktatur verstehe ich ...“

Konzepte von Demokratie und Diktatur	Die Lernenden sind dazu angehalten, ihre Erfahrung aus der szenischen Darstellung aus der Vorstunde, ihr eigenes Wissen und ihre aktuelle Vorstellung über die Begriffe in ihre Antwort miteinfließen zu lassen. Auch die Fotos von den Standbildern können hier miteinbezogen werden. Die Lehrperson weist die Schülerinnen und Schüler darauf hin, dass bei beiden Begriffen ausreichend Platz für weitere Ergänzungen gelassen werden sollte.
Szenisches Lesen	Nach diesem kurzen Schreibprozess unterstreichen die Schülerinnen und Schüler in ihrem Text jeweils den für sie aussagekräftigsten Satz oder die interessantesten Wörter in Bezug auf die Begriffe „Demokratie“ und „Diktatur“. Diese Sätze/Wörter sollen nun kurz „geübt“ werden, um ein flüssiges szenisches Vorlesen garantieren zu können. Anschließend wird die Klasse wiederum in zwei Gruppen eingeteilt (Demokratie und Diktatur). In Wechselrede lesen die Schülerinnen und Schüler die jeweils unterstrichenen Sätze/Wörter zum eigenen Demokratie- oder Diktaturverständnis vor. Die inhaltliche Gegensatzstellung soll auch in der gegenseitigen Wechselrede ausgedrückt werden.
Begriffsverständnis reflektieren und erweitern	Nachdem die Lernenden schon in den Vorstunden mit den Begriffen in Berührung gekommen sind und die Begriffe auch im privaten Alltag vielleicht schon einmal gehört werden konnten, kann angenommen werden, dass die Schülerinnen und Schüler zumindest einen kurzen eigenen Text dazu verfassen können. Ziel dieser Übung ist es, dass sich die Lernenden Gedanken über ihr eigenes Verständnis von Herrschaftsformen machen, ohne sofort richtige Antworten liefern zu müssen. Im Austausch mit den anderen können bereits Aspekte zum Demokratie- und Diktaturbegriff gesammelt werden, die das Begriffsverständnis der Schülerinnen und Schüler erweitern können. Die Aufarbeitung des Selbstkonzeptes kann auch ausgelassen oder stark gekürzt werden. In diesem Fall kann gleich mit dem Arbeitsblatt M ₃ weitergemacht werden!
Begriffsarbeit	Die Lehrkraft greift nun auf das in der Vorstunde ausgeteilte Arbeitsblatt Impulstexte (M ₃) zurück, auf dem die Begriffsdefinitionen zu „Demokratie“, „Diktatur“ und „Pluralismus“ enthalten sind. Die Schülerinnen und Schüler lesen das Arbeitsblatt nochmals durch und unterstreichen wichtige Inhalte. Die Lernenden ergänzen schriftlich ihre Begriffserläuterungen, indem sie mindestens drei wichtige Punkte aus dem Arbeitsblatt herausfiltern und zu den eigenen Definitionen dazuschreiben, sofern nicht in den eigenen Begriffserläuterungen alles Wesentliche erfasst wurde (siehe Arbeitsauftrag 4 auf S. 47).
	Die Schülerinnen und Schüler bearbeiten dann das Arbeitsblatt „Wählen in Österreich“ (M ₄), um sich mit dem Pluralismus in der österreichischen Politik auseinanderzusetzen. Die Lernenden lesen sich zunächst die Definition zum Begriff „Pluralismus“ (M ₃) durch und bearbeiten anschließend die Zuordnungsübung zum Thema „Wählen in Österreich“ (M ₄).
	Die beiden Begriffe „Pluralismus“ und „Wahlen“ werden in einem abschließenden Infoblatt „Die österreichische Parteienlandschaft“ (M ₅) zusammengeführt. Die Darstel-

lung der österreichischen Parteien ist stark verkürzt, soll aber grundsätzliche Werte der jeweiligen Parteien zum Ausdruck bringen. Die Zitate stammen aus den Parteiprogrammen der Parteien und sind jeweils aus den Grundsatzpositionen entnommen. Die Lehrperson kann gegebenenfalls sprachliche Vereinfachungen der Zitate (Paraphrasierungen) vornehmen. Auf eine gleichwertige Aufbereitung wurde Wert gelegt.

Eine gemeinsame Besprechung und Reflexion des Arbeitsblattes bildet den Abschluss des Themenkomplexes.

Literatur:

Dachs, Herbert: Verschiedene Modelle der Demokratie, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 28/2008, S. 22–30.



WEBTIPP

Zum Pluralismus-Begriff:

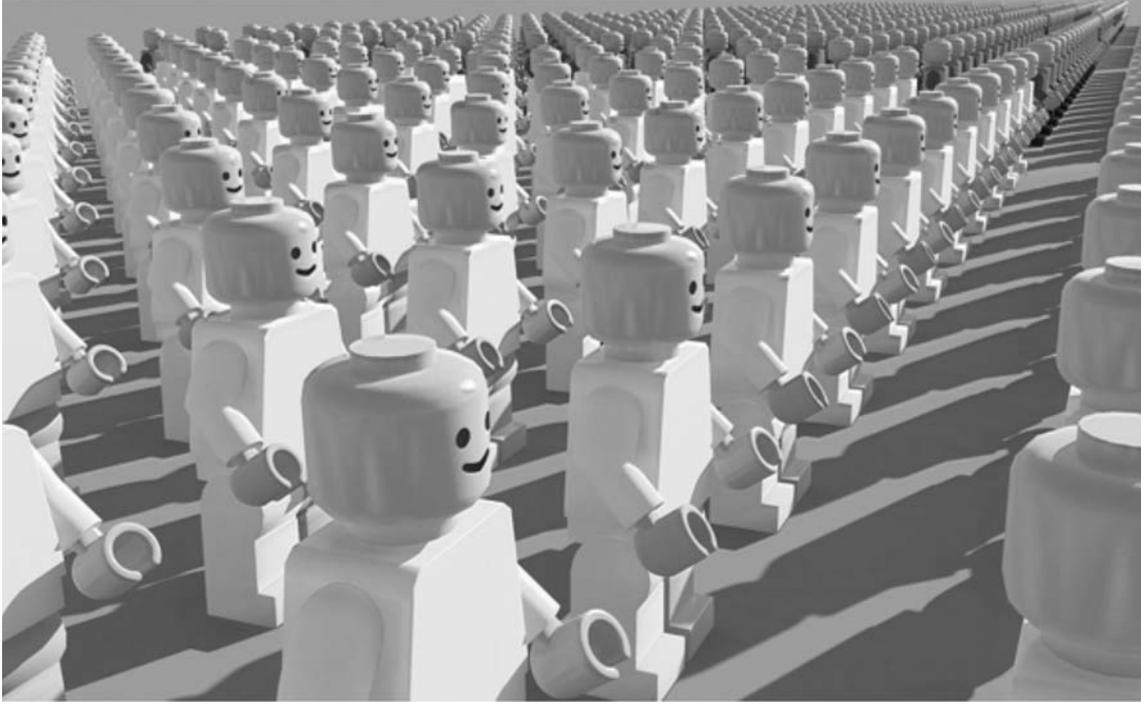
- ▶ www.politik-lexikon.at/pluralismus/, 07.05.2017
- ▶ www.zeit.de/1974/38/pluralismus-und-demokratie, 07.05.2017
- ▶ www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202088/pluralismus, 07.05.2017
- ▶ www.demokratiezentrum.org → Themen → Demokratiemodelle → Repraesentative Demokratie

Parteiprogramme:

- ▶ SPÖ: www.spoe.at/das-spoe-parteiprogramm#kapitel1, 07.05.2017
- ▶ ÖVP: www.oevp.at/Home.psp, 07.05.2017
- ▶ FPÖ: www.fpoe.at/themen/parteiprogramm/, 07.05.2017
- ▶ Die Grünen: www.gruene.at/partei/programm/parteiprogramm, 07.05.2017
- ▶ Neos: www.partei.neos.eu/programm/, 07.05.2017
- ▶ Team Stronach: www.teamstronach.at/themen/parteiprogramm-pdf, 07.05.2017

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ BILDANALYSE



© Public Domain: pixabay.com/de/menschenmenge-lego-personal-wahl-1699137/



© Public Domain: pixabay.com/de/lego-puppe-die-pro-amphitheater-1044891/

M₂ GLEICHSCHALTUNG VS. VIELFALT

Schau dich in deiner Klasse um. Du wirst feststellen, dass alle deine Klassenkolleginnen und Klassenkollegen ganz unterschiedlich sind – nicht nur im Aussehen, sondern auch darin, was jede/r Einzelne von ihnen denkt und tut.

Nicht nur in deiner Klasse treffen ganz unterschiedliche Menschen aufeinander, sondern in allen Gesellschaften auf dieser Welt. Man spricht davon, dass in Gesellschaften eine große Vielfalt herrscht. Dies bedeutet, dass kein Mensch wie ein anderer ist und viele unterschiedliche Meinungen und Interessen innerhalb einer Gesellschaft bestehen. Eine Gesellschaft ist also eine ziemlich bunte Mischung.

In der Politik gibt es mehrere Möglichkeiten, wie mit dieser vielfältigen Gesellschaft umgegangen wird. Wenn in einem Staat beispielsweise eine Diktatur herrscht, wird versucht, diese Vielfalt zu verhindern und alle Menschen gleich zu machen. In einer Demokratie haben PolitikerInnen aber das Ziel, die unterschiedlichsten Meinungen und Interessen der Menschen in die Politik miteinzubeziehen.

Arbeitsauftrag 1:

Ordne die Begriffe „Demokratie“ (2x), „Diktatur“ (2x), „Gleichschaltung“ und „Vielfalt“ den Bildern zu und ergänze auch die Lücken im Text!

Bild 1: _____

Bild 2: _____



In einer _____ kann man nur eine Partei wählen, auch wenn die eigene Meinung nicht mit der Meinung der Partei übereinstimmt. Der Diktator bestimmt alles über die Menschen hinweg.

Auf die Vielfalt an Meinungen und Interessen, die es in einer Gesellschaft gibt, wird keine Rücksicht genommen. Es zählt nur die Stimme des Diktators.

In einer _____ kann man mehrere Parteien wählen, je nachdem welche Partei am besten zu der eigenen Meinung passt. Somit bestimmt das wählende Volk über die Politik im eigenen Land.

In einer Demokratie wird auf die Vielfalt an Meinungen und Interessen Rücksicht genommen, sodass diese die Grundlage für die politische Arbeit bilden.

Arbeitsauftrag 2:

Betrachte eine Figur aus JEDEM Bild genauer und beantworte schriftlich die folgenden Fragen:

- ▶ Beschreibe die Kleidung der jeweilige Figur! Worauf könnte die Kleidung hinweisen?
- ▶ Stelle fest, wohin die Figur schaut! Fasse zusammen, worauf diese Blickrichtung hinweisen könnte!
- ▶ Analysiere die mögliche Rolle der Figur in der Gruppe!
- ▶ Erläutere welche Art von „Gruppenführung“ bei Bild 1 und bei Bild 2 vorliegen könnte! Verwende Adjektive für deine Beschreibung!

Arbeitsauftrag 3:

Nimm dazu Stellung, in welcher Gruppe du dich wohler fühlen würdest! – Begründe deine Antwort!

M₃ IMPULSTEXTE**A: Demokratie**

Der Begriff kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. (...) Demokratie heißt: Alle Bürgerinnen und Bürger haben die gleichen Rechte und Pflichten. Über sie herrschen keine Kaiserin/kein Kaiser, auch keine Königin/kein König und keine Generalin/kein General. Alle Menschen dürfen frei ihre Meinung sagen, sich versammeln, sich informieren. Es gibt unterschiedliche Parteien, die ihre Vorstellungen in sogenannten Parteiprogrammen kundtun. In einer Demokratie wählen die BürgerInnen Personen und Parteien, von denen sie eine bestimmte Zeit lang regiert werden wollen. Und wenn die Regierung ihre Arbeit schlecht macht, kann das Volk bei der nächsten Wahl eine andere Regierung wählen.

In einer Demokratie muss alles, was der Staat tut, nach den Regeln der Verfassung und der geltenden Gesetze erfolgen. (...) Der demokratische Staat ist also immer auch ein Rechtsstaat. Personen wählen in einer Wahlkabine. (...) Grundsätzlich gilt: Die Wahl ist geheim!

B: Diktatur

Das Wort „Diktatur“ kommt aus dem Lateinischen und ist genau das Gegenteil von Demokratie: Nicht die Mehrheit des Volkes bestimmt, sondern einige wenige. Zum Beispiel eine einzige Partei oder sogar nur eine einzelne Person: der Diktator. Der Diktator oder die Diktatorin wird meistens nicht gewählt, sondern er oder sie bringt sich selber mit Gewalt an die Macht. Häufig hilft dabei das Militär.

Viele Menschen, die in einer Diktatur leben, haben Wut und Angst, können ihre Meinung aber nicht frei sagen. Wenn sie es doch tun, werden sie gefangen genommen, oft verschleppt, ins Gefängnis oder in Arbeitslager gebracht. Immer wieder hört man, dass Gefangene gefoltert und umgebracht werden. Manchmal werden die Familien der Opfer jahrelang nicht darüber informiert, was mit den Gefangenen passiert.

C: Pluralismus

Die lateinischen Begriffe „singular“ und „plural“ kennt ihr sicher aus dem Deutschunterricht. „Singular“ bedeutet „Einzahl“, also „ich“, und „Plural“ heißt „Mehrzahl“, also „wir“. Wir können uns also vorstellen, was man mit „Pluralismus“ meint: Etwas, das mit vielen Menschen und Dingen zu tun hat.

Der Pluralismus spielt in allen demokratischen Staaten eine wichtige Rolle. Er bedeutet, dass man Achtung und Respekt vor allen Menschen hat, die in einem Staat leben. Außerdem ist es wichtig, dass man ihre verschiedenen Meinungen, Interessen, Ziele und Hoffnungen anerkennt. Niemand darf anderen seine politische oder religiöse Überzeugung aufzwingen. Der Staat akzeptiert, dass sich die Menschen in ganz unterschiedlichen Einrichtungen zusammenschließen. Das können Parteien, Verbände und Vereine sein, Kirchen oder Gewerkschaften oder auch Bürgerinitiativen. Grundsätzlich ist eine pluralistische Demokratie offen für viele Ideen und Vorstellungen, auch wenn sie noch so abseitig sind oder nur von wenigen Menschen vertreten werden. Aber: Sie dürfen den demokratischen Staat nicht gefährden.

Quelle: Schneider, Gerd/Christiane Toyka-Seid: Das junge Politik-Lexikon. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung 2017. www.hanisauland.de/lexikon/p/pluralismus.html, 07.05.2017

Arbeitsauftrag 4:

- ▶ Lies dir die Begriffsdefinitionen A+B aufmerksam durch! Ergänze deine eigenen Aufzeichnungen mit mindestens drei neuen Inhalten aus den Definitionen.
- ▶ Lies dir die Definition C durch!
- ▶ Ordne den Fragen zum Thema „Wählen in Österreich“ die richtigen Antworten zu!
- ▶ Lies dir abschließend das Infoblatt „Die österreichische Parteienlandschaft“ zum Pluralismus in der österreichischen Politik durch!

M₄ WÄHLEN IN ÖSTERREICH – ORDNE DEN FRAGEN DIE RICHTIGEN ANTWORTEN ZU	
Wer ist in Österreich wahlberechtigt?	<i>Am Wahltag mindestens 16 Jahre</i>
Wann wird man vom Wahlrecht ausgeschlossen?	<i>Alle österreichischen StaatsbürgerInnen dürfen wählen, haben das gleiche Wahlrecht, wählen unmittelbar und geben ihre Stimme direkt, geheim und frei, also ohne Beeinflussung, ab.</i>
Seit wann gibt es in Österreich das Wahlrecht für Frauen?	<i>Alle Männer und Frauen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.</i>
Was ist das Mindestalter, um in Österreich wählen zu dürfen?	<i>1918</i>
Was muss man als WählerIn bei einer Wahl mitbringen?	<i>Nein</i>
Kann man verpflichtet werden, an einer Wahl teilzunehmen?	<i>Bei einer vorsätzlichen Straftat mit mindestens fünf Jahren Haft oder bei bestimmten Delikten wie Landesverrat, Wahlbetrug, NS-Wiederbetätigung, Terror ...</i>
Was sind die Grundsätze, unter denen eine Wahl stattfinden muss?	<i>Einen amtlichen Lichtbildausweis oder einen Identitätsnachweis</i>
Arbeitsauftrag 5: Ordne den Fragen die richtigen Antworten zu!	

M₄ WÄHLEN IN ÖSTERREICH – AUFLÖSUNG	
Wer ist in Österreich wahlberechtigt?	<i>Alle Männer und Frauen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.</i>
Wann wird man vom Wahlrecht ausgeschlossen?	<i>Bei einer vorsätzlichen Straftat mit mindestens fünf Jahren Haft oder bei bestimmten Delikten wie Landesverrat, Wahlbetrug, NS-Wiederbetätigung, Terror ...</i>
Seit wann gibt es in Österreich das Wahlrecht für Frauen?	<i>1918</i>
Was ist das Mindestalter, um in Österreich wählen zu dürfen?	<i>Am Wahltag mindestens 16 Jahre</i>
Was muss man als WählerIn bei einer Wahl mit haben?	<i>Einen amtlichen Lichtbildausweis oder einen Identitätsnachweis</i>
Kann man verpflichtet werden, an einer Wahl teilzunehmen?	<i>Nein</i>
Was sind die Grundsätze, unter denen eine Wahl stattfinden muss?	<i>Alle österreichischen StaatsbürgerInnen dürfen wählen, haben das gleiche Wahlrecht, wählen unmittelbar und geben ihre Stimme direkt, geheim und frei, also ohne Beeinflussung, ab.</i>
Arbeitsauftrag 5: Ordne den Fragen die richtigen Antworten zu!	

M₅ DIE ÖSTERREICHISCHE PARTEIENLANDSCHAFT (STAND AUGUST 2017)

In einer Demokratie, wie sie auch in Österreich herrscht, ist es wichtig, dass verschiedene Meinungen und Interessen anerkannt werden. Wie du bereits gelesen hast, nennt man diese Anerkennung von unterschiedlichen Meinungen auch Pluralismus. In Österreich spiegelt sich der gesellschaftliche Pluralismus in den verschiedenen Parteien wider. Dass es viele verschiedene Parteien gibt, macht eine Demokratie aus. (Denke an die Überlegungen zur Diktatur zurück: in einer Diktatur gibt es nur eine Partei und eine politische Führung, die über alle Menschen hinwegbestimmt.)

Alle Wahlberechtigten in Österreich, die ihr Wahlrecht wahrnehmen, können jene Partei wählen, die am besten zu den eigenen Interessen und der eigenen Meinung passt. Damit die Wählerinnen und Wähler wissen, welche Interessen die Partei vertritt, veröffentlicht jede Partei ein Parteiprogramm:

 <p>Sozialdemokratische Partei Österreich</p> <p><i>„Wir Sozialdemokraten sind dem Ideal einer humanen, demokratischen, gerechten Gesellschaft verpflichtet. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Klassengegensätze überwunden sind. [...]“</i></p> <p>@ SPÖ Parteiprogramm</p>	 <p>Österreichische Volkspartei</p> <p><i>„Wir verstehen uns als moderne christdemokratisch geprägte Volkspartei. Wir haben christlich-soziale, konservative und liberale Wurzeln. [...]“</i></p> <p>@ ÖVP Parteiprogramm</p>	<p>FPO</p> <p>Freiheitliche Partei Österreichs</p> <p><i>„Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung sind die Leitlinien als soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft. [...]“</i></p> <p>@ FPÖ Parteiprogramm</p>
 <p>Die Grünen</p> <p><i>„Eine solidarische Gesellschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt – das ist unsere Vision. [...] Unsere Grundwerte sind: ökologisch, solidarisch, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch.“</i></p> <p>@ Die Grünen Parteiprogramm</p>	<p>neos DAS NEUE ÖSTERREICH</p> <p>Das Neue Österreich</p> <p><i>„Wir sind eine in der Mitte der Gesellschaft verwurzelte Bürger_innen-Bewegung. Uns verbindet das Ziel, unser Land von den Fesseln der alten Parteien und ihrer Strukturen zu befreien. [...]“</i></p> <p>@ Neos Parteiprogramm</p>	 <p>Team Stronach</p> <p><i>„[...] Wir verpflichten uns zum Einsatz für ein besseres Österreich. Unsere politische Bewegung wird das erstarrte österreichische Parteiensystem reformieren. [...]“</i></p> <p>@ Team Stronach Parteiprogramm</p>

Adelheid Schreilechner

Meine Stimme ist umkämpft

Zur Bedeutung von Medien im Wahlkampf

Bezug zum Informationsteil	Barbara-Anita Blümel: Parteien, Wahlen und Parlament in Österreich Manfried Welan: Die Wahl zum Bundespräsidenten/zur Bundespräsidentin
Zielgruppe/Alter	Sekundarstufe I, ab der 7. Schulstufe
Lehrplanbezug	Modul 9 (Politische Bildung): Wahlen und Wählen 8. Schulstufe, 4. Klasse, Modul 9 (Politische Bildung): Medien und politische Kommunikation
Thematische Konkretisierung	<ul style="list-style-type: none">▶ Öffentlichkeit als zentralen Ort der politischen Kommunikation analysieren, die Vor- und Nachteile der Mediendemokratie erörtern, die mediale Umsetzung von politischen Ideen und Informationen sowie die Inszenierung von Politik analysieren▶ die Bedeutung der digitalen Medien in der politischen Kommunikation erläutern und bewerten
Kompetenzen	Politische Sachkompetenz, Politische Methodenkompetenz, Politische Urteilskompetenz
Kompetenzkonkretisierung	Arbeiten mit politischen Medien (Analyse von medial vermittelten Informationen)
Basiskonzept	Macht
Dauer	3 Unterrichtseinheiten; bei Weglassen von einzelnen Modulen entsprechend kürzer

Annäherung an das Thema

Wahlkampf um politische Gestaltungsmacht	„In der Politik geht es stets um Macht. Daher ist der Vorwurf naiv, jemandem ginge es in einer Demokratie ‚nur um die Macht‘. Ohne Macht können die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht gestaltet werden. Der Verzicht auf Macht kommt einem Auszug aus der Gesellschaft gleich“ ¹ , schreibt Anton Pelinka. Wahlkämpfe sind demzufolge Kämpfe um politische Gestaltungsmacht. Und Wahlkämpfe werden von PolitikerInnen und WahlstrategInnen geführt – über persönliche Begegnungen und Medien.
Mediennutzung verändert sich	„Jede Demokratie benötigt PolitikerInnen, die etwas zu sagen haben und Medien, die darüber publikumswirksam berichten und neben Sachinformationen ein ‚Spektrum von Gefühlszuständen‘ bieten.“ ² Diese Aussage von Peter Filzmaier stammt aus dem Jahr 2004. Die Mediennutzung der ÖsterreicherInnen war damals noch sehr stark von Fernsehen und Printmedien geprägt. Das Internet spielte eine marginale Rolle. Das hat sich zwar mittlerweile entscheidend verändert, die Aspekte <i>Politikerpersönlichkeit</i> , <i>publikumswirksame Berichterstattung</i> und Verbindung von <i>Sachinformation</i> und <i>Gefühlen</i> sind aber gleichermaßen relevant, wobei die Relevanz von Gefühlen bei Wahlentscheidungen gegenüber den Sachinformationen zuzunehmen scheint. ³
Medien prägen Einstellung zu Politik	Die Einstellung zu Politik und PolitikerInnen ist jedenfalls geprägt durch mediale Wahrnehmung. Wie Politik, PolitikerInnen und Parteien in Medien dargestellt werden, beeinflusst die Einstellung zu einzelnen Persönlichkeiten, zu Parteien und zur Politik im Allgemeinen – und damit auch das Wahlverhalten.

Wahlentscheidungen basieren oft auf Emotionen Gerade im Vorfeld von Wahlen werden StaatsbürgerInnen medial mit Bildern, Aussagen, Diskussionen, Berichterstattungen, Analysen und Porträts geradezu überschwemmt. Die Parteien selbst mobilisieren ihre VertreterInnen und nützen alle verfügbaren Kanäle, um (potenzielle) WählerInnen zu mobilisieren und zu überzeugen. Medien entwickeln Formate, die mehr oder weniger informieren, vor allem aber zum Medienkonsum anregen wollen. Parteien entwickeln Strategien, damit sie gewählt werden. Da Wahlentscheidungen häufig emotional motiviert sind, geht es um das Ansprechen und Wecken von Gefühlen. Das können Ängste genau so sein wie das Gefühl von Sicherheit, Zuversicht, von Überlegenheit, Vertrautheit oder Verbundenheit.

Verschiedene UrheberInnen Je nach Medium gibt es unterschiedliche UrheberInnen: Für Wahlwerbung gibt es Verantwortliche in den Parteien oder von Parteien Beauftragte. Darstellungen in Fernsehsendungen oder Printmedien werden von Redaktionen geplant, gefiltert, gestaltet und verantwortet. Postings in sozialen Netzwerken hingegen verbreiten sich in Windeseile – oftmals ohne nachvollziehbare UrheberInnen. Häufig sind solche Darstellungen oberflächlich, einseitig oder entbehren jeglicher Faktenbasis. Da derartige Berichte Wahlentscheidungen massiv beeinflussen, ist gesamtgesellschaftlich die Rede vom *postfaktischen Zeitalter*.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 1

Abwägen von Argumenten Die SchülerInnen reflektieren ihre Einstellung zu Informationsquellen. Die Ausgangssituation der SchülerInnen wird sichtbar und ihre Vorannahmen werden zur Diskussion gestellt. Die SchülerInnen arbeiten dazu mit dem Arbeitsblatt „Thesenarbeit“ (M₁) und diskutieren mit einem Partner/einer Partnerin ihre Positionen (Arbeitsauftrag 1 siehe S. 55). Anschließend werden Pro- und Contra-Argumente zu den einzelnen Thesen im Plenum formuliert z. B.: These 1: PolitikerInnen entwerfen in Postings ein bestimmtes Bild von sich. Darin zeigen sich inhaltliche Schwerpunkte und Positionen, die für WählerInnen interessant sind. Contra: In Postings können PolitikerInnen alles Mögliche behaupten, das kaum hinterfragt wird. Unliebsame Kommentare können gelöscht oder die Kommentarfunktion kann überhaupt gesperrt werden.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 2

Mediale Darstellungen hinterfragen Die SchülerInnen erwerben Wissen über die Zielsetzungen von Wahlwerbung und können verschiedene mediale Vermittlungsformen hinterfragen. Ziel dieses Bausteins ist es, Strategien von Wahlwerbung zu hinterfragen und kritisch zu analysieren sowie die Bedeutung der Medien bei Wahlen zu analysieren. Nach der Erarbeitung des Arbeitswissens bearbeiten die SchülerInnen in Kleingruppen das Arbeitsblatt „Mediale Aktivitäten von Parteien und PolitikerInnen“ (M₂). In einem nächsten Schritt überlegen die SchülerInnen mithilfe des Arbeitsblatts „Als WahlkampfleiterIn würde ich ...“ (M₃), welche medialen Vermittlungsformen sie in bestimmten Situationen einsetzen würden.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 3

Methodenkompetenz stärken Die SchülerInnen hinterfragen Beispiele medialer Darstellung hinsichtlich ihrer Aussage und der damit verbundenen Absicht. Sie arbeiten dafür mit dem Arbeitsblatt „Mediale Darstellungen und ihre Motivation“ (M₄). Ziel dieses Unterrichtsbausteins ist die Analyse von medial vermittelten Informationen und somit eine Stärkung der politikbezogenen Methodenkompetenz.

„Um von demokratischen Wahlen sprechen zu können, müssen Wahlfreiheit, Wettbewerb und Auswahlmöglichkeit bestehen. Solche Wahlen werden als ‚kompetitive Wahlen‘ bezeichnet“¹. Dass sich Parteien also gleichsam wettkampfmäßig um die Stimmen der WählerInnen bewerben, ist zentral in einer Demokratie, man spricht daher auch von einem *Wahlkampf*. Die verschiedenen politischen Parteien kämpfen um die Möglichkeit, die Gesellschaft ihrer Überzeugung entsprechend zu gestalten (= Macht).

Parteien müssen dazu ihre (möglichen) WählerInnen erreichen. Dazu nutzen sie – abgesehen vom direkten Kontakt mit den Menschen – *Medien*. Parteien treten *medial* selbst an die Öffentlichkeit heran – durch Wahlplakate, durch Werbeeinschaltungen, durch Aktivitäten in sozialen Netzwerken. Dabei spielen aus Sicht der Parteien verschiedene Überlegungen eine wichtige Rolle: Wie kann man möglichst viele Menschen erreichen? Wie viel Geld kostet eine Aktion? Was muss man langfristig planen? Auf welchem Weg kann man genau diejenigen Botschaften vermitteln, mit denen man die WählerInnen erreichen will? Wie kann man die eigenen Wählerschichten ansprechen? Wie kann man auch Menschen erreichen, die nicht der Stammwählerschaft angehören, wie z. B. ErstwählerInnen (= Menschen, die zum ersten Mal wahlberechtigt sind), ProtestwählerInnen (= WählerInnen, die aus Protest eine andere – meist eine populistische – Partei wählen als sonst), WechselwählerInnen (= WählerInnen, die nicht auf eine bestimmte Partei festgelegt sind)?

PolitikerInnen werden aber auch von Medien eingeladen – zum Beispiel zu Diskussionssendungen oder Interviews, manchmal werden SpitzenpolitikerInnen auch als Privatpersonen porträtiert oder sie treten in Unterhaltungssendungen, z. B. in Talkshows, auf. Medial präsent zu sein, schafft Öffentlichkeit und damit die Möglichkeit, WählerInnen anzusprechen und für sich einzunehmen. Das ist vor Wahlen sehr wichtig, schließlich geht es darum, möglichst viele WählerInnenstimmen zu gewinnen.

Unabhängig davon, welche Medien man konsumiert, muss man deren Qualität hinterfragen. Das ist anhand der folgenden Fragen möglich:

- ▶ Wer hat einen medialen Beitrag in Auftrag gegeben oder verfasst, ist also dessen UrheberIn? Nur wenn sich das herausfinden lässt, kann man gegebenenfalls nachfragen oder jemanden inhaltlich zur Verantwortung ziehen, wenn zum Beispiel Unwahrheiten verbreitet werden.
- ▶ Welche Absicht steckt hinter einem Beitrag (informieren, werben, sich selbst gut darstellen, den politischen Gegner schlecht machen, beeinflussen, Gefühle ansprechen oder wecken, Hoffnungen an die eigene Partei oder an bestimmte PolitikerInnen knüpfen)?
- ▶ Welche Ausrichtung hat ein Medium? Ist es politisch weitgehend unabhängig oder einer bestimmten politischen Richtung zuzuordnen?
- ▶ Ist das Medium bekannt für differenzierte Berichterstattung und gute Recherche (Qualitätsmedium) oder werden über dieses Medium Behauptungen und eher oberflächliche und einseitige Berichte verbreitet?
- ▶ Wie gut überprüft oder überprüfbar ist die enthaltene Information?
- ▶ Aus Sicht der Parteien ist auch die Frage nach den Kosten wichtig: Wie ist das Verhältnis von Kostenaufwand und Reichweite?

¹ Blümel, Barbara-Anita: Wahlen zum österreichischen Parlament, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Von Wahl zu Wahl, Nr. 21/2004. Wien 2004, S. 37–43, hier S. 37.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 4

Die SchülerInnen beurteilen Chancen und Risiken der Mediendemokratie. Sie analysieren und bewerten die Bedeutung der digitalen Medien in der politischen Kommunikation. Die SchülerInnen lesen das Arbeitswissen „soziale Netzwerke“ und wägen dann ab, ob die Aussagen aus dem Arbeitsblatt „soziale Medien“ (M₅) mit diesen Informationen übereinstimmen.

SOZIALE NETZWERKE

ARBEITSWISSEN

Soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook beeinflussen Wahlentscheidungen. Parteien und/oder PolitikerInnen können über soziale Netzwerke zielgerichtet bestimmte Personengruppen ansprechen und auf schnelle und kostengünstige Weise bestimmte Inhalte verbreiten. UserInnen bekommen vorwiegend solche Artikel zu lesen, die auch ihre Freunde lesen und die zu ihren Likes passen. Man spricht daher davon, dass sich Menschen in einer Blase mit Gleichgesinnten befinden, in der sie in ihren Meinungen immer wieder bestätigt werden.

28 Millionen Follower auf Sozialen Medien

„Ich habe all diese Staaten gewonnen, in denen sie (die Demokraten) viel mehr Geld ausgegeben haben als ich“, sagte Trump. Er verwies auf die 28 Millionen Internetnutzer, die ihm in den sozialen Netzwerken folgen, und sagte, er habe alleine am Tag vor dem Interview 100.000 Abonnenten hinzugewonnen. Der Republikaner lobte die Möglichkeiten der Netzwerke als „großartig“: „Wenn jemand etwas Schlechtes über mich erzählt, oder etwas Falsches (...), kann ich zum Gegenangriff starten“, sagte er.

Quelle: Kurier.at, Trump: Soziale Medien brachten den Sieg. 13. November 2016, kurier.at/politik/ausland/us-wahl/trump-soziale-medien-brachten-den-sieg/230.441.724, 06.04.2017

UNTERRICHTSBAUSTEIN 5

Mediendemokratie bedeutet, dass Massenmedien (Fernsehen, Zeitungen mit besonders großer Reichweite wie z. B. Gratiszeitungen und die *Kronen Zeitung*, soziale Netzwerke wie *Facebook*) eine große Rolle in der Demokratie spielen: Sie sind nicht nur Kommunikationskanäle, sondern auch politische AkteurInnen, spielen also eine aktive Rolle in der Meinungsbildung. Die SchülerInnen sollen nun in Kleingruppen Vor- und Nachteile der Mediendemokratie diskutieren (Arbeitsauftrag 7 siehe S. 61). Die Stichworte aus M₆ können als Unterstützung dienen.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 6

Strategien von
Wahlwerbung
hinterfragen

Die SchülerInnen entwickeln ein Verständnis für die bewusste Gestaltung von medialen Darstellungsformen und hinterfragen Strategien von Wahlwerbung.

Arbeitsauftrag 8: Eine Wahlstrategie planen

Bildet 5er-Gruppen. Ihr seid WahlkampfleiterInnen einer neuen politischen Partei mit dem Namen „Die Jungen“. Die Partei kandidiert das erste Mal. Entwerft ein Wahlplakat, das eine möglichst erfolgreiche Botschaft an eure WählerInnen sein soll. Präsentiert die Wahlplakate anschließend in der Klasse und diskutiert, welche Aussage die Entwürfe haben, welche Absicht hinter diesen Wahlplakaten steckt und wie ansprechend und wirkungsvoll die einzelnen Vorschläge sind. Begründet eure Meinung.

- 1 Pelinka, Anton: Grenzen der Macht. Politik in Österreich, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Gesetze, Regeln, Werte, Nr. 39/2016. Wien 2016, S. 5.
- 2 Filzmaier, Peter: Wahlen und politischer Wettbewerb in der Mediengesellschaft, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Von Wahl zu Wahl, Nr. 21/2004. S. 12–21, hier S. 12.
- 3 Vgl. dazu z. B.: Wißmann, Constantin: Politik und Wahrheit – Willkommen in der postfaktischen Welt, in: Cicero. Magazin für politische Kultur. 8. Dezember 2016. cicero.de/salon/politik-und-wahrheit-willkommen-in-der-postfaktischen-welt, 06.04.2017; Wehling, Elisabeth: Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln 2016; Filzmaier, Peter: Politische Kultur im Kontext medialer Kommunikation, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen, Nr. 30/2009. S. 8–14.

MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN

M₁ ARBEITSBLATT THESENARBEIT		
<p>1. Wenn ich mich über die Positionen von PolitikerInnen informieren möchte, lese ich am liebsten ihre Postings in sozialen Netzwerken. Da erfahre ich am ehesten, was sie wirklich denken.</p>	<p>2. In sozialen Medien wie Facebook gibt es viele Berichte. Sie offenbaren die Wahrheit über politische Zustände und PolitikerInnen – ohne Denk- und Sprechverbote. Im Internet können alle schreiben, was sie denken.</p>	<p>3. Wahlplakate vermitteln ein gutes Bild von PolitikerInnen. Sie wirken sympathisch oder unsympathisch. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte.</p>
<p>4. Am besten kann ich die Absichten und Positionen von Politikerpersönlichkeiten erkennen, wenn sie einzeln von kritischen JournalistInnen interviewt werden und auf deren Fragen spontan antworten müssen.</p>	<p>5. Was JournalistInnen über PolitikerInnen schreiben oder sprechen, vermittelt das glaubwürdigste Bild, weil alles recherchiert und überprüft ist.</p>	<p>6. Wenn ich wissen will, was ich von bestimmten PolitikerInnen halten soll, verlasse ich mich auf meine Eltern.</p>
<p>Arbeitsauftrag 1: Stell dir vor, du möchtest vor einer Wahl herausfinden, welche Partei am ehesten deine Einstellungen vertritt. Wie könntest du das am besten anstellen? Du findest hier sechs verschiedene Möglichkeiten. Lies sie aufmerksam durch. Schneide sie anschließend aus und lege sie in einer Reihenfolge auf: Welcher Aussage stimmst du am wenigsten zu, welcher am meisten?</p> <p>Vergleiche anschließend mit deiner Nachbarin/deinem Nachbarn und erzählt euch gegenseitig, warum ihr die Aussagen in dieser Reihenfolge geordnet habt. Erklärt vor allem die beiden Extrempositionen: Warum stimmst du dieser Aussage am wenigsten/am meisten zu?</p>		

M₂ ARBEITSBLATT MEDIALE AKTIVITÄTEN VON PARTEIEN UND POLITIKER/INNEN					
Medium	Urheberschaft	Reichweite	Aufwand	Flexibilität	Inhaltliche Verlässlichkeit
Wahlplakate			<i>Teuer in Produktion und Aufstellung. Gefahr von Beschädigung (Wetter, Vandalismus, ...)</i>		
Fernsehinterviews und Diskussionen	<i>TV-Redaktionen (öffentlich-rechtlicher ORF oder Privatsender).</i>				
Werbeeinschaltungen von Parteien in einer Gratiszeitung		<i>LeserInnen der Zeitung – bei manchen Gratiszeitungen große Reichweite aufgrund hoher Leserzahlen.</i>			
Postings in einem individuellen Facebook-Account eines Politikers/einer Politikerin					
Presseaussendungen und Pressekonferenzen von Parteien					
Auftritt von PolitikerInnen in Unterhaltungssendungen (z. B. Talkshows)					<i>Politischer Gehalt ist oft gering, mehr Unterhaltung als politische Bedeutung.</i>
<p>Arbeitsauftrag 2: In der obigen Tabelle findest du eine Auswahl von möglichen medialen Aktivitäten von Parteien und PolitikerInnen in einem Wahlkampf. Diskutiert in 3er- oder 4er-Gruppen, was sich zu den medialen Aktivitäten in Verbindung mit den genannten Aspekten sagen lässt. Ihr findet in M₂ verschiedene Punkte, die ihr verwenden könnt. Vielleicht habt ihr aber noch ganz andere Ideen! Macht dazu Ergänzungen! Vervollständigt die obige Tabelle.</p>					

M₂ ARBEITSBLATT MEDIALE AKTIVITÄTEN VON PARTEIEN UND POLITIKER/INNEN

Urheberschaft

Parteien – Fernsehsender (privat oder öffentlich?) – Zeitungsredaktionen (unabhängig oder mit einer bestimmten Blattlinie?) – PolitikerInnen und ihre MitarbeiterInnen – (un-)bekannte Privatpersonen

Reichweite

Einzelpersonen – regional – überregional – national – uneingeschränkt

Aufwand

Produktionskosten – Personalaufwand – Organisation – Recherche – Kosten für Werbeeinschaltungen

Flexibilität

Abhängigkeit von Redaktionen – Vorlaufzeiten – lange Planungszeit – rasche Umsetzungsmöglichkeit

Inhaltliche Verlässlichkeit

Klarheit über die Urheberschaft – Überprüfbarkeit – Möglichkeit zu einer inhaltlichen Reaktion (z. B. Richtigstellung) – Gelegenheit für kritisches Nachfragen – Auseinandersetzung mit anderen Positionen – direkte Konfrontation mit überraschenden Fragen und Argumenten

M₃ ALS WAHLKAMPFLEITER/IN WÜRDE ICH ...

Situation

Die Wahl findet in vier Monaten statt. Die Spitzenkandidatin deiner Partei ist im Vergleich zu den anderen SpitzenkandidatInnen relativ unbekannt. Das zeigen Umfragen. Die Menschen sollen sich ihren Namen und ihr Gesicht einprägen und einen guten Eindruck damit verbinden. Es gibt Geld in der Wahlkampfkasse, da der Wahlkampf soeben beginnt.

Maßnahmen

Situation

Es sind nur noch zwei Wochen bis zur Wahl. Deine Partei wird auf einmal mit einem Politikskandal in Verbindung gebracht. Laut Meinungsumfragen führt das zu einem Vertrauensverlust. Die Wahlprognosen lassen Schlimmes für deine Partei befürchten. Du musst unbedingt gegensteuern und möglichst rasch möglichst viele Menschen erreichen. Zeit und Geld sind mittlerweile knapp.

Maßnahmen

Arbeitsauftrag 3:

Stell dir vor, du bist WahlkampfleiterIn einer politischen Partei und mit den Situationen oben konfrontiert. Welches Medium würdest du nützen? Begründe deine Entscheidung.

M ₄ ARBEITSBLATT MEDIALE DARSTELLUNGEN UND IHRE MOTIVATION			
Medium bzw. mediale Botschaft	Information zum Material	Zentrale Aussage	Mögliche Absicht
 <p>© Freiheitliche Partei Österreichs</p> <p>© Verein „Gemeinsam für Van der Bellen“</p>	<p>Wahlplakate für den Kandidaten der FPÖ Norbert Hofer und Alexander van der Bellen, mittlerweile gewählter Bundespräsident, zur Bundespräsidentenwahl vom März 2016.</p>		
<p>„Ich bin sehr zuversichtlich und glaube, dass wir am Wahltag einige sehr überraschen werden.“ Er freute sich „irrsinnig“ auf den 24. April, denn: „Ich bin fest davon überzeugt, dass ich an diesem Abend mit einem Lächeln im Gesicht einschlafen werde.“</p>	<p>Norbert Hofer im Rahmen einer Pressekonferenz zur Präsentation des ersten Wahlplakates.¹</p>		
<p>#mehrdennje braucht es jetzt die richtige Persönlichkeit an der Spitze des Staates, die in unruhigen Zeiten Sicherheit gibt und mit einem klaren, berechenbaren Wertekompass Verlässlichkeit ausstrahlt. Alexander Van der Bellen wird als Bundespräsident Österreich im Ausland hervorragend vertreten und nach innen verbindend handeln.</p>	<p>Posting im Facebook-Account des mittlerweile gewählten Bundespräsidenten.²</p>		
<p>Arbeitsauftrag 4: Überleg dir, welche Aussage hinter diesen medialen Darstellungen steckt und welche Absicht damit verbunden sein könnte. Bewerte sie hinsichtlich ihrer inhaltlichen Überprüfbarkeit und der politischen Relevanz.</p> <p>1 Zitiert nach: Kurier.at, FPÖ-Plakat „Aufstehen für Österreich“. 14. März 2016, kurier.at/politik/inland/bp-wahl-fpoe-plakat-ruft-zum-aufstehen-fuer-oesterreich-mit-norbert-hofer-auf/186.808.292, 06.04.2017</p> <p>2 Zitiert nach: diepresse.com, „Keiner Partei dienen“: Van der Bellens neue Wahlplakate. 24. Oktober 2016, diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5107201/Keiner-Partei-dienen_Van-der-Bellens-neue-Wahlplakate, 06.04.2017</p>			

M₅ ARBEITSBLATT SOZIALE MEDIEN

PolitikerInnen werden oft ungerecht beschimpft. Da ist es gut, wenn sie sich direkt wehren können.

In Postings werden oft Dinge behauptet, die gar nicht stimmen. Haben sie sich aber erst einmal verbreitet, können sie nicht mehr eingefangen werden. So beeinflussen Unwahrheiten sehr viele Menschen.

Über soziale Netzwerke können Unwahrheiten sehr rasch verbreitet werden. So werden Menschen bewusst getäuscht.

WählerInnen können denjenigen PolitikerInnen folgen, die ihnen gefallen und sie erhalten damit Informationen von ihren Favoriten.

In sozialen Netzwerken bekommt man immer die eigene Meinung bestätigt, weil wir ständig diejenigen Postings erhalten, die zu unseren Likes passen. Das ist sehr manipulativ, weil wir keine Gegenargumente mitbekommen.

Über soziale Netzwerke können Parteien und PolitikerInnen sehr viele Menschen sehr rasch erreichen, ohne viel Geld auszugeben und ohne auf Einladungen von Zeitungen oder Fernsehen angewiesen zu sein. Das ist eine Chance für kleine Parteien mit wenig Geld.

Arbeitsauftrag 5:

Lies den Artikel über Aussagen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump zu seinem Wahlkampf (Arbeitswissen Soziale Netzwerke).

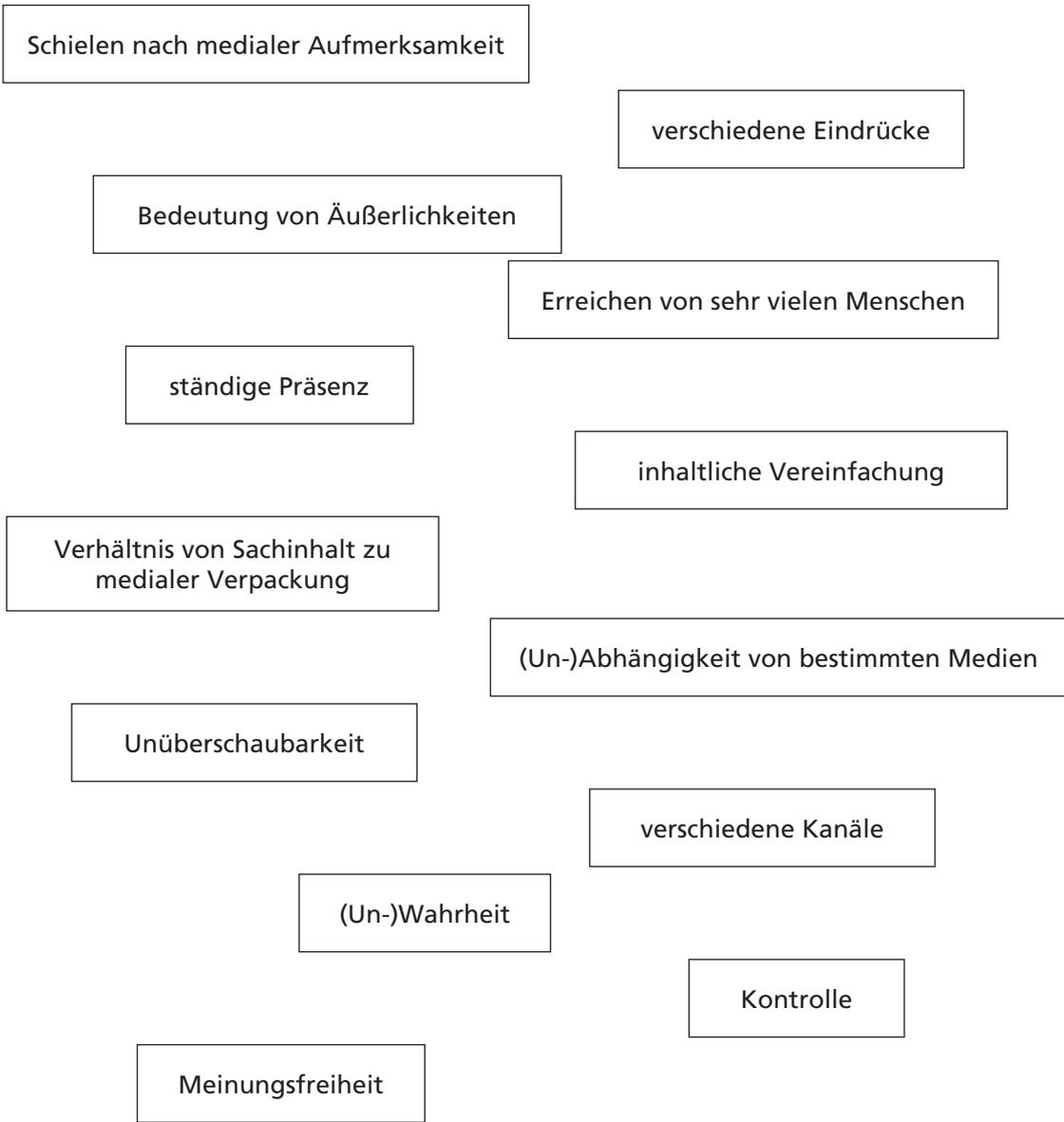
Kläre, welche der angeführten Meinungen zu den Aussagen Donald Trumps passen, sie unterstützen oder mit ihnen übereinstimmen und welche dagegen sprechen. Kennzeichne Übereinstimmungen mit einem ⊕ und Gegenargumente mit einem ⊖.

Arbeitsauftrag 6: Eigene Teilurteile identifizieren

Gib der Figur deinen Namen. Vielleicht magst du die Figur auch illustrieren, sodass sie dir ein bisschen ähnlich sieht (z. B. eine Brille, Frisur, Lieblingskleidungsstück). Streiche nun alle Aussagen durch, die du nicht teilst, sodass nur diejenigen Sprechblasen übrigbleiben, die tatsächlich auch von dir sein könnten.

M₆ ARBEITSBLATT MEDIENDEMOKRATIE

Die folgenden Stichworte können euch beim Finden eurer Argumente behilflich sein:



Arbeitsauftrag 7: Diskussion über Vor- und Nachteile von Mediendemokratie

Teilt die Klasse in zwei Hälften. Die eine Hälfte findet möglichst viele Argumente, die die Chancen und Vorteile der Massenmedien für eine Demokratie untermauern. Die andere Hälfte findet Argumente, die Risiken und Probleme aufzeigen. Findet euch anschließend in gemischten Paaren zusammen und diskutiert zu zweit über die Vor- und Nachteile.

Besprecht eure Diskussionen anschließend in der Klasse.

Elmar Mattle und Simon Mörwald

(Fast) alles ist erlaubt

Wahlwerbung und Wahlkampfspots im Unterricht

Bezug zum Informationsteil	Barbara-Anita Blümel: Parteien, Wahlen und Parlament in Österreich Manfried Welan: Die Wahl zum Bundespräsidenten/zur Bundespräsidentin
Zielgruppe/Alter	Sekundarstufe I, ab der 7. Schulstufe
Lehrplanbezug	Modul 9 (Politische Bildung): Wahlen und Wählen
Thematische Konkretisierung	<ul style="list-style-type: none">▸ Strategien der Wahlwerbung hinterfragen und kritisch analysieren▸ Die Bedeutung der Medien bei Wahlen analysieren
Kompetenzen	Politische Sachkompetenz, Politische Methodenkompetenz, Politische Urteilskompetenz
Basiskonzept	Perspektive, Kommunikation, Diversität
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▸ Welche allgemeinen Ziele verfolgt Wahlwerbung?▸ Welche Formen von Wahlwerbung gibt es?▸ Durch welche Medien werden verschiedene WählerInnengruppen am besten erreicht?▸ Wie werden Botschaften in Wahlwerbespots transportiert?
Dauer	3 Unterrichtseinheiten

Annäherung an das Thema

In Wahlkämpfen wird zu vielfältigen Mitteln gegriffen, um WählerInnen von einer Partei, von PolitikerInnen, von Inhalten oder schlicht vom Gang zur Urne zu überzeugen. In der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes fällt politische Werbung unter „Werbung“.¹ Auch dieser Umstand lässt den Schluss zu, dass es bei Wahlwerbung nicht unbedingt um die Vermittlung politischer Inhalte und Positionen geht, sondern schlicht um das Erregen von Aufmerksamkeit – und das teilweise über die Grenzen des guten Geschmacks, der Wahrheit oder der Moral hinaus. Politische Inhalte kommen selbstverständlich vor, jedoch „auf ein überschaubares, kognitiv wie emotional verarbeitbares Maß reduziert“². Nichtsdestotrotz sind Wahlwerbespots „für den Ausgang der Wahlen oft entscheidender als die entsprechenden Wahlprogramme“³.

Wahlwerbung als politische Werbung	
Medienkonsum beeinflusst Wahlkampfstrategie	Die Mittel zum Erreichen der Werbeziele werden auch in den Wahlkämpfen durch technische Veränderungen und durch ein sich ständig wandelndes Medienkonsumverhalten der WählerInneklitel vielfältiger. So gab es bei den Bundespräsidentenwahlen im Jahr 2004 Radiospots, eine Vielzahl an Wahlplakaten und zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen, auf denen die KandidatInnen und ihre Wahlkampf helferInnen kleine Geschenke verteilten, um in der Gunst der StaatsbürgerInnen zu reüssieren. Dies alles gab es zwar auch noch bei den Wahlen 2016, jedoch bereichert um die Möglichkeit, in diversen sozialen Medien im Internet mit kurzen Spots und anderen News zu werben.
Vor- und Nachteile sozialer Medien in der Politik	Noch dazu sorgen Algorithmen dafür, dass diese Botschaften ganz gezielt an potenzielle SympathisantInnen gelangen, was demokratiepolitisch zumindest so bedenklich ist, dass sich zahlreiche WissenschaftlerInnen sowie Qualitätsmedien und nicht zuletzt der öffentlich rechtliche ORF intensiv mit dieser Situation beschäftigen. ⁴ Dass es dazu noch leicht ist, falsche Botschaften innerhalb großer Massen zu verbreiten, ist ein

weiteres Problem, das im Jahr 2017 virulent ist. Dieses Problemfeld wird in diesem Beitrag jedoch nur am Rande thematisiert.

**Formen von
Wahlwerbung
kennenlernen**

In diesem Artikel geht es vielmehr darum, dass die SchülerInnen verschiedene Formen der Wahlwerbung kennen, wobei nach einem allgemeinen Einstieg das Hauptaugenmerk darauf liegt, dass sie sich mit dem für sie geläufigen Medium des kurzen Videospots analytisch auseinandersetzen. Dabei sollen sie relativ aktuelle Spots analysieren und politische Botschaften bewusst mit einer entsprechenden Bildersprache verknüpfen. So soll ihre Sensibilität für manipulative Elemente in Videospots gesteigert werden – eine Fähigkeit, die für mündige und demokratisch orientierte Menschen sicher eine Notwendigkeit darstellt.⁵

UNTERRICHTSBAUSTEIN 1: Ziele und Formen von Wahlwerbung
(Politische Sachkompetenz, Politische Urteilskompetenz)

**Ziele von
Wahlwerbung
analysieren**

Wahlwerbung ist in der Lebensrealität der Jugendlichen quasi allgegenwärtig, da praktisch jedes Jahr diverse Wahlen auf Europa-, Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene abgehalten werden. Obwohl die SchülerInnen der 7. Schulstufe noch nicht wahlberechtigt sind, sehen sie sich trotzdem regelmäßig (teilweise unbewusst bzw. unfreiwillig) mit verschiedenen politischen Manifestationen konfrontiert. Daher sollen sich die Lernenden in einem ersten Schritt mit den Zielen von Wahlwerbung auf der einen und der Eignung des zielgerichteten Einsatzes verschiedener Medien für bestimmte Zielgruppen auf der anderen Seite auseinandersetzen.

**Brainstorming in
Kleingruppe**

Zu Beginn der Unterrichtseinheit sammeln die SchülerInnen zunächst im Rahmen eines Brainstormings alles, was ihnen zum Thema „Wahlwerbung“ einfällt (PartnerInnen- oder Gruppenarbeit). Anschließend denken sie darüber nach, welche Ziele Wahlwerbung überhaupt verfolgt. Die Ergebnisse werden dann mit einem wissenschaftlichen Konzept des Medienwissenschaftlers Christian Schicha verglichen und entsprechend zugeordnet. Abschließend sollen die SchülerInnen begründet beurteilen, welche Ziele der Wahlwerbung ihnen besonders wichtig erscheinen.

Arbeitsauftrag 1:

**Erkenntnisse aus
der Wissenschaft**

1. *Brainstorming: Bestimmt habt ihr bereits verschiedene Formen von Wahlwerbung gesehen bzw. gehört (Radio, Fernsehen, Plakate, Internet, ...). Zählt möglichst alle Eindrücke/Slogans/Auffälligkeiten auf, die euch davon in Erinnerung geblieben sind und notiert sie in eurem Heft/in eurer Mappe.*
2. *Überlegt anschließend, welche Ziele die Parteien mit Wahlwerbung verfolgen. Sammelt gemeinsam Stichpunkte in einem Brainstorming an der Tafel: „Wahlwerbung soll ...“*
3. *Der Medienwissenschaftler Christian Schicha nennt 10 Ziele von Wahlwerbung:*
 - *Vergleicht nun eure Notizen an der Tafel mit der Liste von Christian Schicha.*
 - *Ordnet die einzelnen Punkte aus Aufgabe 1 den 10 Zielen entsprechend zu.*
 - *Beurteilt abschließend, welche Ziele der Wahlwerbung eurer Meinung nach besonders große Bedeutung haben und reiht sie von 1 (ganz wichtig) bis 10 (weniger wichtig). Begründet eure Entscheidung.*
4. *Diskutiert eure Ergebnisse im Plenum. Versucht klar zu begründen, warum euch manche Ziele wichtiger erscheinen als andere.*

**Diskussion im
Plenum**

In der Diskussion im Plenum sollte die Lehrperson die SchülerInnen dazu anhalten, ihre Bewertungen klar zu argumentieren. Gleichzeitig sollte darauf hingewiesen werden, dass die Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Ziele durchaus subjektiv unterschiedlich ausfallen kann. In diesem Zusammenhang sollte auch die Erkenntnis erzielt werden,

WAHLWERBUNG SOLL...**ARBEITSWISSEN**

- ▶ für Aufmerksamkeit sorgen
- ▶ (Themen) vereinfachen
- ▶ (neue) Themen präsentieren
- ▶ informieren
- ▶ Ziele der Partei bzw. des/der KandidatIn aufzeigen
- ▶ Versprechen machen
- ▶ Alternativen aufzeigen
- ▶ die Partei bzw. den/die SpitzenkandidatIn vorstellen
- ▶ eigene Leistungen hervorheben
- ▶ eine Abgrenzung zu MitbewerberInnen herstellen

Vereinfacht nach: Schicha, Christian: Wahlplakate, Wahlwerbespots und Wahlkampfduelle im Superwahljahr 2009, Konrad Adenauer Stiftung, Wesseling, 29. Oktober 2009, www.kas.de/upload/veranstaltungen/2009/10/091029_BZE_schicha.pdf, 06.04.2017

dass Parteien zu vielfältigen Medien und Taktiken greifen, um in Wahlkämpfen ihre Botschaften zu transportieren bzw. vom gewünschten (Wahl-)Verhalten zu überzeugen.

Handlungskompetenz stärken

Am Ende des Unterrichtsbausteins sollen die Arten von Wahlwerbung sowie der Kernzweck der Wahlwerbung nochmals in den Mittelpunkt gestellt werden. Es wird hier die Methode des Briefes an fiktive EmpfängerInnen gewählt, in dem die SchülerInnen begründete Urteile abgeben müssen. In Wahlkampfzeiten können auch reale PolitikerInnen kontaktiert werden. Die Kontaktaufnahme und die Korrespondenz mit ihnen würde die Politische Handlungskompetenz schulen.

Arbeitsauftrag 2:

1. Lies in Einzelarbeit die Infobox „Formen der Wahlwerbung“ durch.
2. Alle diese Möglichkeiten werden von politischen Parteien in einem Wahlkampf ausgeschöpft – manche mehr und manche weniger. Schreibe nun einen Brief an einen (erfundene) Wahlkampfleiter/eine (erfundene) Wahlkampfleiterin, in dem du dieser Person empfiehlst, zu welcher Strategie sie bzw. ihre Partei greifen soll. Verwende dazu die Vorlage M₁.
3. Es gibt ein Gesetz, das die Ausgaben für einen Wahlkampf beschränken soll. Das heißt, eine Partei darf nicht mehr als einen festgelegten Geldbetrag für den gesamten Wahlkampf ausgeben. Manchmal gibt es dazu zusätzliche Vereinbarungen der politischen Parteien. Schreibe in deinen Brief, ob du eine solche Beschränkung gut oder schlecht findest.
4. Gib als Letztes in deinem Brief ein Urteil darüber ab, ob man politische GegnerInnen oder jemand anderen im Wahlkampf schlecht machen darf, um sich einen Vorteil zu verschaffen.

Argumente im Plenum sammeln

Die Lehrkraft sollte die entstandenen Briefe einsammeln und nach der Begutachtung die wichtigsten Aussagen und Standpunkte, die von den SchülerInnen zum Ausdruck gebracht werden, für alle zur weiteren Diskussion festhalten und wertschätzend in die Klasse zurückspielen.

UNTERRICHTSBAUSTEIN 2: Analyse von Wahlwerbespots
(Politische Methodenkompetenz)

Nachdem sich die SchülerInnen im Unterrichtsbaustein 1 mit den Zielen von Wahlwerbung beschäftigt haben, folgt nun die Auseinandersetzung mit einer speziellen

FORMEN DER WAHLWERBUNG

Im Österreichischen Parteiengesetz sind mehrere Formen der Wahlwerbung angesprochen, derer sich die Parteien in einem Wahlkampf bedienen dürfen. Für die gesamte Wahlwerbung (auch für EU-Wahlen) dürfen jeweils – also für einen Wahlgang – nicht mehr als 7 Millionen Euro pro Partei ausgegeben werden. Das Gesetz nennt unter anderem folgende Formen der Wahlwerbung:

1. Außenwerbung, insbesondere Plakate
2. Postwurfsendungen und Direktwerbung
3. Folder
4. Wahlkampfgeschenke zur Verteilung (zum Beispiel Feuerzeuge, Süßigkeiten, Kugelschreiber, ...)
5. Inserate und Werbeeinschaltungen in Print-, Hörfunk- und audiovisuellen Medien
6. Kinospots
7. parteieigene Medien, soweit sie in höherer Auflage oder höherer Anzahl als in Nichtwahlkampfzeiten verbreitet werden (zum Beispiel eine eigene Parteizeitung)
8. Internet-Werbung
9. der Einsatz von eigenen Werbeagenturen und beispielsweise Call-Centers
10. zusätzliches Personal, das zum Beispiel Menschen in einem Supermarkt anspricht

Quelle: Bundesgesetz über die Finanzierung Politischer Parteien (PartG), hier vereinfacht nach www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007889, 06.04.2017

Fokus auf Werbespots Form der Wahlwerbung: Wahlwerbespots werden nicht mehr hauptsächlich für das Fernsehen, sondern vorwiegend für die Online-Auftritte der PolitikerInnen in sozialen Medien (*YouTube, Facebook, Twitter* etc.) produziert, wodurch auch SchülerInnen unter Umständen häufiger, jedenfalls aber gezielter, damit konfrontiert werden. Die Videos sind auf den verschiedenen Plattformen leicht zu finden und deswegen auch schnell und einfach im Unterricht einzusetzen. Für die Unterrichtsarbeit können die SchülerInnen ihre Handys verwenden. Beispiele für Wahlwerbespots der KandidatInnen finden sich bei den Materialien am Ende des Beitrags (M₃).

Gruppenarbeit Aufgrund der Anzahl der KandidatInnen für die Bundespräsidentenwahl 2016 bieten sich sechs Gruppen an. Gegebenenfalls kann die Anzahl aber auch entsprechend reduziert werden. Nach der Gruppeneinteilung (Gruppengröße 4 bis 6 SchülerInnen) wird je ein Wahlwerbespot zugeteilt. Mithilfe des Analyserasters (M₂) beschäftigen sich die SchülerInnen (arbeitsteilig oder gemeinsam) mit den unterschiedlichen Aspekten der Videos. Im Sinne der inneren Differenzierung ist es auch möglich, die SchülerInnen vorgefertigte Antwortkärtchen zuordnen zu lassen.⁶

Werbespots analysieren und vergleichen Wichtig ist dabei aber, dass am Ende der Analyse alle Gruppenmitglieder ExpertInnen sind, um anschließend in neuen Gruppen die Ergebnisse ihrer Analyse an andere SchülerInnen weitergeben und in die Diskussion einbringen zu können. Im Zuge der Expertenrunde werden die Videos nun verglichen und mit dem theoretischen Fundament des Unterrichtsbausteins 1 in Verbindung gebracht. Eine Diskussion im Plenum schließt diesen Unterrichtsbaustein ab.

Arbeitsauftrag 3:

1. Bildet zunächst sechs möglichst gleich große Gruppen. Jeder Gruppe wird ein Wahlwerbespot der Bundespräsidentenwahl 2016 zugeteilt.
2. Analysiert euren Spot nun, indem ihr euch jeweils Stichworte zu folgenden sechs Kategorien (A bis F) notiert (M₂). Dazu ist es notwendig, den Spot mehrmals gemeinsam anzuschauen. Ihr könnt auch arbeitsteilig vorgehen, indem ihr die ersten fünf Kategorien innerhalb eurer Gruppe aufteilt und die abschließende Bewertung gemeinsam erarbeitet.

3. *Expertenrunde: Nachdem sich die ganze Klasse gemeinsam alle Werbespots angesehen hat (Gesamtdauer ca. 12 Minuten), werden sechs neue Gruppen gebildet. In jeder Gruppe sollte ein/e ExpertIn aus den ersten sechs Gruppen sitzen, sodass ihr euch gegenseitig eure Ergebnisse präsentieren könnt. Diskutiert abschließend auffällige Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede der sechs Wahlwerbespots und beurteilt, welche Ziele aus UNTERRICHTSBAUSTEIN 1 erfüllt wurden bzw. wie die Umsetzung erfolgt ist.*
4. *Haltet eure Gruppenergebnisse schriftlich fest, damit wir im Klassenverband gemeinsam eure Erkenntnisse zusammenfassen und diskutieren können.*

1 Vgl. www.wko.at/Content.Node/branchen/oe/sparte_iuc/Werbung-und-Marktkommunikation/Politische-Werbung.html; zuletzt eingesehen am 4. Jänner 2017

2 Dörner, Andreas/Schicha, Christian (Hrsg.): Politik im Spot-Format. Zur Semantik, Pragmatik und Ästhetik politischer Werbung in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008, S. 11.

3 Besand, Anja: Mit Bildern lernen: von Foto bis Video-clip, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Wochenschau Verlag. Schwalbach 2014, S. 462.

4 So gab es im Radiosender Ö1 in der Sendung „Von Tag zu Tag“ am 10. Jänner 2017 einen Beitrag mit

Datenschutzspezialistin Yvonne Hofstetter, die sich genau mit diesem Phänomen der „Gummizelle“, in der man nur mit potentiell sympathischen Botschaften versorgt wird, beschäftigt.

5 Vgl. Besand, Anja: Wahlwerbespots, in: Besand, Anja & Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Medien in der politischen Bildung. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts, S. 587.

6 Vgl. Kühberger Christoph/Windischbauer, Elfriede: Individualisierung und Differenzierung im Politikunterricht. Offenes Lernen in Theorie und Praxis. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts 2013, S. 28f.

M₁ VORLAGE BRIEF

Sehr geehrte/r Frau/Herr WahlkampfleiterIn,

mein Name ist _____ und ich möchte Ihnen ein paar Empfehlungen für Ihren nächsten Wahlkampf geben. Ich will Ihnen zuerst sagen, welche Strategie Sie wählen sollten, um bestimmte Gruppen und Ziele am besten zu erreichen.

Damit die Menschen möglichst oft vor einer Wahl positiv an Ihre Partei denken, würde ich

_____,
_____.

weil dadurch _____

_____.

Damit häufig auch unbewusst an Ihre Partei gedacht wird, würde ich _____

_____,
_____.

weil dadurch _____

_____.

Damit Ihre Partei möglichst viele junge Menschen anspricht, würde ich _____

_____,
_____.

weil dadurch _____

_____.

Ich finde, Sie sollten nicht/schon darauf achten, dass Ihre Partei nicht zu viel Geld für den Wahlkampf ausgibt, weil _____

_____.

Ich finde es gut/nicht gut, dass Sie andere in Ihrem Wahlkampf kritisieren oder schlecht machen, weil _____

_____.

Vielen Dank und freundliche Grüße
Unterschrift:

M₂ ANALYSE EINES WAHLWERBESPOTS

A. Inhaltliche Analyse – was ist zu sehen?

- ▶ Inhalt und Ablauf
- ▶ Botschaft und Ziel (vorgebrachte Argumente)
- ▶ Negativwerbung (Angriff auf andere KandidatInnen)
- ▶ Positivwerbung (positive Darstellung des/der Kandidaten/Kandidatin)

B. Sprachlich-stilistische Analyse – was ist zu hören?

- ▶ Wortwahl
- ▶ Lautstärke, Betonung und Verständlichkeit
- ▶ rhetorische Mittel (z. B. Reime, Wörter mit gleichen Anfangsbuchstaben, Wiederholungen, Übertreibungen ...)

C. Technische Analyse – wie ist der Spot gemacht?

- ▶ Ton und Lautstärke
- ▶ Musik und Lautstärke
- ▶ Hintergrundkulisse („reale“ Geräusche)
- ▶ Kameraführung und Kameraperspektive
- ▶ Schnitt und Lichteinstellungen

D. Ästhetische¹ Analyse – wie wirkt der Spot?

- ▶ Bild (Vordergrund)
- ▶ Hintergrund
- ▶ Gesamteindruck
- ▶ Wirkung (gefühlsbetont oder sachlich/intellektuell)

E. Personale Analyse – wer ist wie zu sehen?

- ▶ Auftreten und Körpersprache
- ▶ Mimik² und Ausdruck
- ▶ Glaubwürdigkeit, Kompetenz³, Sympathie

F. Bewertung – wie ist der Spot abschließend zu beurteilen?

- ▶ Wirkung – Ziel erreicht?
- ▶ Transparenz⁴
- ▶ Innovation⁵ und Exklusivität⁶

Quelle: Übernommen und vereinfacht nach: Bundeszentrale für politische Bildung, Wahlwerbespots analysieren. 14. August 2013, www.bpb.de/lernen/grafstat/grafstat-bundestagswahl-2013/166846/z-06-01-wahlwerbespots-analysieren, 06.04.2017

- 1 stilvoll, schön, geschmackvoll, ansprechend
- 2 Körpersprache des Gesichts
- 3 Sachverstand, Fähigkeiten
- 4 Durchschaubarkeit, Nachvollziehbarkeit
- 5 Einführung von etwas Neuem, Neuerung
- 6 Ausschließlichkeit

M₃ WERBESPOTS ZUR BUNDESPRÄSIDENT/INNENWAHL 2016

Internetlinks zu den Werbespots zur Bundespräsidentenwahl 2016 für den Unterrichtsbaustein 2:

Irmgard Griss: „Ihre Stimme schreibt Geschichte – Irmgard Griss – Wahlaufruf“ (06.04.2017)
www.youtube.com/watch?v=EBtwjKFDseU



Norbert Hofer: „Norbert Hofer wird Österreich in eine gute Zukunft führen!“ (06.04.2017)
www.youtube.com/watch?v=0IVFRwWEyJA&t



Rudolf Hundstorfer: „Rudolf Hundstorfer: Mit Sicherheit. Immer für uns.“ (06.04.2017)
www.youtube.com/watch?v=N-CopSuhV88



Andreas Khol: „Bundespräsidentenwahl 2016: Andreas Khol“ (06.04.2017)
www.youtube.com/watch?v=1HdRD2_OXIk



Richard Lugner: „Richard Lugner: ‚Bin der einzige unabhängige Kandidat!‘“ (06.04.2017)
www.youtube.com/watch?v=rLdY6K1xabA



Alexander van der Bellen: „Du brauchsch mi und i brauch Di!“ (06.04.2017)
www.youtube.com/watch?v=eCW5JeV7ZNo



AutorInnenverzeichnis

Barbara-Anita Blümel, Mag. MAS

Studierte an den Universitäten Salzburg und Warwick (GB) Politikwissenschaft; Publizistik und Geschichte; postgradualer Universitätslehrgang für Öffentlichkeitsarbeit an der Universität Wien; seit 1999 in der Parlamentsdirektion tätig: Leiterin der Servicestelle für BürgerInnen-Anfragen; Referentin des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen im Nationalrat; Geschäftsführerin der Margaretha Lupac-Stiftung.

Judith Breitfuß, Mag.

Studierte die Fächer Geschichte und Englisch an der Universität Salzburg und der University of Liverpool. Sie ist seit Herbst 2016 Universitätsassistentin und Doktorandin am Institut für Geschichte (Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung) an der Universität Wien und ist außerdem als Redakteurin beim Blogjournal Public History Weekly tätig. Arbeitsschwerpunkte: Globalgeschichte im Geschichtsunterricht, Schulbuchforschung.

Christoph Kühberger, Prof. Dr. habil.

Professor für Geschichts- und Politikdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig, derzeit dort Vizerektor für Sozial- und Gesellschaftswissenschaften sowie Leiter des Bundeszentrums für Gesellschaftliches Lernen.

Elmar Mattle, Mag.

Unterrichtet gegenwärtig Deutsch und Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung am Kollegium Aloisianum (Linz). Seit 2009 Mitverwendung an der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz (NMS-Ausbildung Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung). Seit 2015 ist er Mitarbeiter am Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen an der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig.

Simon Mörwald, Mag.

Unterrichtet Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung an der HBLW Linz Landwiedstraße. Seit 2012 ist er als Referent in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung an der PH Oberösterreich tätig und seit 2015 Mitarbeiter am Bundeszentrum für Gesellschaftliches Lernen der Pädagogischen Hochschule Salzburg Stefan Zweig.

Isabella Schild, Mag.

Lehrerin für Deutsch und Geschichte am BORG Nonntal (Salzburg) und Doktorantin am Institut für Geschichte der Universität Wien (Fachdidaktik Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung). Darüber hinaus arbeitet sie als Redakteurin beim Blogjournal Public History Weekly. Arbeitsschwerpunkte: Konzeptuelles Lernen, Theorien der Geschichtswissenschaft

Adelheid Schreilechner, Mag.

Langjährige Unterrichtserfahrung in den Fächern Deutsch und Geschichte an BHS und AHS, ARGE-Leiterin Geschichte AHS für das Bundesland Salzburg, Lehrerfortbildnerin und Fachdidaktikerin für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Salzburg, Lehrbeauftragte der Universität Salzburg.

Manfried Welan, Em. O. Univ.-Prof. DDr.

Verfassungsjurist und Politikwissenschaftler. Er war von 1968 bis 2005 Professor für Rechtslehre an der Universität für Bodenkultur in Wien, dazu mehrfach Rektor und Vizerektor dieser Universität. Von 1979 bis 1981 war er Präsident der Österreichischen Rektorenkonferenz, von 1983 bis 1991 als Landespolitiker in Wien aktiv.

Webtipps und Weiterführende Hinweise

DEMOKRATIEZENTRUM WIEN – WWW.DEMOKRATIEZENTRUM.ORG

Das *Demokratiezentrum Wien* bietet vertiefende Informationen über das österreichische Wahlrecht und über direkte Demokratie in Österreich. Eine Übersicht über verschiedene Argumente für und gegen mehr „direkte Demokratie“ und konkrete Vorschläge verschiedener österreichischer Demokratieinitiativen dazu finden Sie hier:

Gertraud Diendorfer (Hrsg.): *Direkte Demokratie: Forderungen – Initiativen – Herausforderungen*, Working Paper des Demokratiezentrum Wien, Heft 1, Wien 2013, abrufbar unter:

- ▶ www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/Direkte%20Demokratie/DirekteDemokratie_final_download.pdf

Themenmodul „Direkte Demokratie in Österreich“:

- ▶ www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie.html

Wissensstation „Alle Macht geht vom Volk aus“:

- ▶ www.demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/alle-macht-geht-vom-volk-aus.html

Online-Modul Bildstrategien

Historische und Aktuelle Wahlplakate aus österreichischen Nationalratswahlkämpfen hat das Demokratiezentrum Wien im Online-Modul „Bildstrategien“ gesammelt und zur Verfügung gestellt. Die Wahlplakate werden mit kurzen Texten zu den jeweiligen Wahlen, Diskussionen und Themen im Wahlkampf sowie Wahlergebnissen ergänzt und kontextualisiert. Das Modul erlaubt eine historisch-politische Analyse von Plakaten als Medien in Wahlkämpfen. Ein ergänzendes Informationsblatt stellt wichtige Hinweise zur Arbeit mit Wahlplakaten im Unterricht zur Verfügung.

- ▶ www.demokratiezentrum.org/bildstrategien.html

Online-Lernmodule für die Politische Bildung:

- ▶ www.demokratiezentrum.org → **Bildung** → **Lernmodule**

FORUM POLITISCHE BILDUNG – WWW.POLITISCHEBILDUNG.COM

Mehrere Hefte der *Informationen zur Politischen Bildung* beschäftigen sich mit dem Thema „Wählen“ auf verschiedenen Ebenen bzw. mit Parlamentarismus.

- ▶ **Von Wahl zu Wahl**, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 21/2004
- ▶ **Der WählerInnenwille**, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 27/2007
- ▶ **Jugend – Demokratie – Politik**, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 28/2008
- ▶ **Das Parlament im österreichischen politischen System**, Informationen zur Politischen Bildung, Nr. 36/2012

Alle Hefte der *Informationen zur Politischen Bildung* sind kostenlos abrufbar unter:

www.politischebildung.com

Jugendpolitik und Jugendpartizipation stellen einen Schwerpunkt des Heftes „**Jugend – Demokratie – Politik**“, *Informationen zur Politischen Bildung*, Nr. 28/2008, dar. Beispielsweise werden Möglichkeiten von Jugendpartizipation auf der EU-Ebene thematisiert sowie die partizipativen Rahmenbedingungen für die Schulpartner – LehrerInnen, SchülerInnen, Erziehungsberechtigte – in der Schulgemeinschaft skizziert und Beispiele gelebter Schuldemokratie (Best-Practice-Beispiel SchülerInnenparlament) vorgestellt.

Der Praxisteil beinhaltet Unterrichtsbeispiele bereits ab der 8. Schulstufe: zum Beispiel das Simulationsspiel „Wir bestimmen mit!“, anhand dessen SchülerInnen ihre eigenen Erwartungen an demokratische Politik reflektieren, sich mit verschiedenen Demokratiemodellen auseinandersetzen und ihre konkreten Chancen und Möglichkeiten der Mitbestimmung ausloten können. Ein Projektbericht schildert Organisation, Ablauf, konkrete Ergebnisse und Einschätzungen zu SchülerInnenparlamenten.

ÖGPB – WWW.POLITISCHEBILDUNG.AT

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) bietet auf ihrer Website Videos zum Thema „Wahlen und indirekte Demokratie“ sowie „Wahlrechtsgrundsätze“ an. Der Politikwissenschaftler Gerd Valchars (Universität Wien) erklärt darin die Bedeutung von Wahlen in einer repräsentativen Demokratie sowie nach welchen allgemeinen Grundsätzen Wahlen in Österreich durchgeführt werden.

► www.politischebildung.at → Bildungsangebot → Weitere Angebote

WAHLKABINE.AT

wahlkabine.at ist eine Online-Politikorientierungshilfe. Interessierte User und Userinnen beantworten per Mausclick eine Liste von rund 25 Fragen zu aktuellen Themen und können so auf spielerische Weise herausfinden, wie ihre persönlichen Meinungen mit den Standpunkten der zur Wahl stehenden Parteien übereinstimmen. Diese Möglichkeit gibt es jeweils einige Wochen vor Wahlen.

► www.wahlkabine.at

ZENTRUM *POLIS* – WWW.POLITIK-LERNEN.AT

Das Zentrum *polis* bietet in seiner Reihe *polis* aktuell Materialien und Unterrichtsbeispiele, die Lehrkräfte bei der Umsetzung des neuen Lehrplans Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung in der Sekundarstufe I unterstützen. Diese können bestellt oder kostenlos heruntergeladen werden.

► www.politik-lernen.at → Shop

Themenhefte der *Informationen zur Politischen Bildung* zum neuen Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung für die Sekundarstufe I

Mit dem Schuljahr 2016/17 trat der neue Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung für die Sekundarstufe I in Kraft. Dieser ist modular aufgebaut und enthält auch sechs Module für die Politische Bildung. Ab Themenheft 38 beschäftigen sich daher sechs Hefte der Informationen zur Politischen Bildung mit jeweils einem Themenmodul des neuen Lehrplans. Aufgrund des neuen Lehrplans sind die Unterrichtsbeispiele in diesen Heften bereits für Sekundarstufe I, beginnend mit der 6. Schulstufe, aufbereitet.

Die Themenhefte bieten für LehrerInnen

- ▶ verständliche fachwissenschaftliche Artikel
- ▶ fachdidaktische Beiträge zu den Neuerungen im Lehrplan, wie Kompetenzorientierung und konzeptuelles Lernen
- ▶ Unterrichtsbeispiele, Materialien und kopierfähige Vorlagen für die Unterrichtspraxis



Themenheft 38 „*Politisches Handeln im demokratischen System Österreichs*“ enthält inhaltliche Beiträge und Unterrichtsbeispiele, die auf das Modul 8 der 2. Klasse (politische Bildung) „Möglichkeiten für politisches Handeln“ des neuen Lehrplans abgestimmt sind.

Themenheft 39 „*Gesetze, Regeln, Werte*“ bietet Konkretisierungen für das Modul 9 der 2. Klasse (politische Bildung) „Gesetze, Regeln und Werte“ des Lehrplans an.

Themenheft 40 „*Identitäten*“ setzt sich mit dem Modul 8 der 3. Klasse (politische Bildung) „Identitäten“ auseinander.

Themenheft 41 „*Wahlen und wählen*“ beschäftigt mich mit dem Modul 9 der 3. Klasse (politische Bildung). „Wahlen und Wählen“ und bietet Informationen über Wahlen, Wahlkämpfe, gewählte Institutionen und ihr Zusammenspiel im politischen Mehrebenensystem.

Bestellmöglichkeiten:

LehrerInnen und Schulbuchbibliotheken können die Hefte der Reihe auf www.politischebildung.com unter der Rubrik „Bestellungen“, sowie unter office@politischebildung.com oder per Telefon und Fax unter Tel.: 01/5123737-11, Fax: 01/5123737-20 bestellen.

Download unter www.politischebildung.com



Die Beiträge und Materialien der Hefte sind auch in der Onlineversion kostenlos zugänglich:

- ▶ Kopierfähige Vorlagen und Arbeitsaufgaben und Materialien als Download
- ▶ Vollständige Printausgaben als Download

www.politischebildung.com → Informationen zur Politischen Bildung → Onlineversion

forum**politischebildung**

Informationen zur Politischen Bildung

forumpolitischebildung (Hg.)

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Nr. 1 Osteuropa im Wandel 1991 | Nr. 20 Gedächtnis und Gegenwart
HistorikerInnenkommissionen, Politik und Gesellschaft, 2004 |
| Nr. 2 Flucht und Migration 1991 | Nr. 21 Von Wahl zu Wahl 2004 |
| Nr. 3 Wir und die anderen 1992 | Nr. 22 Frei-Souverän-Neutral-Europäisch
1945 1955 1995 2005, 2004 |
| Nr. 4 EG-Europa
Fakten, Hintergründe, Zusammenhänge, 1993 | Nr. 23 Globales Lernen – Politische Bildung
Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung, 2005 |
| Nr. 5 Mehr Europa?
Zwischen Integration und Renationalisierung, 1993 | Nr. 24 Wie viel Europa?
Österreich, Europäische Union, Europa, 2005 |
| Nr. 6 Veränderung im Osten
Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 1993 | Nr. 25 Sicherheitspolitik
Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung, Datenschutz, 2006 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 7 Demokratie in der Krise?
Zum politischen System Österreichs, 1994 | Nr. 26 Geschlechtergeschichte – Gleichstellungspolitik – Gender Mainstreaming 2006 |
| Nr. 8 ARBEITS-LOS
Veränderungen und Probleme in der Arbeitswelt, 1994 | Nr. 27 Der WählerInnenwille 2007 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 9 Jugend heute
Politikverständnis, Werthaltungen, Lebensrealitäten, 1995 | Nr. 28 Jugend – Demokratie – Politik 2008 |
| Nr. 10 Politische Macht und Kontrolle 1995/96 | Nr. 29 Kompetenzorientierte Politische Bildung 2008 |
| Nr. 11 Politik und Ökonomie
Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume Österreichs, 1996 | Nr. 30 Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen 2009 |
| Nr. 12 Bildung – ein Wert?
Österreich im internationalen Vergleich, 1997 | Nr. 31 Herrschaft und Macht 2009 |
| Nr. 13 Institutionen im Wandel 1997 | Nr. 32 Erinnerungskulturen 2010 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 14 Sozialpolitik
im internationalen Vergleich, 1998 | Nr. 33 Wirtschaft und Politik 2010 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 15 EU wird Europa?
Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung, 1999 | Nr. 34 Politische Handlungsspielräume 2011 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 16 Neue Medien und Politik 1999 | Nr. 35 Medien und Politik 2012 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 17 Zum politischen System Österreich
Zwischen Modernisierung und Konservatismus, 2000 | Nr. 36 Das Parlament im österreichischen politischen System 2012 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 18 Regionalismus – Föderalismus – Supranationalismus 2001 | Nr. 37 Religion und Politik 2013 <i>noch lieferbar</i> |
| Nr. 19 EU 25 – Die Erweiterung der Europäischen Union 2003 | Nr. 38 Politisches Handeln im demokratischen System Österreichs 2016 |
| | Nr. 39 Gesetze, Regeln, Werte 2016 |
| | Nr. 40 Identitäten 2016 <i>noch lieferbar</i> |

ISBN: 978-3-9504234-3-3



9 783950 423433

Redaktionsadresse:
Forum Politische Bildung
A-1010 Wien, Hegelgasse 6/5
Tel.: 0043/1/512 37 37-11
Fax: 0043/1/512 37 37-20
E-Mail: office@politischebildung.com
www.politischebildung.com

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Wahlen und wählen
Forum Politische Bildung (Hrsg.). Wien 2017
(Informationen zur Politischen Bildung; Bd. 41)
ISBN: 978-3-9504234-3-3
Alle Rechte vorbehalten

Satz & Layout: Katrin Pfleger Grafikdesign
Lektorat: Paul Winter, MA, Christina Linecker
Druck: Bundesministerium für Bildung

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz
Grundlegende Richtung der Halbjahresschrift
Informationen zur Politischen Bildung: Fachzeitschrift für Politische Bildung mit wissenschaftlichen und fachdidaktischen Beiträgen zum Thema und konkreten Umsetzungen für den Unterricht.
Die veröffentlichten Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung des Herausgebers wieder.

Bildnachweis Umschlag:
Bild 1: Plakate von SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse, Wien 2006/
Gerhard Tanzer
Bild 2: Christoph Kühberger
Bild 3: Public Domain
Bild 4: Plakate von SchülerInnen des Schulzentrums Ungargasse, Wien 2006/
Gerhard Tanzer

Wir haben uns bemüht, alle InhaberInnen von Bildrechten ausfindig zu machen. Sollten dennoch Urheberrechte verletzt worden sein, werden wir nach Anmeldung berechtigter Ansprüche diese entgelten.

Die *Informationen zur Politischen Bildung* werden von folgenden Institutionen unterstützt



Themenhefte der *Informationen zur Politischen Bildung* zum neuen Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung für die Sekundarstufe I

Mit dem Schuljahr 2016/17 trat der neue Lehrplan Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung für die Sekundarstufe I in Kraft. Dieser ist modular aufgebaut und enthält auch sechs Module für die Politische Bildung. Ab Themenheft 38 beschäftigen sich daher sechs Hefte der Informationen zur Politischen Bildung mit jeweils einem Themenmodul des neuen Lehrplans. Aufgrund des neuen Lehrplans sind die Unterrichtsbeispiele in diesen Heften bereits für Sekundarstufe I, beginnend mit der 6. Schulstufe, aufbereitet.

Die Themenhefte bieten für LehrerInnen

- ▶ verständliche fachwissenschaftliche Artikel
- ▶ fachdidaktische Beiträge zu den Neuerungen im Lehrplan, wie Kompetenzorientierung und konzeptuelles Lernen
- ▶ Unterrichtsbeispiele, Materialien und kopierfähige Vorlagen für die Unterrichtspraxis



Themenheft 38 „*Politisches Handeln im demokratischen System Österreichs*“ enthält inhaltliche Beiträge und Unterrichtsbeispiele, die auf das Modul 8 der 2. Klasse (politische Bildung) „Möglichkeiten für politisches Handeln“ des neuen Lehrplans abgestimmt sind.

Themenheft 39 „*Gesetze, Regeln, Werte*“ bietet Konkretisierungen für das Modul 9 der 2. Klasse (politische Bildung) „Gesetze, Regeln und Werte“ des Lehrplans an.

Themenheft 40 „*Identitäten*“ setzt sich mit dem Modul 8 der 3. Klasse (politische Bildung) „Identitäten“ auseinander.

Themenheft 41 „*Wahlen und wählen*“ beschäftigt sich mit dem Modul 9 der 3. Klasse (politische Bildung) „Wahlen und Wählen“ und bietet Informationen über Wahlen, Wahlkämpfe, gewählte Institutionen und ihr Zusammenspiel im politischen Mehrebenensystem.

Bestellmöglichkeiten:

LehrerInnen und Schulbuchbibliotheken können die Hefte der Reihe auf www.politischebildung.com unter der Rubrik „Bestellungen“, sowie unter office@politischebildung.com oder per Telefon und Fax unter Tel.: 01/5123737-11, Fax: 01/5123737-20 bestellen.
Download unter www.politischebildung.com



Die Beiträge und Materialien der Hefte sind auch in der Onlineversion kostenlos zugänglich:

- ▶ Kopierfähige Vorlagen und Arbeitsaufgaben und Materialien als Download
- ▶ Vollständige Printausgaben als Download

www.politischebildung.com → Informationen zur Politischen Bildung → Onlineversion

forumpolitischebildung